

POLITISCHE STUDIEN 464

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

66. Jahrgang | November-Dezember 2015 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

INNERE SICHERHEIT UND EINBRUCHSKRIMINALITÄT

Mit Beiträgen von
Joachim Herrmann | Franz Porzsolt | Volker Ullrich



/// CARLO MASALA Politische-Studien-Zeitgespräch: Die Welt in Unordnung?

/// SEBASTIAN PRINZ Die Linkspartei und der Unrechtsstaat DDR

/// WOLFGANG SCHWAIGERT Zur Zukunft der Orientchristen in Syrien und bei uns

www.hss.de



„Europa kann die Flüchtlingskrise nur GEMEINSAM bewältigen.“

FLUCHT UND ASYL – WIR SIND GEFORDERT!

Die Fluchtbewegungen nach Europa haben einen bisher nicht vorstellbaren Umfang und eine nicht gekannte Dynamik angenommen. Krieg, Terror und politische Verfolgung, aber auch die Suche nach besseren Lebensbedingungen veranlassen immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Europa kann die aktuelle Flüchtlingskrise nur gemeinsam bewältigen – in geteilter Verantwortung und Solidarität. Hierfür bedarf es der Umsetzung bereits bestehender Regelungen, der Schaffung menschenwürdiger Aufnahmebedingungen in allen EU-Mitgliedstaaten, der gerechten Verteilung einreisender Asylsuchender innerhalb der EU, einer harmonisierten europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik und der wirksamen Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel.

Dass Deutschland zwischen Januar und Oktober 2015 die Unterbringung und Versorgung von fast 760.000 Asylsuchenden zeitnah bewältigen konnte, ist der großen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und der starken Wirtschaftskraft des Landes zu verdanken. Aktuell bedarf es der Schaffung adäquater Infrastrukturen und bedarfsgerechter Unterstützungsangebote für schutzbedürftige Asylbewerber, aber auch der Beschleunigung von Asylverfahren und der konsequenten Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes können wir nur gerecht werden, indem wir die Fluchtursachen in den Herkunftsländern nachhaltig bekämpfen und für die Nachbarländer von Krisenregionen Hilfen bereitstellen. Die Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung engagieren sich daher seit vielen Jahren in der Eindämmung von Fluchtursachen und der Bekämpfung des Menschenhandels, auch schulen sie Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit. Nur zusammen können wir den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Wir sind gefordert!

Prof. Ursula Männle
ist Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Staatsministerin a.D.



06

INHALT



54



25



32

IM FOKUS

- 14** **INNERE SICHERHEIT UND GEFÜHLTE SICHERHEIT – WIE ENTWICKELT SICH DIE EINBRUCHSKRIMINALITÄT?**
Einführung
RICHARD RILL
- 18** **STRATEGIEN GEGEN DIE EINBRUCHSKRIMINALITÄT**
Ihr kommt hier nicht rein!
JOACHIM HERRMANN
- 25** **INNERE SICHERHEIT ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE NOTWENDIGKEIT**
Wohnungseinbruch – Einbruch ins Leben?
VOLKER ULLRICH
- 32** **REALE UND GEFÜHLTE SICHERHEIT**
Sicherheitsspezifische Maßnahmen zur Einbruchskriminalität
FRANZ PORZSOLT

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

- 06** **DIE WELT IN UNORDNUNG?**
Krisenherde und die Rolle der internationalen Politik
CARLO MASALA

- 65** **DIE GESCHEITERTE UMVERTEILUNGSPOLITIK IN LATEINAMERIKA**
Chavismus und Peronismus à la Kirchner sind am Ende
RALPH ROTTE

ANALYSEN

- 44** **DIE LINKSPARTEI UND DER UNRECHTSSTAAT DDR**
Der Preis der Macht: Die Koalition „frisst ihre Kinder“
SEBASTIAN PRINZ
- 54** **ZUR ZUKUNFT DER ORIENT-CHRISTEN IN SYRIEN UND BEI UNS**
Die orientalischen Christen interessieren den Westen nicht
WOLFGANG SCHWAIGERT

AKTUELLES BUCH

- 71** **DIE WAHRHEIT HINTER DER LEGENDE STRAUSS**
Herrscher und Rebell
WOLFGANG KRIEGER

RUBRIKEN

- 03** EDITORIAL
- 74** REZENSIONEN
- 84** JAHRESÜBERSICHT
- 90** ANKÜNDIGUNGEN
- 94** IMPRESSUM

/// Krisenherde und die Rolle der internationalen Politik

DIE WELT IN UNORDNUNG?

CARLO MASALA /// studierte an den Universitäten Köln und Bonn Politikwissenschaften sowie Deutsche und Romanische Philologie. Nach einer Professurvertretung 2003 am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München wechselte er Anfang 2004 zum NATO Defense College nach Rom. Gastprofessuren und Forschungsaufenthalte führten ihn in den letzten zehn Jahren in die Vereinigten Staaten, nach Großbritannien, die Slowakei, Italien und Zypern. Seit Juli 2007 lehrt Carlo Masala Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München. Masala ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des NATO Defence College (Rom) sowie der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Theorien der Internationalen Politik, Sicherheitspolitik, transatlantische Beziehungen sowie Entwicklungen im erweiterten Mittelmeerraum.

Politische Studien: Herr Prof. Masala, angesichts der Krisen in Osteuropa und im Nahen und Mittleren Osten, aber auch angesichts der Flüchtlingsproblematik konstatieren viele Beobachter der internationalen Politik, dass die „Welt in Unordnung“ sei. Ist dies tatsächlich der Fall oder gibt es noch so etwas wie eine internationale Ordnung?

Carlo Masala: Die Welt ist in der Tat in Unordnung, aber nicht, weil es so viele Krisen und Konflikte gibt, sondern weil die Großmächte nicht mehr, oder nur bedingt, in der Lage sind, auf diese Krisen und Konflikte mäßigend oder stabilisierend einzuwirken. Es gibt nach wie vor

eine internationale Ordnung, die sich auf mehreren Ebenen manifestiert. Wir haben globale und regionale Institutionen und wir haben Großmächte. Aber, und dies ist in der gegenwärtigen Phase der internationalen Politik das Interessante, die existierenden Großmächte bzw. die aufsteigenden Großmächte verstehen sich nicht als Manager des internationalen Systems. Mithin gibt es momentan wenig gemeinsames Interesse an Konfliktregulierung oder gar Konfliktlösung. Und da Institutionen, insbesondere wenn sie sich mit Fragen von Krieg und Frieden beschäftigen, keine von den Interessen und Politiken ihrer stärksten Mit-



Weltweite Krisen, zunehmende Flüchtlingsströme wie hier in Ungarn auf dem Weg zur österreichischen Grenze – die Welt ist in Unordnung.

glieder unabhängige Akteure sind, sind sie seit geraumer Zeit dysfunktional. Dies schließt nicht aus, dass ad hoc und bezogen auf einzelne Fragen kooperiert wird, aber halt nicht mit Blick auf die Stabilität des Gesamtsystems.

Ein zweiter Aspekt, der erwähnenswert ist, ist das Faktum, dass sich die Natur von Macht verändert hat. Heute schaffen es selbst die USA nicht mehr, mit dem Einsatz von Machtmitteln Entwicklungen in von ihnen gewünschte

”

Momentan gibt es wenig **GEMEINSAMES** Interesse an Konfliktregulierung oder -lösung.



Die Natur von **MACHT** hat sich verändert.

Bahnen zu lenken. Der Besitz von ökonomischen und militärischen Machtmitteln ist im 21. Jahrhundert nicht mehr automatisch gleichzusetzen mit der Fähigkeit, Entwicklungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Also, wir haben es mit dem Paradoxon zu tun, dass wir eine Ordnung haben, die jedoch keine Ordnung im Sinne von Stabilität und relativer Friedfertigkeit produziert. Und dies wird auf absehbare Zeit auch weiterhin so bleiben.

Politische Studien: Welcher Konflikt birgt Ihrer Ansicht nach das größere Gefahrenpotenzial für Deutschland und Europa: der ukrainisch-russische Konflikt oder der Konflikt zwischen dem sogenannten Islamischen Staat und der Anti-IS-Allianz, bei dem seit neuestem auch Russland Konfliktpartei ist?

Carlo Masala: Der ukrainisch-russische Konflikt birgt in zweierlei Hinsicht ein enormes Gefährdungspotenzial für Deutschland. Zunächst mit Blick auf die Möglichkeit einer verschärften amerikanisch-russischen Konfrontation, die in Zügen der des Ost-West-Konfliktes ähneln könnte. In einer solchen Konstellation wäre Deutschland über seine Mitgliedschaft in der NATO Teil dieses neuen Ost-West-Konfliktes. Des Weiteren birgt der ukrainisch-russische Konflikt ein enormes Gefährdungspotenzial für Deutschland, sollte er weiter eskalieren und auf andere Länder in der Region

übergreifen. Dann wäre Deutschland resultierend aus Art. 5 in der Verpflichtung und auf die ein oder andere Art und Weise Teil einer Reaktion, auf eine russische Aggression zu reagieren. Allerdings möchte ich auch klarstellen, dass ich in der russisch-ukrainischen Auseinandersetzung keine direkte Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland, ihre Gesellschaft und ihr Territorium sehe.

Letztgesagtes gilt auch für IS oder zukünftige Formen des islamischen Terrorismus. Sicherlich geht davon eine gewisse Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Staaten aus, insbesondere durch das Problem der sog. Rückkehrer und der „homegrowns“, aber letzten Endes stellt dies keine überragende Gefahr oder Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands dar.

Eine neue Qualität wird jedoch durch das russische Eingreifen in diesen Konflikt erreicht. Auch hier besteht die Möglichkeit einer verschärften russisch-amerikanischen Konfrontation, mit den für die Bundesrepublik bereits dargelegten Konsequenzen. Diese verschärfte Konfrontation könnte durch ein „Versehen“ ausgelöst werden, z. B. durch amerikanischen Beschuss russischer Flugzeuge oder umgekehrt.

Politische Studien: Welche Rolle spielt Russland im syrischen Bürgerkrieg? Welche Interessen verfolgt der Kreml mit seiner militärischen Intervention?

Carlo Masala: Russland hat stets betont, ein direktes Interesse im Syrienkonflikt

zu haben, dass zuvorderst darin besteht, Präsident Assad zum Sieg zu verhelfen. Ferner hat Russland nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass es eine intensive militärisch-technische Kooperation mit der syrischen Armee unterhält und russische Militärberater in Syrien syrische Soldaten in der richtigen Handhabung russischen Militärgerätes unterweisen. Außenminister Lavrov hat unlängst auch deutlich gemacht, dass die russische Unterstützung für die syrische Armee und damit auch für das Assad-Regime ungebrochen sei und Russland, wenn notwendig, auch bereit sei, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen, ohne dass er allerdings spezifizierte, was er oder die russische Führung darunter verstehen würden. Lavrov begründete die russische Unterstützung für Assads Armee mit der durchaus richtigen Einschätzung, dass einer Bedrohung wie der des Islamischen Staates (IS) nicht nur aus der Luft begegnet werden kann, sondern sie vor allem am Boden bekämpft werden müsse. Dazu seien aber gut ausgebildete Bodentruppen notwendig. Deren Effektivität sei zentral, um den IS zu besiegen.

Selbstredend geht es Russland aber nicht nur darum, den IS zu besiegen. Wenn dem so wäre, würde sich Moskau ja an der von den USA geführten Anti-IS-Koalition beteiligen. Nein, es geht Russland mit seiner Unterstützung des Assad-Regimes auch darum, seinen ei-

genen Einfluss in Syrien und im Mittleren und Nahen Osten zu sichern und auszubauen. Für Moskau ist Syrien der zentrale Ankerplatz seines arabischen Engagements und die Bedeutung Damaskus in dem Versuch, Einfluss in der Region zu generieren, geht zurück bis in die 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts. In den letzten 10 Jahren hat sich Syrien darüber hinaus zum wichtigsten Abnehmer russischen Kampfgerätes in der Region entwickelt und zwischen 2009 und 2013 investierten russische Firmen ca. 20 Milliarden \$ in Syrien. Die russische Militärbasis am Mittelmeer, im syrischen Hafen Tartus gelegen, steht ebenfalls auf dem Spiel, sollte Assad von der Macht vertrieben werden.

Doch all diese Gründe erklären nicht, warum Russland sein Engagement in Syrien in jüngster Vergangenheit nochmals öffentlichkeitswirksam zelebriert. Es ist zu vermuten, dass Russland die syrische Karte spielt, um von dort wieder nach Washington zu gelangen. Sprich: Der zunehmenden Isolierung Russlands in der internationalen Politik, die man in Moskau politisch wie ökonomisch zu spüren anfängt, soll dadurch begegnet werden, dass man sich als notwendiger Partner im syrischen Sumpf präsentiert. Denn Moskau gehen langsam die Machtoptionen aus. Es gibt



Es geht Russland mit seiner Unterstützung des Assad-Regimes auch darum, seinen **EINFLUSS** in Syrien und im Mittleren und Nahen Osten zu sichern und auszubauen.

ein Atomabkommen mit dem Iran, der Abzug aus Afghanistan ist weitgehend abgeschlossen und in der Frage der Krim und des Ostens der Ukraine stehen sich Russland und der Westen gegenwärtig unversöhnlich gegenüber. Da würde es nur Sinn machen, wenn Russland sich im Syrienkonflikt als Verhandlungspartner anbietet, der auf Assad und seine Gefolgsleute einwirken, im Gegenzug dafür aber auch etwas Verlangen kann, z. B. eine Lockerung der Sanktionen oder eine Anerkennung des Status quo auf der Krim und in der Ostukraine. Und um Gehör in Washington zu finden, so glaubt Putin, muss er sich als neuer militärischer Spieler ins Gerede bringen. Es geht aus der Sicht des Kremls darum, sich in Syrien unentbehrlich für die USA zu machen, Konzessionen für jegliche Hilfe zu verlangen und russische Interessen politischer, militärischer und ökonomischer Art für die Nach-Assad-Zeit zu sichern. Mithin geht es um Realpolitik. Und scheinbar – das sieht man an den amerikanischen Reaktionen – geht diese Strategie auf.

Politische Studien: Zwischen dem Westen und Russland herrscht aufgrund der Ukraine Krise derzeit Eiszeit. Gleichzeitig wird vielfach gefordert, die bestehenden Sanktionen aufzuheben, um Russland als

Partner für eine Lösung des syrischen Bürgerkriegs zu gewinnen. Wie sollte die Bundesregierung in dieser Situation handeln?

Carlo Masala: Letzen Endes – und das habe ich bereits angedeutet – wird es darum gehen, Russland als Verhandlungspartner ins Boot zu holen. Man braucht Russland, um im syrischen Sumpf eine Konfliktregulierung herbeizuführen und Russland wird diese Rolle nur übernehmen, wenn es dafür etwas bekommt. Und seien wir einmal ehrlich, die Annexion der Krim werden wir nicht rückgängig machen können. Sicherlich werden wir sie nie völkerrechtlich akzeptieren, aber als fait accompli werden wir sie über kurz oder lang akzeptieren müssen, so wie wir auch akzeptieren werden, dass Russland einen besonderen Einfluss im Osten der Ukraine hat, haben wird und haben will. Also ja, es geht darum, einen Preis zu bezahlen. Welcher das sein wird, werden wir sehen. Die Alternative wäre eine weitere Destabilisierung der Region mit den bekannten Folgen.

Politische Studien: Bleiben wir beim Ukraine Konflikt und den westlich-russischen Beziehungen. Wie erklären Sie sich, dass nicht gerade wenige Menschen in Deutschland für die Politik Putins Partei ergreifen?

Carlo Masala: Dies hat, glaube ich, mit zwei Entwicklungen zu tun. Zum einen sollte man sich anschauen, wo in



Es gibt in der Bundesrepublik eine tiefsitzende **SKEPSIS** gegenüber der amerikanischen Übermacht im internationalen System.



SUBSAHARA-AFRIKA sollte man nicht aus den Augen lassen.

Deutschland für Putin Partei ergriffen wird und dies ist meines Wissens nach mehrheitlich in den neuen Bundesländern bei der älteren Generation. Hier wirkt sicherlich noch das Erbe der DDR-Bildungs- und Propagandapolitik nach. Aber es gibt in der gesamten Bundesrepublik auch eine tiefsitzende Skepsis gegenüber der amerikanischen Übermacht im internationalen System. Insbesondere nach der Enttäuschung der deutschen Bevölkerung über die Tatsache, dass Präsident Obama nicht der Weltenheilsbringer gewesen ist, den große Teile der Deutschen gern in ihm gesehen hätten und den andauernden NSA-Enthüllungen scheint es eine Stimmung zu geben, die jedem Sympathien entgegenbringt, der es wagt, gegenüber den USA aufzustehen und eine Konfrontation auch durchzuhalten.

Politische Studien: Vor Kurzem wurde eine Umfrage des Pew Research Centers veröffentlicht, nach der 56 % der befragten Deutschen es ablehnten, einem NATO-Bündnispartner im Falle eines Konflikts mit Russland militärisch beizustehen. Wie interpretieren Sie dieses Umfrageergebnis?

Carlo Masala: Sehr klassisch realistisch. Die Deutschen fühlen sich in ihrer territorialen Integrität von Russland nicht bedroht und generell kämpft kein Deutscher gern für Riga. Ich meine damit, dass militärische Solidarität keine Kategorie ist, die bei jeder Bevölkerung, egal in welchem Land, besonders hoch geschätzt wird. Wenn die Verteidigung Rigas nicht im nationalen Interesse der

Bundesrepublik ist, weil der Fall Rigas bedeuten würde, dass die russische Armee eine Woche später in Berlin steht, dann wird es wenig Sympathien bei der deutschen Bevölkerung geben, das Leben deutscher Soldaten für die Befreiung Rigas zu riskieren.

Politische Studien: Im Juli 2015 wurde ein Abkommen zur friedlichen Beilegung des sogenannten „iranischen Atomstreits“ zwischen dem Westen und dem Iran unterzeichnet. Ist diese Vereinbarung tragfähig oder wird es doch eine iranische Atombombe geben?

Carlo Masala: Ich halte es momentan mit den ehemaligen US Generalen und Admiralen, die am 12. August 2015 einen Aufruf in der New York Times veröffentlicht haben, in dem sie für eine Unterstützung des Abkommens werben. Denn ein Abkommen ist zunächst einmal besser als keines. Aber man sollte sich keinerlei Illusionen hingeben. Das Abkommen ist an einigen Stellen „weich“ und es besteht für den Iran immer die Möglichkeit, zu täuschen und an der Entwicklung von Kernwaffen weiter zu arbeiten. Die Alternative zu diesem Deal wäre möglicherweise eine militärische Aktion gewesen oder ein weiterhin unkontrollierter Iran, der Nuklearwaffen erlangen würde. Spannender jedoch als die Frage wie gut oder schlecht der Deal ist, finde ich die Frage, wie die Zukunft Irans in der Region sein

wird. Denn die Aufhebung der Sanktionen könnte dazu führen, dass der Iran nun über noch mehr Machtmittel verfügen wird, um seine seit Jahren eingeschlagene Politik, regionale Vormacht zu werden, intensiver verfolgen zu können. Dies wird aber unweigerlich neue Bewegung im Arabischen Golf und im Nahen Osten nach sich ziehen, neue Allianzen und neue Dynamiken hervorbringen. Ich halte diese Entwicklung für spannender und potenziell konfliktiver als die Frage nach der „Härte“ des Nuklearabkommens.

Politische Studien: Welche Region muss die deutsche Politik Ihrer Ansicht nach am stärksten im Auge behalten und welche darf Deutschland darüber hinaus nicht vergessen?

Carlo Masala: Alles was im unmittelbaren Vorfeld der EU liegt, also Nordafrika, der Balkan sowie der Mittlere und Nahe Osten und bis zu einem gewissen Maße Zentralasien und der Kaukasus, müssen im prioritären deutschen Interesse sein, denn dort einsetzende Instabilitäten können sich bis nach Deutschland auswirken. Nicht aus den Augen sollte man Afrika, genauer gesagt Subsahara-Afrika, lassen. Aber generell gilt aus meiner Perspektive: Interesse an Entwicklungen in einer Region zu haben, heißt nicht notwendigerweise sich selbst in jedem Fall aktiv (und vor allem

nicht mit militärischen Mitteln) zu engagieren. Vielmehr sollten strategische Partner in den entsprechenden Regionen identifiziert werden, mit denen man kooperiert und diesen hilft, in der Lage zu sein, mit krisen- und konflikthaften Entwicklungen selbst oder im Rahmen existierender Regionalorganisationen fertig zu werden. In diesem Sinne ist die Ertüchtigungsstrategie – ein Wort, das mir linguistisch den Schauer über den Rücken jagt – der Bundesregierung, die ja auch im Rahmen der NATO betrieben wird, ein Schritt in die richtige Richtung.

Politische Studien: Welche Megatrends kommen auf internationaler Ebene auf Deutschland und Europa zu, denen derzeit nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird?

Carlo Masala: Ich denke, das große Thema, das auf Deutschland und Europa zukommen wird, ist zum einen der globale demographische Wandel sowie die damit einhergehende globale Machtverschiebung hin zu einer pluralen Welt(um)ordnung. Für Deutschland, aber auch für Europa, wirft dies drei Fragen auf: Wie kann man erstens die Tatsache, dass EU-Europa demographisch gesehen kleiner und damit möglicherweise wirtschaftlich auch weniger leistungsfähig wird, kompensieren? Wie kann EU-Europa seinem eigenen Anspruch, eine Weltmacht zu sein, noch gerecht werden? Und wie kann Europa in Asien, dem zukünftigem Gravitationszentrum

der internationalen Politik, eine aktivere Rolle, auch und vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik, einnehmen?

Ein weiteres Thema, das auf Deutschland in der EU zukommen wird, wenn es nicht schon da ist, ist die Frage nach der deutschen Hegemonie in und über die EU. Wie die Griechenlandkrise deutlich gezeigt hat, hat Deutschland innerhalb der Europäischen Union bereits eine hegemoniale Position erlangt und wird auch von anderen EU-Staaten in diesem Sinne wahrgenommen. Noch – und die Frage ist, wie lange – zögert Deutschland, seine hegemoniale Position auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu nutzen. Zwar gibt es hin und wieder Anzeichen, dass die deutsche Politik bereit ist, ihre „neue“ Position in der EU zur Geltung zu bringen wie z. B. beim Minsker Abkommen, jedoch erfolgt das nur zögerlich und gewissermaßen als ultima ratio

Politische Studien: Gab es im letzten Jahr eine außen- und sicherheitspolitische Entwicklung, die positiv stimmen kann?

Carlo Masala: Als Realist, insbesondere in seiner strukturellen Variante, bin ich berufsmäßiger Pessimist und sehe Gläser eher halbleer als halbvoll. Eine Entwicklung, nicht des letzten Jahres, sondern der letzten Jahrzehnte, die mich jedoch sehr positiv stimmt, ist das Faktum, dass Nuklearkriege zwischen Großmächten ausgeschlossen sind. Dies bedeutet nicht, dass die Welt friedlicher ist und wird – ich bin da eher skeptisch –, aber das Szenario eines umfassenden, alles vernichtenden Krieges zwischen Großmächten ist ausgeschlossen. Und das finde ich nicht nur als Wissenschaftler, sondern insbesondere als Bürger dieses Landes sehr beruhigend.

Politische Studien: Herr Professor Masala, wir bedanken uns für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dr. Alexander Wolf, Leiter des Büro Berlin der Hanns-Seidel-Stiftung. ///



/// PROF. DR. CARLO MASALA

ist Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München.

“

Deutschland hat innerhalb der Europäischen Union bereits eine HEGEMONIALE Position erlangt.

/// Einführung


INNERE SICHERHEIT UND GEFÜHLTE SICHERHEIT – WIE ENTWICKELT SICH DIE EINBRUCHSKRIMINALITÄT?

RICHARD RILL /// Die objektive Sicherheitslage und die gefühlte Sicherheit sind oftmals nicht identisch. Bayern war zwar auch 2014 ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik das sicherste Land der Bundesrepublik. Wesentliche Deliktsbereiche wie Gewalt- oder Internetkriminalität sind rückläufig gewesen. Die Entwicklung der Einbruchskriminalität geht allerdings in die andere Richtung: Die Fallzahlen steigen in Deutschland rasant an. Immerhin ist laut Statistik in Bayern das Risiko bundesweit mit am geringsten, Opfer eines Einbruchs zu werden. Aber auch hier nimmt die Zahl der Einbrüche massiv zu. Deren Zahl lag im Jahr 2014 mit 13.876 Fällen um 13,5 % höher als noch im Vorjahr.

Während die Zahl der „schweren Diebstähle“ insgesamt ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik des Freistaats Bayern für 2014 relativ zum Vorjahr um 6,2 % zunahm, stieg der Anteil der Einbrüche hieran mit 28,6 % mehr als viermal so stark an. Bei den sonstigen Vermögensdelikten war im selben Zeitraum ein weit geringerer Anstieg zu verzeichnen (z. B. Betrug + 1,5%) bzw. sogar eine Abnahme der Fallzahlen zu beobachten (z. B. Raub / räuberische Erpressung - 4,3%). Auch insgesamt ist mit einem Plus von 2,5 % lediglich eine moderate Zunahme der Gesamtzahl der Straftaten festzustellen. Bei der sog. Häufigkeitszahl, die die Zahl der Straf-

taten in Relation zur Einwohnerzahl setzt, fällt der Anstieg mit einem Plus von 1,8 % noch etwas geringer aus. Darüber hinaus sind die Fallzahlen in diversen Kriminalitätsbereichen insgesamt deutlich rückläufig (z. B. Computerkriminalität, Umweltkriminalität, Gewaltkriminalität). All dies zeigt, dass es sich bei der Einbruchskriminalität um ein aktuelles und drängendes Problem handelt, dessen Entwicklung Anlass zur Besorgnis gibt.

Der einfache Diebstahl ist in § 242 StGB mit Strafe bedroht (Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe). Mit dem Regelbeispiel des § 243 I Nr. 1 StGB sieht der Gesetzgeber für den „be-



In Bayern ist das Risiko, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, noch am geringsten. Dennoch steigen auch hier die Zahlen an.

Die steigende Zahl der Einbruchsdelikte zeigt die BRISANZ der Problematik.

sonders schweren Fall“ des Einbruchsdiebstahls eine Strafschärfung vor (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu zehn Jahren). Der Qualifikationstatbestand des § 244 I Nr. 3 StGB schließlich stellt den Sonderfall des Wohnungseinbruchsdiebstahls unter Strafe (Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren). Ist es eine Bande, die bei den zuvor beschriebenen Fällen des Einbruchs- bzw. Wohnungseinbruchsdiebstahls agiert, so bestimmt § 244a StGB die Strafe (Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren).

Mit dieser Gesetzssystematik wird abgebildet, dass dem Einbruchsdiebstahl relativ zum einfachen Diebstahl ein Mehr an Unrecht innewohnt. Dies findet Ausdruck in der höheren Strafdrohung und der Ausschließlichkeit der Freiheitsstrafe. Nochmals schwerer wiegt ein Wohnungseinbruch, da hierbei mit dem Eindringen in die Wohnung zugleich auch die Privatsphäre der Opfer verletzt wird. Für die Betroffenen hat dies oftmals schwere psychische Folgen, die sie in vielen Fällen zu einem Wechsel der Wohnung zwingen. Der Gesetzgeber trägt dem Rechnung, indem er in den Fällen des § 244 I Nr. 3 StGB eine höhere Mindeststrafe für den Wohnungseinbruchsdiebstahl vorsieht, als dies beim gewöhnlichen Einbruchsdiebstahl nach § 243 I Nr. 1 StGB der Fall ist. Die besondere Gefährlichkeit der ban-

denmäßigen Begehung eines Einbruchs berücksichtigt das StGB mit § 244a, der im Bereich der Einbruchsdelikte die höchste Mindeststrafe fordert.

Allerdings unterscheidet § 244a StGB mit seiner erhöhten Strafdrohung nicht mehr zwischen dem Einbruchsdiebstahl und dem Wohnungseinbruchsdiebstahl. Maßgeblicher Anknüpfungspunkt ist die bandenmäßige Begehung. Auch die Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung nach § 100a II Nr. 1 j) StPO knüpft an das Kriterium der Bande an. Die Schwere der Rechtsgutsverletzung wird aber bei Fällen der Einbruchskriminalität nicht dadurch bestimmt, wie viele Täter zusammen wirken. Ein Eingriff in das Eigentum und insbesondere die Privatsphäre der Opfer fällt bei Einbrüchen nicht deswegen geringer aus, weil es sich nur um einen Einzeltäter und nicht eine Bande von Einbrechern handelt.

Vor allem die BANDENMÄSSIG organisierten Wohnungseinbrüche haben stark zugenommen.

Tatsächlich werden Einbrüche heute häufig von Banden verübt, oftmals auch aus dem Ausland, die ihre Tatgebiete schnell wechseln und die die Beute rasch außer Landes schaffen. Dies erschwert die Ermittlung und Aufklärung von Einbruchsfällen zusehends. Während insgesamt in Bayern im Jahr 2014 64,4 % der begangenen Straftaten aufgeklärt wurden, waren es bei Fällen von Einbruchskriminalität nur 28 %. Deren Aufklärungsquote sinkt seit 2005 kontinuierlich.

Wie kann nun dieser Sorge weckenden Entwicklung Einhalt geboten wer-

den? Was kann die Polizei, was kann die Politik tun, um den Trend umzukehren? Was bedeutet der Anstieg der Fallzahlen für die gefühlte Sicherheit der Bevölkerung? Welche Gesetzesänderungen sind notwendig und sinnvoll?

Um diese Fragen mit ausgewählten Fachleuten zu diskutieren, lud die Hanns-Seidel-Stiftung am 28. Juli 2015 zu einer Expertentagung ins Konferenzzentrum München. Die Ergebnisse dieser Tagung sollen im folgenden Themenschwerpunkt dargestellt werden. ///



/// RICHARD RILL
ist Jurist, München.

/// Ihr kommt hier nicht rein!

STRATEGIEN GEGEN DIE EINBRUCHSKRIMINALITÄT

JOACHIM HERRMANN /// Die Wohnungseinbruchkriminalität ist eine große Herausforderung für die Innere Sicherheit. Gerade dort, wo der Lebensstandard hoch ist, schlagen Einbrecher gerne zu. Für die Opfer bedeutet das oftmals nicht nur einen materiellen Verlust, sondern es kann auch zu psychischen Folgen kommen: Gerade in den eigenen vier Wänden will man schließlich gut und sicher leben können. Deswegen unternehmen die bayerischen Sicherheitsbehörden alles, um die Einbrüche und Einbruchversuche einzudämmen.

Einführung

Innere Sicherheit ist ein Markenzeichen und ein Standortfaktor für Bayern. Nur wo man sicher lebt, da lässt man sich auch gerne nieder. Das gilt für Menschen

In BAYERN ist die Sicherheitslage gut.

genauso wie für Unternehmen. Und ein hohes Sicherheitsniveau ist auch ausschlaggebend für die Lebensqualität. Unsere Sicherheitsbilanz im Freistaat ist sehr gut. Denn hier kommen erstens eine hervorragende, objektive Sicherheitslage, die Jahr für Jahr in der Polizeilichen Kriminalstatistik ihren Ausdruck findet und zweitens ein hohes Vertrauen der Bürger in ihre Polizei zusammen.

In Bayern verfolgen wir dafür eine langfristig angelegte Sicherheitsstrategie. Wir gehen gegen Kriminalität aller Art konsequent vor. Wir dulden keine rechtsfreien Räume und reagieren unverzüglich auf neue Entwicklungen. Außerdem wollen wir durch umfassende Kriminalprävention erreichen, dass Straftaten erst gar nicht begangen werden.

Herausforderung: Wohnungseinbruchsdiebstahl

Auch wenn wir in Bayern sicherer leben als anderswo, gibt es auch bei uns große Herausforderungen zu meistern, zum Beispiel die Bekämpfung des Wohnungseinbruchs. Dies ist daher bei der Bayerischen Polizei ein Schwerpunktthema und hat höchste Priorität. Unsere Polizei investiert hier viel an personellen



Wenn ein Fremder gewaltsam in die eigenen vier Wände eindringt, ist auch der psychische Schaden groß: Man fühlt sich dort nicht mehr sicher.

Ressourcen und Logistik. Das ist richtig und wichtig, denn für die betroffenen Opfer ist der Gedanke, dass Fremde in die eigenen vier Wände eingedrungen sind, extrem belastend. Die psychischen Folgen sind oft einschneidender als der materielle Schaden. Daher müssen wir zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs alle Register ziehen.

Zwar war die Einbruchbelastung in Bayern im Jahr 2014 mit 65,1 Straftaten pro 100.000 Einwohnern deutschlandweit mit am geringsten. Nur Thüringen hat einen besseren Wert (45,3 Wohnungseinbrüche pro 100.000 Einwohner). Im bundesweiten Durchschnitt

liegt die Belastung ungefähr dreimal, in Nordrhein-Westfalen (300) oder Berlin (355) sogar etwa fünfmal so hoch. Ausgehend von unserem niedrigen Kriminalitätsniveau registrieren aber auch wir in Bayern entsprechend dem bundesweiten Trend seit fünf Jahren einen deutlichen Anstieg von Wohnungseinbrüchen. Hatten wir 2010 noch 4.470 Einbrüche, so waren es 2014 bereits insgesamt 8.210 (Anstieg um 84 %). Von den 1.105 im vergangenen Jahr in Bayern gefassten Einbrechern stammten 474 (4 %) aus dem Ausland, die meisten davon aus Osteuropa (Rumänien, Serbien, Polen oder Bosnien-Herzegowina,

Bis 2014 haben die Wohnungseinbrüche, vor allem durch PROFESSIONELLE Täter, zugenommen.

Georgien). 631 Tatverdächtige waren Deutsche.

Wir machen dabei immer wieder die Erfahrung, dass wir mit einer einzigen Festnahme oft eine Vielzahl von Einbrüchen aufklären und weitere Taten durch dieselbe Bande verhindern können. In München konnten unsere Ermittler beispielsweise einer südosteuropäischen Einbrecherbande über 200 Wohnungseinbrüche nachweisen. Auch haben schwere Diebstähle in bzw. aus Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräumen, darunter auch Geschäftseinbrüche, um 1,6 % auf 5.306 Fälle zugenommen.

Maßnahmenkonzept

Um solchen kriminellen Einbrecherprofis das Handwerk zu legen, haben wir in Bayern ein umfassendes Maßnahmenkonzept umgesetzt und unser konsequentes und kräfteintensives Vorgehen zeigt bereits Wirkung. Denn in ersten Auswertungen lässt sich eine Entspannung der Lage erkennen. In manchen Regionen Bayerns zeichnen sich sogar deutliche Rückgänge ab.

Bayernweite Expertengruppe

Bereits im Juni 2014 habe ich flankierend zu den bereits laufenden Maßnahmen eine bayernweite Expertengruppe zur weiteren Intensivierung der Bekämpfungsmaßnahmen eingerichtet. Ihre wesentlichen Empfehlungen zur Analyse- und Tatortarbeit, zu Fahndungs- und Ermittlungsansätzen sowie zur Öffentlichkeitsarbeit wurden bereits umgesetzt. Weitere Schritte werden derzeit geprüft.

sentlichen Empfehlungen zur Analyse- und Tatortarbeit, zu Fahndungs- und Ermittlungsansätzen sowie zur Öffentlichkeitsarbeit wurden bereits umgesetzt. Weitere Schritte werden derzeit geprüft.

Verstärkung von Fahndung und Kontrolle

Alle bayerischen Polizeipräsidien haben ihre Fahndungs- und Kontrolltätigkeit gezielt verstärkt und vielfach auch Schwerpunktaktionen durchgeführt, teilweise mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei. Mit solchen Aktionen haben wir gute Erfolge erzielt. Bei einem einwöchigen Schwerpunkteinsatz im März 2015 haben 1.280 Polizeibeamte fast 7.700 Personen und 5.600 Fahrzeuge an wichtigen Ein- und Ausfallstraßen sowie auf internationalen Verkehrsweegen kontrolliert. In 30 Fällen klickten die Handschellen.

Test der Software PRECOBS

Darüber hinaus haben wir die Software PRECOBS im Rahmen einer Machbarkeitsstudie bei den PP München und Mittelfranken unter fachlicher Begleitung des Bayerischen Landeskriminalamtes getestet. Sie führt mit anonymisierten Falldaten eine statistische Berechnung durch, wann und in welchem Gebiet mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einem Einbruch zu rechnen ist. Unsere Polizisten können mögliche Einbruchsorte so noch gezielter ins Visier nehmen.

Unsere Bilanz im Testzeitraum war vielversprechend: Es konnten 26 Personen in den relevanten Gebieten von der Polizei festgenommen werden. Auch die Einbruchszahlen haben sich dort rückläufig entwickelt. In München lag der Rückgang der Fallzahlen bei 42 %, in Mittelfranken bei 17,5 %.

Ausweitung der Schleierfahndung

Die Bundespolizisten machten bei ihren Grenzkontrollen während des G7-Gipfels beunruhigende Feststellungen:

- 10.555 Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz,
- 29 Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz,
- 237 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz,
- 151 Urkundendelikte,
- 1.056 Personen-Fahndungstreffer,
- 135 Vollstreckungen offener Haftbefehle sowie
- 692 Zurückweisungen.

Als Konsequenz dieser hohen Aufgriffszahlen wurde die Anzahl der Schleierfahnder aufgestockt. 500 Kollegen mehr kommen nun zur Bekämpfung grenzüberschreitender Straftaten zum Einsatz. Sie helfen so auch mit, internationalen Täterbanden im Bereich Wohnungseinbruch oder Rauschgiftkriminalität auf die Spur zu kommen.

Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit spielt bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchs eine wesentliche Rolle. Ein mitentscheidender Erfolgsfaktor ist der aufmerksame Bürger. Der Blick aufs Nachbarhaus oder auf das

Kennzeichen verdächtiger Fahrzeuge kann der Polizei enorm weiterhelfen, ja sogar manchmal für den Ermittlungserfolg entscheidend sein. Mehr als 50 % der in München erfolgten Festnahmen von Einbrechern verdanken wir der Aufmerksamkeit unserer Bürger. Man sollte daher nie zögern, bei verdächtigen Wahrnehmungen sofort die kostenlose Notrufnummer 110 zu wählen.

Es ist auch ganz wichtig, immer Fenster und Türen zu sichern und verschließen. Dass fast jeder zweite Wohnungseinbruch im Versuchsstadium stecken bleibt (44 %), zeigt, dass sich Investitionen in Sicherheitstechnik lohnen. Daher wollen wir möglichst viele Bürger individuell über effektive Sicherungstechnik informieren. Unsere 33 kriminalpolizeilichen Beratungsstellen in allen Regionen Bayerns stehen hierfür mit Rat und Tat zur Seite und geben individuelle Tipps für den Schutz ihres Zuhauses.

Um einen Anreiz für sicherungstechnische Investitionen zu schaffen, wurden im Auftrag der Bundesregierung bereits bestehende Fördermöglichkeiten über die KfW-Bankengruppe entsprechend erweitert. Mit den Förderprogrammen „Altersgerechtes Umbauen“ und „Energieeffizient Sanieren“ kann seit 1. Oktober 2014 auch in Maßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbruch investiert werden, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit barriere-reduzierenden Maßnahmen oder energetischer Sanierung stehen. Der Bund hat hierfür bis 2018 54 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Außerdem hat der Haushaltsausschuss des Bundestages am 20. Mai 2015 eine weitere Förderung für sichere Fenster und Türen sowohl für Eigentümer als auch für Mieter beschlossen. Für das

Das FAHNDUNGSPERSONAL wurde 2015 mit 500 neuen Stellen verstärkt.

Programm stehen bereits im laufenden Jahr 10 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 20 Millionen Euro können in den Folgejahren abgerufen werden. Ich befürworte auch die Möglichkeit, Inves-

SICHERHEITSMASSNAHMEN seitens der Bürger sind wichtig und werden staatlich gefördert.

titionen in Sicherheitstechnik zukünftig steuerlich besser absetzen zu können und begrüße insoweit einen entsprechenden Vorschlag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Nationale und internationale Zusammenarbeit

Unser Fokus bei der Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität liegt auf der Identifizierung und Überführung reisender Intensivtäter und aktuell insbesondere auf osteuropäischen Täterbanden. Daher kommt der nationalen und internationalen Zusammenarbeit in unserer Strategie eine bedeutende Rolle zu.

Die nationale Zusammenarbeit der Länderpolizeien ist sehr gut. Die Innenminister haben sich darauf verständigt, der Bekämpfung des Wohnungseinbruchs einen hohen Stellenwert einzuräumen und sich an eine gemeinsame strategische Handlungslinie zu halten. Darüber hinaus haben Innenminister Gall aus Baden-Württemberg und ich im Juli 2015 eine Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität unterzeichnet, um die Zusammenarbeit zwischen Bayern und Baden-Württemberg in diesem Bereich noch effektiver zu vernetzen. Wir werden jetzt im engen Schulter-

schluss mit einer abgestimmten Strategie den professionellen Einbrecherbanden den Kampf ansagen. Es geht uns um die effektive Bündelung unserer Informationen, unserer Polizeikräfte und unseres Know how. Dazu haben wir uns auf sieben Kooperationsfelder verständigt:

Wir werden erstens den Informationsaustausch zwischen den Länderpolizeien noch weiter intensivieren. Wir wollen dazu beispielsweise die Erkenntnisse aus laufenden Ermittlungsverfahren schneller und effektiver zusammenführen, um Tatzusammenhänge, Reisewege, Absatzmärkte und Bandenstrukturen besser rekonstruieren zu können. Hierzu werden wir unter anderem täglich Lagebilder über verdächtige Personen und Fahrzeuge sowie über aufgefundenen Diebesgut austauschen.

Zweitens wollen wir die Auswertung von Täterspuren optimieren. Für einige Spurenarten wie etwa DNA- oder Fingerspuren gibt es bundes- und europaweit geführte Datenbanken mit länderübergreifenden Abgleichmöglichkeiten. Für Schuhspuren gibt es das leider noch nicht. Die Schuhspur ist aber ein wichtiges Beweismittel, weil durch sie Tat- und Täterzusammenhänge erkennbar sind, wenn wir dasselbe Profil an zwei unterschiedlichen Tatorten sichern können. In Bayern können wir nicht automatisiert schauen, ob eine Schuhspur bereits in einem anderen Bundesland festgestellt wurde. Auch bei Werkzeugspuren können wir nicht über Bayern hinaus blicken. Das soll sich in Zukunft ändern, indem sich Bayern und Baden-Württemberg bei der Kriminaltechnik und hier insbesondere bei der Spurenauswertung enger vernetzen.

Wir werden drittens künftig gemeinsame länderübergreifende Fahndungsmaßnahmen und Schwerpunktaktionen

durchführen. Damit sind unsere gemeinsamen Aktionen breiträumiger und effizienter möglich. Erstmals fanden diese im Zeitraum vom 22. bis 31. Oktober 2015 statt.

Viertens wollen wir auch gemeinsam verstärkt reisende Intensivtäter und aktuell insbesondere osteuropäische Täterbanden ins Visier nehmen. Dazu gehören beispielsweise gemeinsame Fahndungsparameter und außerdem Ermittlungsgruppen mit Kriminalbeamten beider Länder. Hier nehmen wir insbesondere auch die Reise- oder Fluchtwege der Einbrecher ins Visier, vor allem die Autobahnen.

Wir wollen fünftens gemeinsam in Stuttgart und Karlsruhe den Ansatz des „Predictive Policing“, also des vorausschauenden Polizeieinsatzes wie etwa mit PRECOBS, weiterverfolgen, um unsere Streifen noch gezielter in einbruchgefährdeten Bereichen einzusetzen und von den gegenseitigen Erfahrungen zu profitieren.

Sechstens werden wir ein länderübergreifendes Präventionsnetzwerk aufbauen. Hierzu werden beispielsweise die Anrainerpräsidien konzertierte Präventionsaktionen durchführen. Eine gute Gelegenheit bieten Volksfeste wie z. B. die Allgäuer Festwoche, die traditionell im August stattfindet, oder andere Großveranstaltungen, wo man erfahrungsgemäß viele Bürger erreichen kann. Außerdem planen wir für nächstes Jahr einen gemeinsamen Tag des Einbruchsschutzes unter dem Motto „Eine Stunde mehr für mehr Sicherheit“. Diese findet jährlich am Tag der Zeitumstellung statt, wenn die mitteleuropäische Sommerzeit endet.

Und siebtens intensivieren wir die internationale Zusammenarbeit. Dazu wollen Innenminister Gall und ich un-

sere jeweiligen Anrainerstaaten, das Bundeskriminalamt sowie Europol zu einer „Fachkonferenz Wohnungseinbruch“ einladen. Unser Ziel ist die Einrichtung eines Fachforums, in dem Experten ihre Erfahrungen und Erkenntnisse zum Thema Wohnungseinbruch austauschen können. Bayern ist bereits an einem ähnlichen Projekt beteiligt, dem „Danube Property Crime Project“ (DPCP) der Europäischen Strategie für die Donauregion, dem sich zwischenzeitlich auch Baden-Württemberg angeschlossen hat. Der länderübergreifende Ansatz ermöglicht uns ein effektiveres Vorgehen gegen reisende Tätergruppierungen. Projektbeteiligte Länder waren bislang Bulgarien, Österreich, Rumänien und Serbien. Weitere Projektpartner sind die Hanns-Seidel-Stiftung, die das Projekt mit bis zu 40.000 Euro fördert, und Europol. Sie helfen bei der Zusammenführung aller Erkenntnisse aus dem In- und Ausland. Dann können wir gegen reisende Tätergruppierungen erfolgreich sein. Einzelne Festnahmen

Mit einem konzertierten MASSNAHMENBÜNDEL sollen Wohnungseinbrüche bekämpft werden.

sind erfreulich, noch wichtiger aber ist der nationale und internationale Wissenstransfer. Nur auf diese Weise lassen sich Erkenntnisse zu organisierten Strukturen und Tätervorgehen ermitteln, um eine nachhaltige Wirkung erzielen zu können.

Rechtspolitische Forderungen

Zur effektiven Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität, insbesondere zur nachhaltigen Zerschlagung organisierter Strukturen und Erhöhung der sehr niedrigen Aufklärungsquote von aktuell 15,1 % in diesem Bereich, habe ich mich in den vergangenen Monaten auch für aus meiner Sicht wichtige rechtspolitische Forderungen stark gemacht. Wohnungseinbruchdiebstähle sollten nicht mehr als minder schwere Fälle ge-

Aufgrund des massiven Eingriffs in die Privatsphäre ist der Wohnungseinbruch von seiner Schwere mit den Katalogstraftaten bei einer Telekommunikationsüberwachung nach § 100a StPO vergleichbar. Hierzu hat das Bayerische Justizministerium einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, welcher aber leider am 27. März 2015 beschloss, diesen nicht beim Deutschen Bundestag einzubringen. Wir werden hier aber nicht nachlassen.

Fazit

Angesichts der schweren Folgen für die Opfer von Wohnungseinbrüchen müssen wir zu deren Bekämpfung alle Register ziehen, sei es im Bereich der Strafverfolgung, der Prävention oder auch der Rechtspolitik. In Bayern wird weiterhin intensiv daran gearbeitet, dass professionelle Einbrecherbanden im Freistaat keinen Aktions-, Rückzugs- oder Absatzraum haben. Wir werden mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften alles dafür tun, dass unsere Bürger vor einem Wohnungseinbruch und seinen materiellen und psychischen Folgen verschont bleiben. ///



/// JOACHIM HERRMANN, MDL
ist Bayerischer Staatsminister des
Innern, für Bau und Verkehr, München.

Die **GESETZGEBUNG** muss für den **Tatbestand Wohnungseinbruchdiebstahl ein härteres Strafmaß sowie Telekommunikationsüberwachung vorsehen.**

ahndet werden können. Erreicht wird dies durch eine entsprechende Eingrenzung des § 244 (Absatz 3) StGB.

Konsequenterweise ist auch die Regelung zum „Schweren Bandendiebstahl“ in § 244a StGB (Strafrahmen: 1 Jahr bis zu 10 Jahren Freiheitsstrafe) derart zu ändern, dass der bandenmäßig begangene Wohnungseinbruchdiebstahl nicht mehr als minder schwerer Fall (gemäß § 244a Absatz 2 StGB, Strafrahmen: 6 Monate bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe) geahndet werden kann.

Darüber hinaus wollten wir mit einer Bundesratsinitiative erreichen, dass in Ermittlungsverfahren wegen Wohnungseinbruch künftig auch die Telekommunikationsüberwachung zulässig ist.

/// Wohnungseinbruch – Einbruch ins Leben?

INNERE SICHERHEIT ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE NOTWENDIGKEIT

VOLKER ULLRICH /// Neben der rechtstaatlichen Komponente sind mit dem Deliktbereich der Wohnungseinbruchskriminalität oftmals schwerwiegende psychologische Traumata verbunden. Dieser schwer fass- und beschreibbare Bereich findet bislang nicht hinreichend Berücksichtigung im Strafmaß, da es schwierig ist, die Schwere des traumatischen Erlebnisses messbar zu machen. Aufgrund des bundesweiten Anstiegs der Einbruchskriminalität muss diesem Deliktbereich in besonderer Weise Aufmerksamkeit zuteilwerden, da jedes Mitglied unserer Gesellschaft Opfer eines Einbruchsdeliktes werden kann.

Begriffsdefinition

Der Terminus Sicherheit hat sich zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Begriff entwickelt. Dies ist nicht erstaunlich, da das Substantiv Sicherheit zu einem zentralen Wertegerüst gewachsen ist und insbesondere in modernen Demokratien zu einem hohen Gut stilisiert wird. Eine Alltagssprachliche Erklärung des Begriffs Sicherheit lässt sich im Duden nachlesen. „Zustand des Sicherseins, Geschütztseins vor Gefahr oder Schaden; höchstmögliches Freisein von Gefährdungen“, so der Tenor. Diese Tri-

as der Begriffsklärung bzw. -deutung umschreibt die gesamte Komplexität, mit der der Sicherheitsbegriff aufgeladen ist. Anhand dieser Umschreibung lässt

Es gibt keine EINHEITLICHE Definition von Sicherheit.

sich ableiten, dass keine einheitliche Definition für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft vorliegen kann, sodass der Begriff ausschließlich individuellen An-



Quelle: Westend61/Getty Images

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist bundesweit stark angestiegen und wird zunehmend bandenmäßig betrieben.

sprüchen genügt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Meinungsbilder hierzu grundsätzlich auseinander gehen. Betrachtet man den Alltagsbegriff „Sicherheit“ genauer, ist auffällig, dass er aus zwei Perspektiven heraus betrachtet werden kann. „Zustand des Sicherseins“ beschreibt einen persönlichen Aspekt des sich sicher Fühlens und suggeriert damit eine intrinsische, vielmehr psychologische Wertigkeit. Hingegen verweist „Geschütztsein“ darauf, dass es ein Grundbedürfnis der Sicherheit gibt, das extern bedingt ist und durch einen Dritten oder eine Gruppe Dritter beein-

flusst wird. Während im ersten Fall die psychologische Komponente ausgeprägt ist, wird im zweiten Fall der rechtsstaatliche Aspekt hervorgehoben.

Sicherheit und Rechtsstaat – eine grundsätzliche Betrachtung

Grundsätzlich ist zu beobachten, dass sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten die rechtsstaatliche Kompetenz von einer Bedrohungsabwehr zu einer Risikovorsorge hin entwickelt hat. Dies ist auf die sich zunehmende Ausbreitung terroristischer und gewalttätiger

Auseinandersetzungen zurückzuführen, die weltweit zu beobachten sind. Dabei ist es irrelevant, in welchem quantitativen und qualitativen Maß der gewaltsame Akt vollzogen wird. Ebenso ist es gleich, ob eine oder mehrere Personen verletzt werden oder der Akt heimtückisch oder augenfällig war. In jedem Fall geht es um das Leben einzelner Menschen, das geschützt und geachtet werden muss.

In der nahen Vergangenheit sind einzelne Staaten, in Europa und weltweit, immer wieder Opfer von terroristischen Anschlägen geworden. Mit Sicherheit sind allen die Anschläge auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ in Paris vom Januar 2015 noch in Erinnerung. Dabei starben 12 Personen und mehrere wurden lebensgefährlich verletzt. Unvergessen sind auch der Mordanschlag im Jüdischen Museum in Brüssel oder die Sprengstoffanschläge auf Pendlerzüge in Madrid, wobei mehrere hundert Menschen starben und mehr als tausend verletzt wurden.

Diese schweren Anschläge sind menschenverachtend und müssen bestraft werden. Viel wichtiger ist aber noch, dass solche kriminellen Akte bereits verhindert werden, bevor sie überhaupt entstehen. Es ist daher notwendig, dass der Staat Maßnahmen ergreift, die vereiteln, dass es zu schweren Straftaten kommt. Gleichfalls müssen die rechtsstaatlichen Instrumente in dem Maß ausgeschöpft werden, dass mögliche Folgestraftaten verhindert werden. Neben der polizeilichen Gewalt als ausführendes Organ kommt damit der Jurisdiktion eine zentrale Bedeutung zu. Das Kernelement staatlicher Gewalt muss es sein, innen wie außenpolitisch für Sicherheit und Freiheit zu sorgen und die Bürger vor Angriffen jeglicher Art zu schützen.

Der Freiheits- und Sicherheitsgedanke findet sich auch bei John Locke wieder. Der Staatstheoretiker hatte schon im 17. Jahrhundert Gedanken zur Ausgestaltung staatlicher Hoheitsaufgaben formuliert. In seinem Werk „Two Treatises of Government“ entfaltet Locke das Recht auf Freiheit. Seiner Ansicht nach ist die Selbsterhaltung des Individuums eines der höchsten Ziele. Es ist daher selbstverständlich, dass die Menschen die Ziele ihres Handelns selbst setzen müssen und jeden Angriff auf ihre Existenz oder ihr Eigentum nach eigenem Ermessen strafen, das heißt, das jeweils Eigene zu nützen und zu schützen und Fremdes zu achten. Es ist richtig, dass Locke hier einen Idealzustand staatlichen Handelns umschreibt. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass in seinem Denken auch nicht idealiter handelnde Individuen berücksichtigt werden. Anders lässt sich die Trias von Legislative, Exekutive und Judikative nicht deuten. Allein die Existenz einer juristischen und exekutiven Gewalt kann daraufhin hinweisen, dass von einer

Schutz und Sicherheit sind RECHTSSTAATLICHE Aufgaben.

strafrechtlichen Grundstimmung auszugehen ist, in der Misstrauen herrscht. Die Psychologie hinter der Anwesenheit einer Jurisprudenz kann als Notwendigkeit erachtet werden, wenn man davon ausgeht, dass vom Menschen grundsätzlich Schlechtes, juristisch Relevantes ausgeht.

Innere Sicherheit

Wie ist es hierzulande um die tatsächliche und gefühlte Sicherheit bestellt? Einer Umfrage des Bundesamtes für Statistik zufolge, die sich mit dem Sicherheitsemp-

finden der Deutschen im Hinblick auf mögliche Terroranschläge befasste, fühlen sich 88 % der Befragten in Deutschland alles in allem eher sicher.¹ Wird hingegen danach gefragt, wie sicher sich die Menschen persönlich zurzeit in Deutschland fühlen, ergibt sich ein weitaus differenzierteres Bild. Grundsätzlich beurteilen die Befragten das Sicherheitsempfinden als positiv. Auf einer sechsstufigen Skala von „sehr sicher“ bis „sehr unsicher“ beurteilen 43 % das persönliche Sicherheitsempfinden als „sicher“ und 34 % als „eher sicher“. Gleichzeitig bewerten ungefähr 10 % das persönliche Sicherheitsempfinden eher negativ.² Obwohl die Mehrheit der Befragten die Sicherheit als positiv bewertet, muss es das grundsätzliche Ziel sein, dass sich jede in der Bundesrepublik lebende Person hier sicher fühlen kann, unabhängig vom gefühlten und tatsächlichen Sicherheitsempfinden.

Damit Gewalttaten verhindert werden, ja vielmehr gar nicht erst aufkommen, werden präventive Maßnahmen getroffen. Richtig ist, dass ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen ist. Insbe-

Die Anzahl der Wohnungseinbrüche ist **BUNDESWEIT** eklatant angestiegen.

sondere im Deliktbereich Diebstahl gibt es einen Zuwachs von +2,4 % auf 2.440.060 Fälle, ebenso beim Wohnungseinbruchsdiebstahl um +1,8 % auf 152.123 Delikte, bei der Straßenkriminalität um +2,5 % auf 1.342.905 Fälle

sowie bei Betrugsdelikten um +3,3 % auf 968.866 Fälle.³ Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist im gesamten Bundesgebiet um 1,8 % auf 152.123 gestiegen, so viel wie seit 15 Jahren nicht mehr. Bezogen auf den Freistaat Bayern ist herauszustellen, dass allein im Jahr 2014 mehr als 8.000 Wohnungseinbrüche registriert wurden. Auch die Polizei äußert sich angesichts dieser Entwicklung besorgt, da dies im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 28,6 % ist.

Selbst der Bundesinnenminister konstatierte, dass herumreisende Einbrecherbanden nur schwer in den Griff zu bekommen seien. Insgesamt registrierte die Polizei 2014 rund 6,082 Millionen Straftaten, 2 % mehr als 2013. Die Polizei konnte 54,9 % der Fälle aufklären.

Psychologie und Sicherheit

Der psychologischen Komponente bei Einbruchsdelikten muss verstärkt Aufmerksamkeit beigemessen werden, da oftmals von Folgeschäden bei den Betroffenen auszugehen ist. Wichtige entwicklungspsychologische Ergebnisse konnte der amerikanische Psychologe Abraham Maslow aufzeigen. Er untersuchte gesunde, erfolgreiche und glückliche Menschen, deren empirisches Ergebnis in der sogenannten Maslowschen Pyramide Berücksichtigung fand. Die Basis der Pyramide bilden die physiologischen Bedürfnisse, während sich in der Spitze das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung findet. Zwischen diesen beiden Extremen liegen, von unten nach oben betrachtet, in differenzierten Abstufungen, die Bedürfnisse nach Sicherheit, Zugehörigkeit und Wertschätzung. Der Maslowschen Annahme zufolge kann jedoch ein nächst höheres Bedürfnis erst dann aktualisiert werden, wenn das hierarchisch untergeordnete zufriedengestellt wurde.

Bei genauerer Betrachtung ist auffällig, dass bereits auf der zweiten Stufe, direkt nach den existenziellen Bedürfnissen wie Essen und Trinken, die Sicherheit angesiedelt ist. Demnach ist zu vermuten, dass der Sicherheitsgedanke eine wichtige psychologische Kompo-

Sicherheit ist ein **ELEMENTARES** menschliches Bedürfnis.

nente abbildet. Wird dem nicht entsprochen, kann auch kein Zugehörigkeitsgefühl entstehen, so Maslow. Diese Hierarchisierung betrifft alle. Fühlen Menschen sich nicht sicher, entsteht daraus eine Unsicherheit, die sich in einer Vielzahl psychologischer Verhaltensweisen ausdrückt, welche von der Abwertung der eigenen Persönlichkeit über eine Dramatisierung bis hin zu lebensbedrohlichen Ängsten führen kann. Sich unsicher in der eigenen Haut zu fühlen, im eigenen Haus, die Distanz zur gewohnten Umgebung, kann alles Ausdruck einer Unsicherheit sein.

Beispielhaft ist ein Hauseinbruch, bei welchem die Täter die persönlichen Gegenstände des Opfers durchsuchten. Dies führt dazu, dass sich das Opfer im Haus nicht mehr sicher fühlte. Das zuvor bestimmende Sicherheitsgefühl wich sukzessive der Angst und Unsicherheit. Die Angst steigerte sich und vertiefte sich in dem Gedanken, erneut von einem Einbruch betroffen, ggf. sogar Opfer einer Gewalttat im eigenen Haus zu werden. Schlussendlich wurde die häusliche Idylle, der gemeinsame Familienort verlassen, um sich eine neue Heimat zu suchen. Dieses Beispiel zeigt, dass Sicherheit ein Kernelement menschlichen und gesellschaftlichen Daseins ist.

Es zeigt aber auch, dass sich die Strafandrohung auch an der Schwere der Rechtsverletzung orientieren muss. Beim Einbruch ist das Strafmaß gegenwärtig nicht richtig getroffen, da hierbei zweierlei Aspekte zu berücksichtigen sind. Zum einen wird nicht nur das Eigentum der Opfer verletzt, sondern auch die Privatsphäre in erheblichem Maße berührt. Die Opfer können durch einen Einbruch in starkem Maß traumatisiert werden. Mitunter geben 40 % der Betroffenen von Einbrüchen an, dass sie unter den psychischen Folgen der Tat leiden. Dabei ist es gleich, welche Schwere der psychischen Verletzung vorliegt.

Zum Zusammenhang von Sicherheitsbedürfnis und Sicherheitslage in Deutschland

Es ist festzuhalten, dass auch das Bundesverfassungsgericht bei einem Eingriff des Staates in die Privatsphäre des Bürgers zu Recht hohe Anforderungen an die Rechtfertigung des Eingriffs stellen würde. Wenn aber nun durch einen Einbruch die Privatsphäre des Opfers berührt werde, so müsse dem Staat an dieser Stelle auch eine besondere Schutzpflicht zukommen, den Bürger vor solchen Verletzungen seiner Privatsphäre zu bewahren. Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität müsse daher entschlossen betrieben werden.

Es besteht daher Nachbesserungsbedarf seitens des Gesetzgebers. Denn für die unter Umständen schweren psychischen Folgen, die die Opfer von Einbrüchen ertragen, ist es gleichgültig, ob der Einbruch von einem Einzeltäter oder mehreren Personen verübt wurde. Entscheidend ist das Eindringen in die Privatsphäre. Wohnungseinbruch muss daher generell mit der geltenden Haftstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahren geahndet werden, sodass die bisherige Aus-

nahmeregelung für minderschwere Fälle entfällt. Darüber hinaus muss Einbruchsdiebstahl in den Katalog der Straftaten aufgenommen werden, zu deren Verfolgung die Telekommunikation überwacht werden kann. Nur so lässt sich ggf. eine weitere Straftat verhindern.

Innere Sicherheit fungiert als gesellschaftspolitischer GARANT.

Diese Möglichkeit würde die Ermittlungen der Polizei in erheblichem Maße erleichtern und die Aufklärungsrate spürbar verbessern.

Sicherheit stellt kein eindeutig definierbares Konstrukt dar, sondern ist zahlreichen Deutungsprozessen unterworfen. Es ist davon auszugehen, dass Sicherheit auf zwischenmenschlicher Ebene mit Angstfreiheit, Geborgenheit und Vertrauen einhergeht. Sicherheit stellt damit ein elementares menschliches Grundbedürfnis und eine zentrale gesellschaftliche Leitidee dar, die auch in unserer Verfassung verankert ist. Die Vielschichtigkeit, aber auch emotionale und normative Überfrachtung des Begriffs wirft komplexe übergreifende Fragestellungen zu objektiven Sicherheiten, Wahrnehmungen, Empfinden, Bedingungen und Erwartungen auf, die nicht eindeutig zu beantworten sind.

Es ist die Aufgabe staatlicher Gewalt, dass sich jeder Bürger sicher fühlen, frei bewegen und entfalten kann. Dies versichert auch unser Grundgesetz im Artikel 2, demnach das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung, Leben, körperliche

Unversehrtheit und Freiheit der Person garantiert wird und dem originären Verfassungsgrundsatz entspricht.

Die Sicherheitslage in Deutschland hat sich statistisch nicht signifikant verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Viktimisierungssurvey. Demnach halten es nur 3 bis 5 % der Befragten für wahrscheinlich, in naher Zukunft Opfer einer Körperverletzung, Einbruchs oder Raubes zu werden.⁴ Allerdings variiert das Sicherheitsgefühl nach Personengruppe und Wohnlage, wobei insbesondere Bewohner von Großstädten am stärksten von allgemeiner Unsicherheit betroffen sind. Grundsätzlich haben 87 % der Befragten ein hohes Vertrauen in die Polizei und deren Arbeit bei der Verbrechensbekämpfung.⁵

Trotz der Zahlen bleibt ein Unbehagen bei Straftaten bestehen, wobei Realität und Wahrnehmung nicht immer übereinstimmen. Zur Erklärung des Auseinanderklaffens von objektiver Sicherheitslage sowie der wahrgenommenen und empfundenen Sicherheit wurden verschiedene Ansätze entwickelt. Besonders plausibel erscheint dabei die zunächst empirisch aber nicht belegbare Überlegung, dass Unsicherheitsgefühle entscheidend durch selbst erlittene Straftaten beeinflusst werden. Bezogen auf die gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Staates kann daraus abgeleitet werden, dass Sicherheit der individuellen Persönlichkeitsentfaltung dient, die geschützt und gewahrt werden muss. Es ist die Aufgabe eines jeden, Straftaten zu vereiteln und zu melden. Nur so kann ein friedliches und sicheres Zusammenleben garantiert werden. Die Innere Sicherheit hat seit jeher den Stellenwert eines sozialen Grundrechts, denn sie ist Grundlage für Frieden, Freiheit und Wohlstand in unserer Gesellschaft. ///



/// DR. VOLKER ULLRICH, MdB
ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags, Berlin.

Anmerkungen

¹ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/3264/umfrage/sicherheitsempfinden-der-deutschen-im-hinblick-auf-moegliche-terroranschlaege/>, Stand: 25.9.2015.

² <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161154/umfrage/wahrnehmung-der-persoelichen-sicherheit-in-deutschland/>, Stand: 25.8.2015.

³ Bundesministerium des Innern: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2014.

⁴ http://www.bka.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2014/141208__Viktimisierungssurvey2012.html, Stand: 28.9.2015.

⁵ Ebd.

/// Sicherheitspezifische Maßnahmen zur Einbruchskriminalität

REALE UND GEFÜHLTE SICHERHEIT

FRANZ PORZSOLT /// Nachfolgend wird die „Sicherheit“ bei Einbruchskriminalität aus der Perspektive der Wissenschaft dargestellt, um daraus praktische Konsequenzen abzuleiten. Ziel ist es, die Häufigkeit und den Schweregrad der Einbrüche zu reduzieren, die Risiken der Täter zu erhöhen und bei den Bürgern die Sicherheit zu steigern. Dazu wird der Unterschied zwischen „realer“ und „gefühlter“ Sicherheit dargelegt. Mit einer Risikoschleife und einer Vier-Felder-Tafel lassen sich Risiken kategorisieren und spezifische Konsequenzen ableiten.¹

Ausgangslage

Menschen verhalten sich bei gleichen Risiken nicht einheitlich. Ein Beispiel ist die Akzeptanz eines Helms bei Motorradfahrern. In einer Analyse von 3390 Motorradfahrern, die einen Unfall erlitten hatten, haben 51% keinen Helm getragen,² obwohl unbestritten ist, dass Kopf- und Hirnverletzungen durch das Tragen von Helmen reduziert werden können³. Bei den Autofahrern beträgt die Gruppe derer, die Sicherheitsgurte benutzen in Ländern mit hohem Einkommen etwa 80%, während in Ländern mit mittlerem bzw. geringem Einkommen nur 43% bzw. 6% einen Sicherheitsgurt anlegen,⁴ obwohl auch hier gezeigt wurde, dass durch Anlegen eines Sicherheitsgurts etwa 50% aller unfallbedingten Todesfälle verhindert werden können. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass Menschen unterschiedlich risikoavers sind. Diese

Vermutung kann man mit einem kleinen Experiment bestätigen, das den beiden Nobelpreisträgern Kahneman und Tversky zugeschrieben wird, indem man fragt, wer bevorzugt, entweder 1.000,- € „cash auf die Kralle“ oder den höheren Betrag von 2.500,- € zu

Die MEHRHEIT der Menschen scheut eher das Risiko.

bekommen, wobei der höhere Betrag mit einem fünfzigprozentigen Risiko, alles zu verlieren, assoziiert ist. Von den ca. 120 Zuhörern der Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung am 28. Juli 2015 haben zwei Drittel spontan die „sichere“ Variante von 1.000,-€ gewählt. Das Ergebnis bestätigt durch die überwiegend „sichere“ Wahl, dass Menschen eher risikoavers sind.



Auch wenn das Risiko immer gleich hoch ist, fühlt sich ein Fallschirmspringer beim hundertsten Sprung weitaus sicherer als beim ersten.

Würde sich die Mehrheit am Risiko bzw. an der Chance orientieren, hätten die meisten die zweite Option, nämlich 2.500,- € mit 50% Verlustrisiko wählen müssen. Das traf offensichtlich nicht zu. Die Mehrheit folgt eher dem eigenen Gefühl oder einer Wahrnehmung des Sicherheitsprinzips „Was ich habe, das habe ich“. Daraus lässt sich die Hypothese ableiten, dass es offensichtlich zwei Formen von Sicherheit gibt, nämlich die „Reale Sicherheit (ReSi)“ bzw. „Reale Unsicherheit“ und die „Gefühlte Sicherheit (GeSi)“ bzw. „Gefühlte Unsicherheit“.⁵ Aus der wissenschaftlichen Perspektive ist die Nennung der „Unsicherheit“ entbehrlich, weil Sicherheit und Unsicherheit

nur verschiedene Ausprägungen desselben Zustands sind: Man fühlt sich in einer Situation sicher oder unsicher.

Der Unterschied zwischen „Realer“ und „Gefühlter“ Sicherheit

Am Beispiel des Fallschirmspringens lässt sich dieser Unterschied darstellen. Die Wahrscheinlichkeit, bei einem problemlosen Absprung lebend zu landen bzw. das Risiko, ist beim ersten und beim hundertsten Absprung etwa gleich groß. Die subjektive Wahrnehmung dieses Risikos – wir nennen sie die „Gefühlte Sicherheit“ – ist aber beim ersten und beim hundertsten Absprung deutlich unterschiedlich. Das Risiko lässt sich messen und beschrei-

Tab. I: Messung und die Wahrnehmung von Risiko und Sicherheit jeweils in Abhängigkeit von der Fremd- oder Selbstbewertung.

	Risiko (Real)	Sicherheit (Gefühl)
Perspektive der Fremdbewertung (falsifizierbar)	Messung der Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines Schadens	Messung der sicherheitsrelevanten Einflussfaktoren
Perspektive der Selbstbewertung (nicht falsifizierbar)	Individuelle Wahrnehmung von Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines Schadens	Individuelle Wahrnehmung von sicherheitsrelevanten Einflussfaktoren

Quelle: eigene Darstellung Franz Porzolt

ben durch das Produkt aus der Eintrittswahrscheinlichkeit (W) und der Höhe des Schadens (H). Am Rande sei darauf hingewiesen, dass W durch die Anzahl der unerwünschten Ereignisse pro Zeitintervall oder durch die Prävalenz (Anteil der zum Testzeitpunkt Betroffenen an allen einbezogenen Individuen) oder durch die Inzidenz (Anteil

Risiko und Sicherheit sind wahrnehmbar und MESSBAR.

der neuen Betroffenen innerhalb eines Intervalls, meist bezogen auf 100.000 Personen) beschrieben werden kann. Welche Art zur Beschreibung von W sinnvoll ist, hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab.

Auch die „Gefühlte Sicherheit“ ist messbar, allerdings sind hierzu aufwändige psychometrische Verfahren notwendig, bei welchen zunächst jene Faktoren zu identifizieren sind, welche die GeSi entweder steigern oder verrin-

gern. Das methodische Vorgehen wurde in vier Dissertationsarbeiten, die an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm⁶ und in einer Master-Arbeit, die am Institut für Psychologie der Universität Tromsø / Norwegen unter Leitung von Prof. Eisemann⁷ angefertigt wurden, beschrieben.

Demnach sind beide Dimensionen, das Risiko („etwas Reales“) und die Sicherheit („etwas Gefühltes“) zum einen messbar, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Werkzeugen; zum anderen sind beide Dimensionen wahrnehmbar. In Tabelle I sind die Messung und die Wahrnehmung von Sicherheit jeweils in Abhängigkeit von der Fremd- oder Selbstbewertung dargestellt. Für die Fremd- und Selbstbewertung des Risikos sind die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Schadenshöhe für die Fremd- und Selbstbewertung der Sicherheit die sicherheitsrelevanten Einflussfaktoren und deren Ausprägung bedeutend. Dabei ist zu beachten, dass Fremdbewertungen falsifizierbar sind, während die Selbstbewertung als Aus-

druck eines subjektiven Empfindens nicht falsifiziert ist, sondern nur zur Kenntnis genommen werden kann.

„Sicherheit“ kann ein „Hoch-Risiko-Faktor“ sein

Aus diesen Statements lässt sich als bedeutende Schlussfolgerung ableiten, dass die oft hochgelobte Sicherheit aus individueller Sicht einen Wert und ein Grundbedürfnis darstellt. Sicherheit kann aber auch ein „Hoch-Risiko-Faktor“ sein, weil sicherheitsrelevante Konsequenzen auf Grund von individuellen Wahrnehmungen abgeleitet werden und Wahrnehmungen – wie später gezeigt wird – durch Informationen sehr leicht in verschiedene Richtungen beeinflusst werden können. Im Kontext unseres größten Marktsegments, dem Gesundheitssystem, ist diese Aussage absolut bedeutend, weil die Bewertung der Sicherheit als „Hoch-Risiko-Faktor“ auch für dieses System gilt. Die sogenannten „evidenzbasierten Entscheidungen“, die im deutschen Sozialgesetzbuch V (SGB V)⁸ an etwa 200 Stellen erwähnt werden, sind nach Aussage des Supreme Court of Appeal of England and Wales eben nicht als Fakten, sondern nur als Meinungen aufzufassen⁹. Die künftige Entwicklung wird zeigen, ob dieses kluge Gerichtsurteil auch international akzeptiert wird und damit die Diskussion in den Gesundheitssystemen zum Unterschied zwischen evidenzbasierten und anders begründeten Entscheidungen nachhaltig beeinflussen könnte.

Die Bedeutung der Sicherheit für die Politik

Sicherheitsrelevante Entscheidungen sind uns aus der Politik bekannt. Diese Entscheidungen können in vielen Fällen nicht auf messbare Fakten gestützt

Sicherheitsrelevante Entscheidungen in der Politik müssen oft auf WAHRNEHMUNGEN basierend erfolgen.

werden, sondern sind von Wahrnehmungen abzuleiten. Damit besteht jeweils ein hohes Risiko, eine Entscheidung zu treffen, die auf einer unzutreffenden Annahme beruht. Beispiele hierfür sind die Ausgaben für Staatssicherheit in der früheren DDR, mit welchen u. a. 274.000 offizielle STASI-Mitarbeiter finanziert wurden. Im Jahr 1990 erlebten wir die Einschränkungen wegen des BSE (Bovine spongiform encephalopathy)-Risikos. Im Jahr 2006 folgte die Keulung von Federvieh, um auf das virtuelle Risiko der Vogelgrippe mit dem Influenza Virus H5N1 zu reagieren. Ein Impfstoff wurde produziert, aber kaum angewandt. Wenige Jahre danach, im Jahr 2011, folgten die Warnungen vor dem Verzehr von Gurken, Tomaten und Sprossen, um das Risiko einer Infektion durch Enterohämorrhagie E. Coli (EHEC) zu reduzieren. Diese Warnung bedrohte die Existenz von Herstellern landwirtschaftlicher Produkte, ohne dass der erwünschte Effekt der Warnung bestätigt werden konnte. Und letztlich hat der Tsunami in Fukushima im Jahr 2011 den Ausgang der Wahl in Baden-Württemberg und die deutsche Entscheidung zum Ausstieg aus der Kernenergie beeinflusst. Diese Beispiele zeigen, dass die „unerwünschten Kosten“ der sicherheitsrelevanten Entscheidungen, die zu tragen sind, leicht beziffert, die

Tab. II: Berichtete Effekte einer einmaligen flexiblen kleinen Darmspiegelung auf die Mortalitätsrate von Patienten, die an Darmkrebs oder an anderen Krebsformen erkrankt waren.

	Mortality rate per 100.000 person-years			
	Control group	Intervention group		
	Total (N=112939)	Total (N=57099)	No screen (N=16478)	Screened (N=40621)
All cause	1124	1093	1566	909
Colorectal cancer	44	30	45	25
Non-colorectal cancer	1080	1062	1521	884

Quelle: Atkin, W. S. / Edwards, R. / Kralj-Hans, I. / u. a.: UK Flexible Sigmoidoscopy Trial Investigators, 2010.

konkrete Benennung der „erwünschten Konsequenzen“ aber kaum mit Zahlen belegt werden können.¹⁰

Auch Wissenschaftler leben mit „Gefühlter Sicherheit“

Nicht nur Politiker, auch Wissenschaftler sollten daran denken, dass sie wie Menschen und nicht „wie Maschinen“ ticken. Natürlich haben Daten für Wissenschaftler einen anderen Stellenwert als für Laien. Wenn es aber im letzten Schritt der Abwägung um die Entscheidungsfindung geht, ist schwer zu glauben, dass diese Entscheidung unabhängig von der Wahrnehmung getroffen

wird. Wesentlich wahrscheinlicher ist, dass auch für Wissenschaftler zutrifft, was ebenso für alle anderen zutrifft. Das Beispiel in Tabelle II, das einer renommierten internationalen Zeitschrift entnommen wurde,¹¹ zeigt mehrere überraschende Befunde: Zum einen bestätigen die Zahlen, dass mit einer flexiblen kleinen Darmspiegelung die Sterblichkeit an Darmkrebs und Enddarmkrebs (colorectal cancer) von 44 (Kontrollgruppe, nicht zur Spiegelung eingeladen) auf 25 pro 100.000 Personennjahre gesenkt werden kann. Bei Gesunden, die zwar zur Spiegelung eingeladen waren, das Angebot aber nicht wahrgenommen haben, lag die Sterblichkeit an Darmkrebs und Enddarmkrebs bei 45 pro 100.000 Personennjahre, was mit dem Ergebnis der nicht eingeladenen Kontrollgruppe nahezu identisch ist. Dieses Ergebnis scheint zu bestätigen, dass die kleine Darmspiegelung mit einem flexiblen Gerät die Sterblichkeit an dieser Krebsform von 44 auf 25, d. h. um 43 % reduzieren

Auch die WISSENSCHAFTLICHE Entscheidungsfindung unterliegt der Wahrnehmung.

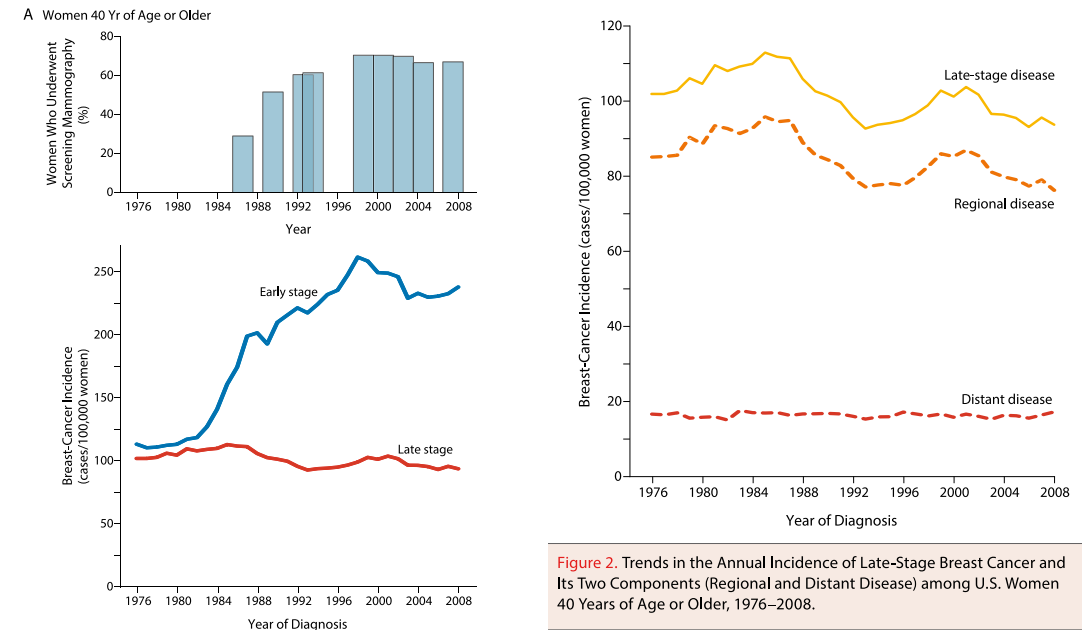
kann. In der gesamten Medizin ist eine Reduktion der Sterblichkeit um 43 % ein extrem guter Wert, der eigentlich kaum glaubwürdig ist, weil es kaum eine Behandlung gibt, mit der derart gute Ergebnisse erzielt werden können. Weiterhin ist sehr ungewöhnlich, dass diese Reduktion der Sterblichkeit durch eine einzige Spiegelung erreicht werden kann, wenn diese im Alter zwischen 55 und 64 Jahren durchgeführt wird.

Aussagen dieser Art klingen wie „wissenschaftlicher Jahrmarkt“ und sollten kritisch hinterfragt werden, bevor sie in Leitlinien übernommen werden. Nahezu grotesk wird das Ergebnis in der nächsten Zeile der Tabelle II. Dort wird gezeigt, dass durch eine einzige kleine, flexible Darmspiegelung auch die Rate aller anderen Krebsfor-

men (außer Darmkrebs und Enddarmkrebs) etwa im gleichen Maße wie die zuvor genannten Krebsformen reduziert werden können. Spätestens hier sollte auch jeder Laie ein Fragezeichen setzen. Es ist doch nicht wirklich glaubwürdig, dass durch eine kleine Darmspiegelung der Tod infolge z. B. Hirntumoren, Lungenkrebs, Hautkrebs, Brustkrebs verhindert werden kann.

Aus Sicht der Wissenschaft ist das Rätsel einfach zu lösen: In verschiedenen Studien wurde gezeigt, dass jene die zur Früherkennung, egal welcher Art, gehen, ein anderes Gesundheitsbewusstsein haben und somit immer gesünder sind als jene, die die Früherkennung nicht in Anspruch nehmen. Dieser systematische Fehler¹² kann ausgeschlossen werden, indem man zeigt,

Abb. 1: Ergebnisse des Mammographie-Screenings in den letzten 30 Jahren



Quelle: Bleyer A. / Welch G.: Effect of Three Decades of Screening Mammography on Breast-Cancer Incidence, N Engl J Med 2012, 367:1998-2005.

dass die Teilnehmerinnen an einem Programm zur Früherkennung von Brustkrebs tatsächlich seltener an Brustkrebs, nicht aber auch seltener an Darmkrebs sterben und Teilnehmerinnen an einer Früherkennung von Darmkrebs nicht seltener an Brustkrebs sterben.¹³ Wenn es nicht gelingt, die Spezifität der Früherkennung nachzuweisen, ist das Risiko hoch, „Äpfel mit Birnen zu vergleichen“. Das Beispiel zeigt, dass auch unter Wissenschaftlern Wahrnehmungen entscheidend sein können. Anders ist nicht zu erklären, dass weder die Gutachter eines eingereichten Manuskripts, noch die Herausgeber der Zeitschrift oder deren Leser eine kritische Frage gestellt haben, die sicher verhindert hätte, dass der Fehler veröffentlicht und unter unkritischen Lesern verbreitet wird.

Ein zweites Beispiel sei den Erfahrungen aus dem Mammographie-Screening in den letzten 30 Jahren angefügt.¹⁴ Das Säulendiagramm in Abbildung 1 (S. 37) zeigt, dass in den USA diese Form der Früherkennung beginnend mit dem Jahr 1986 in Anspruch genommen wurde und im Jahr 1998 ein Plateau erreicht hat. Parallel zur steigenden Inanspruchnahme ist auch die Rate der entdeckten Frühformen von Brustkrebs angestiegen. Wenn viele Frühformen von Krebs erkannt und erfolgreich behandelt werden, sollte man erwarten, dass die Rate der Spätformen und deren Folgen abnehmen. Die Graphiken zeigen aber, dass vor allem die nicht mehr heilbare Form mit Fernmetastasen (distant disease) vor und auch 30 Jahre nach Einführung

des Mammographie-Screenings identisch war. Diese Daten legen den dringenden Verdacht nahe, dass unsere Vorstellungen über Krebsentstehung, Krebswachstum und Krebsheilung noch nicht vollständig der Realität entsprechen. Unerwartete Beobachtungen sind sorgfältig zu analysieren, weil man aus Fehlern und nicht aus der Bestätigung der eigenen Erwartungen lernen kann.

Das dritte Beispiel bestätigt ebenfalls, dass Menschen nicht wie Maschinen ticken. Die Graphik in Abbildung 2 stammt von Prof. Gerd Gigerenzer, Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, und zeigt, dass nach dem Anschlag auf die Twin Towers in New York 9/11 im Jahr 2001 vermutlich einige Reisende wegen der „Gefühlten Sicherheit“ vom Flieger auf das Auto umgestiegen sind, obwohl seit langem kommuniziert wird, dass das Flugzeug wesentlich weniger riskant als das Auto ist. Die Graphik zeigt, dass die Rate der tödlichen Verkehrsunfälle nach 9/11 angestiegen ist und erst etwa ein Jahr später den Ausgangswert wieder erreichte.

Gefühlte Sicherheit ist in nahezu allen Lebensbereichen bedeutend

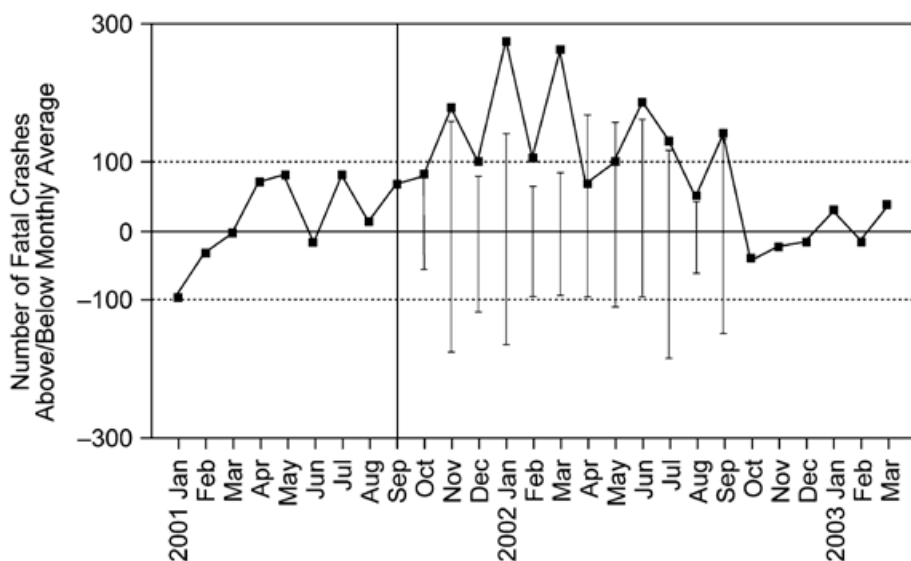
Unsere Diplomanden und Doktoranden haben sich mit der „Gefühlten Sicherheit“ bei Frauen in einer Selbsthilfegruppe nach Brustkrebs,¹⁶ bei RealSchülern nach den Amokläufen in Columbine und Winnenden,¹⁷ bei den Lesern einer Arzneimittelpackungsbeilage,¹⁸ bei Ingenieuren im Steinkohlebergbau auf Spitzbergen¹⁹ und bei älteren Mitbürgern beschäftigt²⁰. Die Faktoren, welche die „Gefühlte Sicherheit“ bei den jeweiligen Zielgruppen beeinflussen, sind so unterschiedlich wie die

Das Prinzip „Vertrauen“ muss wieder GESTÄRKT werden.

einzelnen Situationen und Zielgruppen selbst. So wird die „Gefühlte Sicherheit“ älterer Mitbürger im Wesentlichen durch drei Faktoren beeinflusst. Die „Umweltbeziehungen“ körperlicher, geistiger, kognitiver und technischer Art sowie das Bedürfnis, eine sinnvolle Aufgabe im Leben wahrzunehmen. Die Sicherheit der „ärztlichen Betreuung“ ist für ältere Mitbürger bedeutend; hier geht es vor allem darum, genügend Zeit für diese Menschen zu haben und um die Information, die diese Menschen vom Arzt bekommen können und letztlich war für ältere Mitbürger die „Zukunftsvorsorge“ bedeutend, wobei sie sich besonders sorgen, wenn jemand hilfs- oder pflegebedürftig wird.

Der Ruf nach mehr „Gefühlter Sicherheit“ im Gesundheitsbereich wird generell zunehmend lauter, wie es auch in Tageszeitungen zu lesen ist. Gerade in vulnerablen Lebensphasen, z. B. während einer Schwangerschaft²¹ oder am Lebensende²², sollte die ärztliche Versorgung besser als in anderen Lebensphasen honoriert werden und zwar unabhängig von den erbrachten technischen Leistungen, weil in diesen Phasen Ärzte gefragt sind und keine Mediziner. Die Betroffenen brauchen jemanden, der ihnen hilft, nicht jemanden, der nur verfügbare Technologien anwendet. Die Betroffenen haben in vulnerablen Lebensphasen keine Chan-

Abb.2: Anzahl fataler Verkehrsunfälle in den USA vor / nach dem Anschlag auf die Twin Towers 9/11 im Jahr 2001 in New York.



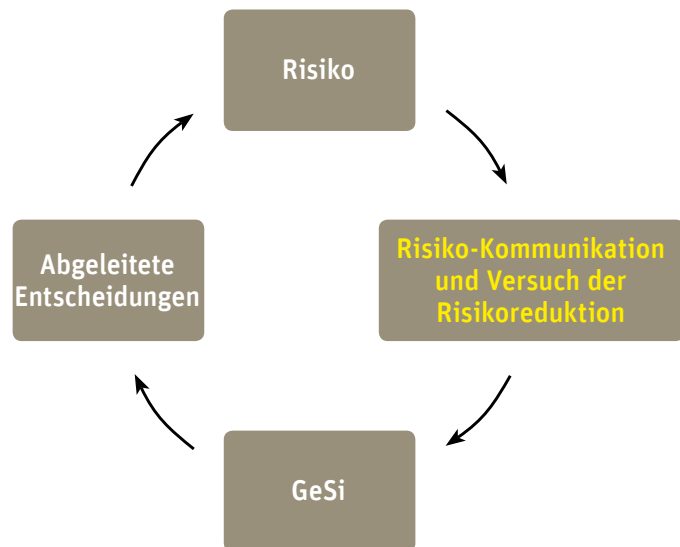
Quelle: Gerd Gigerenzer, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung¹⁵

ce zu entscheiden, ob alles nützt, was angeboten wird. In dieser Situation bleibt nur eines: Vertrauen. Die enorme Bedeutung des Prinzips „Vertrauen“ muss in unserer Gesellschaft neu erlernt werden. Das gilt für die Gesundheitsversorgung ebenso wie für den Umgang mit der Einbruchskriminalität. Es reicht eben nicht aus, nur „Technikexperten“ zu haben. Die Bürger sollen erwarten können, dass ein Experte die aktuellen technischen Entwicklungen seines Fachs kennt und darüber hinaus anwenden kann, so dass mit der Anwendung von Technologie auch Nutzen gestiftet wird. Der zweite Aspekt ist häufig nicht mehr gewährleistet. Daran müssen wir arbeiten.

Risikoschleife und Risiko-Vier-Felder-Tafel

Aus den bisher vorgestellten Informationen lässt sich ein Zusammenhang zwischen Risiko und Gefühlter Sicherheit ableiten (Abb. 3). Dieser Zusammenhang, der hier „Risikoschleife“ genannt wird, besagt, dass jede Kommunikation eines Risikos, die versucht das Risiko für den Betroffenen zu reduzieren und für den Täter zu erhöhen – deshalb Risikomodulation – durch Informationen unterschiedlicher Art und Intention beeinflusst wird. Diese verwundbare Stelle der Risikoschleife sollte allen bewusst sein, die mit Risiken arbeiten und vor allem risikorelevante Entscheidungen treffen. Ergänzt wird

Abb. 3: Die Risikoschleife. Jede Kommunikation eines Risikos versucht das Risiko für den Betroffenen zu modulieren. Das Ergebnis dieser Modulation ist die „Gefühlte Sicherheit“. Diese ist für die abgeleiteten Konsequenzen entscheidungsrelevant, wobei die getroffene Entscheidung das bestehende Risiko reduzieren oder steigern kann.



Quelle: eigene Darstellung Franz Porzsolt

Tab. III: Die Risiko-Vier-Felder-Tafel. Anhand der beiden Dimensionen, der Eintrittswahrscheinlichkeit (W) und der Schadenshöhe (H), die ein Risiko definieren, können vier Ausprägungen eines Risikos unterschieden werden: Hohes Risiko, wenn W und H hoch sind. Geringes Risiko, wenn nur W hoch ist. Virtuelle Risiken, wenn die Wahrscheinlichkeiten niedrig oder nicht bestimmbar sind.

		Eintrittswahrscheinlichkeit (W)	
		Hoch	Niedrig/Unklar
Schadenshöhe (H)	Hoch	Hoch	Virtual hoch
	Gering	Hoch Gering	Virtual gering

Quelle: eigene Darstellung Franz Porzsolt

diese Risikoschleife durch eine Risiko-Vier-Felder-Tafel (Tab. III), in welcher vier Arten von Risiken anhand ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (W) und Schadenshöhe (H) unterschieden werden. Bei der Beschreibung des Unterschiedes zwischen „Realer“ und „Gefühlter“ Sicherheit haben wir diskutiert. Ebenso haben wir besprochen, dass sich W in unterschiedlichen Dimensionen ausdrücken lässt. Situationsbedingt lassen sich jeweils vier Arten von Risiken unterscheiden. Es wird vorgeschlagen, von einem hohen Risiko zu sprechen, wenn sowohl W wie auch H hoch sind. Wenn nur W hoch ist, sollte das Risiko als gering eingestuft werden. Wenn W gering oder nicht bestimmbar ist, sollten die Risiken abhängig von H als virtuell hoch oder virtuell gering eingestuft werden. Diese Einstufungen sollten allgemein anwendbar sein und sich deshalb auch zur Klassifikation der Einbruchskriminalität eignen.

Durch die Zusammenführung der Information aus der Risikoschleife und der Risiko-Vier-Felder-Tafel können

Sicherungs- und Präventivmaßnahmen STEIGERN die „Gefühlte Sicherheit“.

standardisierte sicherheitsrelevante Empfehlungen abgegeben werden: Bei hohen Risiken sind Maßnahmen zur Primären (Vermeidung der Entstehung des Risikos) oder Sekundären (Früherkennung eines soeben entstandenen Risikos um dessen Entwicklung im Keim zu ersticken) Prävention sinnvoll.²³ Bei geringen Risiken ist die Durchführung von Präventionsmaßnahmen sehr wahrscheinlich zu ineffizient, weil der erzielbare Mehrwert im Vergleich zum erforderlichen Aufwand zu hoch ist. Wenn ein virtuell hohes Risiko vorliegt, ist eine Risikokommunikation mit dem Ziel, die „Gefühlte Sicherheit“ in die erwünschte Richtung zu modellieren, sinnvoll. Bei virtuell geringen

Risiken ist es auf Grund risikoökonomischer Überlegungen sinnvoll, eine „wait & see“-Strategie zu wählen.

Ergebnisse zur Reduktion der Einbruchskriminalität

Zur Reduktion der Einbruchskriminalität lassen sich aus den vorausgegangenen Daten und Überlegungen die folgenden Ergebnisse ableiten:

- Die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Schadenshöhe und damit das Risiko eines Einbruchs sind objektbezogen vorhersagbar.
- Daraus lassen sich durch die Anwendung risikoökonomischer Analysen risikoadaptierte und sicherheitsrelevante Konsequenzen ableiten.
- Die ableitbaren Konsequenzen betreffen zum einen sowohl die Täter wie auch die Opfer und beinhalten Maßnahmen zur primären Prävention, zur sekundären Prävention, zur Schadensregulierung, zur Risikokommunikation und zur „wait & see“-Strategie.

Maßnahmen zur primären Prävention steigern für die Täter das Risiko eines erfolglosen Einbruchs. Dazu zählen z. B. Sicherungsmaßnahmen an Türen und Fenstern, keine barrierefreien Fluchtwege und Maßnahmen zur intensivierten Beobachtung. Für die Opfer werden die Risiken reduziert, da diese Maßnahmen die Abschreckung der Täter steigern, z. B. über den Ausbau der Dokumentationssysteme, die zur Erhöhung der Aufklärungsquote führen. Diese Maßnahmen zur primären Prävention steigern für die Opfer die Gefühlte Sicherheit vor Einbruch. Dazu zählen z. B. alle Informationsstrategien, die den Bürger bei der Planung und Durchführung von Präven-

tivmaßnahmen unterstützen. Analog dazu wird für die Täter die Gefühle Sicherheit durch Informationskampagnen, die natürlich auch von den Tätern wahrgenommen werden, verringert.

Es gibt STANDARDISIERTE sicherheitsrelevante Empfehlungen.

Die Risikokommunikation ist noch ein relativ junges Gebiet, aber es ist bekannt, dass durch unprofessionelle Kommunikation absolut unerwünschte Effekte erzielt werden können. Die spezifischen Anforderungen an eine gezielte Beeinflussung der Risikowahrnehmung wird eines der interessantesten und bedeutenden interdisziplinären Arbeitsgebiete werden. ///



/// PROF. DR. FRANZ PORZOLT
ist Wissenschaftler und Arzt für Hämatologie und internistische Onkologie, Institute of Clinical Economics (ICE) e. V. und Universitätsklinikum Ulm.

Anmerkungen

¹ Franz Porzolt hat als Wissenschaftler und Arzt für Hämatologie und internistische Onkologie ein neues Fach, die Klinische Ökonomik, entwickelt. Sie wendet ökonomische Prinzipien an, um den Nutzen (nicht die Kosten) von Gesundheitsleistungen zu bewerten. Eine Form des Nutzens ist die „Gefühlte Sicherheit“, die wir den Mitbürgern nicht nur im Gesundheitsbereich vermitteln können.

² Rivara, F. P. / Thompson, D. C. / Thompson, R. S.: Epidemiology of bicycle injuries and risk factors

for serious injury, in: *Injury Prevention* 21/2015, S. 47-51, doi: 10.1136/injprev-00002-0038rep

³ Cripton, P. A. / Dressler, D. M. / Stuart, C. A. / u. a.: Bicycle helmets are highly effective at preventing head injury during head impact: headform accelerations and injury criteria for helmeted and unhelmeted impacts, in: *Accid Anal Prevention* 70/2014, S. 1-7, doi: 10.1016/j.aap.2014.02.016

⁴ Lorini, C. / Pieralli, F. / Mersi, A., u. a.: Comparison of self-reported and observed prevalence of safety belt and helmet use in Florence, in: *Annali di Igiene* 26/2014, S. 499-506, doi:10.7416/ai.2014.2008

⁵ Porzolt, F. / Kilian, R. / Eisemann, M.: Gefühlte Sicherheit – Ein neuer gesellschaftlicher Wert, in: *Gesundheitsökonomie und Qualitätsmanagement* 12/2007, S. 7-10; Porzolt F. / Polianski, I. / Görgen, A. / u. a.: Safety and security: the valences of values, in: *Journal of Applied Security Research* 4/2011, S. 483-490, <http://dx.doi.org/10.1080/19361610.2011.604069>

⁶ Gampert, L.: Entwicklung und Validierung eines psychometrischen Messinstrumentes zur Messung der „Gefühlten Sicherheit“ von Patienten nach dem Lesen einer Arzneimittelgebrauchsinformation, Human Biology Thesis, University of Ulm, Medical Faculty, 2010; Knie, Andreas: Gefühlte Sicherheit bei älteren Menschen. Entwicklung und Validierung eines Fragebogens zur Messung der Gefühlten Sicherheit bei älteren Menschen, MD Thesis, University of Ulm, Medical Faculty, 2011; Popp, Romy Ingeborg: Entwicklung eines Messinstrumentes zur Erfassung der Gefühlten Sicherheit bei Schülerinnen und Schülern an Realschulen in Baden-Württemberg, Human Biology Thesis, University of Ulm, Medical Faculty, 2009; Rochau, Ursula: Gefühlte Sicherheit in Selbsthilfegruppen nach Brustkrebs, MD Thesis, University of Ulm, Medical Faculty, 2009.

⁷ Vangberg, Hans / Bones, Christian: Perceived safety in mining: a development of the (Vangberg-Eisemann) Perceived Safety Scale (VEPSS), Master Thesis, University of Tromsø, 2008.

⁸ SGB V § 35b, Bewertung des Nutzens und der Kosten von Arzneimitteln.

⁹ England and Wales Court of Appeal (Civil Division): Decisions: British Chiropractic Association v Singh [2010] EWCA Civ 350, 1.4.2010, <http://www.bailii.org/ew/cases/EWCA/Civ/2010/350.html>

¹⁰ Porzolt / u. a.: Safety and security.

¹¹ Atkin, W. S. / Edwards, R. / Kralj-Hans, I. / u. a.: Once-only flexible sigmoidoscopy screening in prevention of colorectal cancer: a multicentre randomised controlled trial, *Lancet* 2010, S. 1624-1633, doi: 10.1016/S0140-6736(10)60551-X

¹² Egger, M. / Zwahlen, M. / Cerny, T.: Tumorscreening – Grundlagen, Evaluation und Implementation, 70/2013, S. 195-203, doi: 10.1024/0040-5930/a000390

¹³ Porzolt, F.: Präventionsgesetz: Vor allem Glaube und Hoffnung, zu wenig Liebe. Welt der Krankerversicherung, in: *Gesundheitsökonomie und Qualitätsmanagement* 5/2015, S. 121-122; Ders.: Ineffizienz durch Kommunikationsproblem zwischen Arzt und Ökonom, in: *Gesundheitsökonomie und Qualitätsmanagement* 20/2015, S. 152-154.

¹⁴ Bleyer, A. / Welch, G.: Effect of Three Decades of Screening Mammography on Breast-Cancer Incidence, in: *The New England Journal of Medicine* 367/2012, S. 1998-2005, DOI: 10.1056/NEJMoa1206809

¹⁵ Publiziert in Gigerenzer, G.: Out of the flying pan into the fire: behavioral reactions to terrorist attacks, in: *Risk Analysis* 26/2006, S. 347-351.

¹⁶ Rochau: Gefühlte Sicherheit in Selbsthilfegruppen nach Brustkrebs.

¹⁷ Popp: Entwicklung eines Messinstrumentes zur Erfassung der Gefühlten Sicherheit bei Schülerinnen und Schülern an Realschulen in Baden-Württemberg.

¹⁸ Gampert: Entwicklung und Validierung eines psychometrischen Messinstrumentes zur Messung der „Gefühlten Sicherheit“ von Patienten nach dem Lesen einer Arzneimittelgebrauchsinformation.

¹⁹ Vangberg: Perceived safety in mining.

²⁰ Knie: Gefühlte Sicherheit bei älteren Menschen.

²¹ Bartens, W.: Schwanger aber nicht krank – Viele Vorsorgeuntersuchungen sind medizinisch unnötig, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.7.2015.

²² Ders.: Behandlung bis zuletzt – Viele Krebskranke bekommen noch kurz vor ihrem Tod eine Chemotherapie, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24.7.2015.

²³ Porzolt, F. / Kamma Wambo, G. O. / Rösch, M.-C. / u. a.: Fünf Anforderungen an Struktur und Prozess der Sekundärprävention bei malignen Erkrankungen, Ulm 2015, zur Publikation eingereicht.

/// Der Preis der Macht: Die Koalition „frisst ihre Kinder“

DIE LINKSPARTEI UND DER UNRECHTSSTAAT DDR

SEBASTIAN PRINZ /// Vor einem Jahr wurde in Thüringen die bundesweit erste Regierung unter einem Ministerpräsidenten der Linkspartei gebildet. Die Koalition mit der aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung hervorgegangenen Partei Bündnis 90/Grüne und der SPD konnte erst zustande kommen, nachdem die SED-Nachfolger ausdrücklich anerkannt hatten, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, und sich zur Aufarbeitung des Unrechts bekannt hatten. Was ist daraus geworden?

Ausgangslage

Das Ergebnis der Thüringer Landtagswahl 2014 ermöglichte rechnerisch – nicht zum ersten Mal – eine Koalitionsregierung von Linkspartei, SPD und Bündnis 90/Grüne. Zwar gab es auch zuvor in östlichen Bundesländern schon Regierungen unter Beteiligung der Linkspartei, aber noch keine von der Linkspartei geführte Regierung. Die größte Hürde auf dem Weg zu einem Koalitionsvertrag war – wie schon bei den Sondierungsgesprächen nach der Landtagswahl 2009 – die Positionierung zur DDR-Geschichte und dabei insbesondere die Frage der Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat. Einerseits gibt es in der Linkspartei kaum einen Politiker, der bestreitet, dass es in

der DDR schweres staatliches Unrecht gab, doch andererseits wird der Begriff Unrechtsstaat kategorisch abgelehnt. Die Akzeptanz des Unrechtsstaats-Charakters durch die Linkspartei war aber Voraussetzung für das Zustandekommen der Koalition.¹

Die Thüringer Linkspartei unter Führung Bodo Ramelow wollte unbedingt ein abermaliges Scheitern einer rot-rot-grünen Koalition an der Bewertung der DDR-Geschichte vermeiden, wollte unbedingt ihren ersten Ministerpräsidenten stellen. Seit vielen Jahren hatte sie sich auf diese Konstellation vorbereitet und ihre Programmatik schon vor der Wahl weitgehend der von SPD und Bündnis 90/Grünen angepasst.



Mit der Thüringer Koalition unter der Führung von Ministerpräsident Bodo Ramelow erfolgte 2014 erstmals der Tabubruch für Rot-Rot-Grün.

Auch bei vorangegangenen Koalitionsbildungen in anderen Bundesländern hatte die SPD von der Linkspartei beziehungsweise PDS als Vorbedingung ein Bekenntnis zur Geschichtsaufarbeitung gefordert. So musste die Berliner PDS in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD akzeptieren, dass die Mauer als Symbol für Totalitarismus bezeichnet wurde.

Gegenstand des Streits über Geschichte waren weniger historische Fakten und deren Bewertung als bestimmte Begriffe zur Beschreibung der DDR, insbesondere die Begriffe Totalitarismus und Unrechtsstaat. Auf diese Begriffe reagierte die Linkspartei ähnlich wie die türkische Regierung auf den Begriff Völkermord in Zusammenhang mit der Ermordung von Armeniern.

Kröte geschluckt und Geßler-Hut begrüßt

Erstmals hatten Vertreter der Linkspartei im Zuge der Sondierungsgespräche für eine eventuelle rot-rot-grüne Koalition in Thüringen nach der Landtagswahl 2009 den Unrechtsstaats-Begriff akzeptiert. Das war ein innerparteilicher Tabubruch. Nur wenige Monate zuvor hatte Ramelow noch zurückgewiesen, den Begriff „wie einen Geßler-Hut“ zu grüßen: „Diejenigen, die jetzt von mir verlangen, die DDR

als Unrechtsstaat zu bezeichnen, wollen doch nur die völlige Delegitimierung der DDR erreichen. Und das ist mit mir nicht zu machen.“ 2009 hatte es nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche in der Linkspartei keine nennenswerte Debatte über die Unrechtsstaats-Frage gegeben, so dass die Diskussion erst wieder nach der Landtagswahl 2014 aufkam. Zwar hatte es seit 1989 immer wieder Auseinandersetzungen in der PDS/Linkspartei über die Unrechtsstaats-Frage gegeben, doch diese waren nie so breit und intensiv wie 2014 während der Koalitionsverhandlungen.

Um ihr Ziel einer rot-rot-grünen Regierung zu erreichen, einigte sich die Linkspartei mit SPD und Bündnis 90/Grüne im Koalitionsvertrag auf folgende Formulierung: „Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“ Zudem verpflichteten sich die Koalitionspartner, „nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten“. Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse kommentierte, die Linkspartei habe die Kröte vom Unrechtsstaat DDR geschluckt, obwohl ein Vierteljahrhundert lang jeder führende Politiker der Partei diesen Begriff heftig abgelehnt habe.² Ramelow habe das nur getan, „um an die Macht zu kommen. Da steckt keine Überzeugung dahinter“.

Voraussetzung einer rot-rot-grünen Koalition ist die Akzeptanz der DDR als UNRECHTSSTAAT seitens der Linken.

Fragliche Glaubwürdigkeit

Nach einem Jahr rot-rot-grüner Koalition kann man eine Bilanz der bisherigen Worte und Taten zur Vergangenheitsaufarbeitung mit Blick auf das Diktum vom Unrechtsstaat ziehen. Da es für Bündnis 90/Grüne und die SPD von großer Bedeutung war, dass die Linkspartei anerkennt, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, sollte man meinen, dass sie deutlich reagieren, wenn dieses Zugeständnis aus den Reihen der Linkspartei relativiert, infrage gestellt oder gar bestritten wird. Doch das ist nicht der Fall. Zwar ist es keineswegs zwingend, die DDR unter den Begriff Unrechtsstaat zu subsumieren³, politisch entscheidend für die Beurteilung der Thüringer Koalition ist jedoch nicht, wie Wissenschaftler den Begriff definieren, sondern wovon die Koalitionspartner selbst ausgegangen sind und was sie vereinbart haben. Ihre eigenen Maßstäbe sind ausschlaggebend für ihre Glaubwürdigkeit: Wie ehrlich meint es die Linkspartei? Inwieweit reagieren SPD und Bündnis 90/Grüne auf offensichtliche Relativierungen der vereinbarten Positionen durch Linkspartei-Politiker?

Relativierungen und keine Konsequenzen

Nur wenige Politiker der Linkspartei bekannten sich ausdrücklich zum Begriff Unrechtsstaat. Der Bundesvorsitzende Bernd Riexinger erklärte: „Wir stehen voll und ganz hinter der Formulierung, die in den Thüringer Sondierungen mit SPD und Grünen gefunden wurde.“ Seine Co-Vorsitzende Katja Kipping sagte: „Ich finde die Formulierung, die die Thüringer gefunden haben, vollkommen richtig.“ Ähnlich äußerte sich die stellvertretende Bundesvorsitzende Caren Lay.

Für die Thüringer Koalition 2014 erfolgt der innerparteiliche TABUBRUCH.

Demgegenüber gibt es inner- und außerhalb Thüringens diverse Politiker der Linkspartei, die den Begriff mehr oder weniger deutlich ablehnen. Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag war noch nicht getrocknet, da begannen schon die Relativierungen seitens der Linkspartei. Ramelow selbst spielte die Bedeutung des Absatzes zum Unrechtsstaat herunter, indem er ihn als eine bloße Protokollnotiz bezeichnete. In einem Papier zur DDR-Geschichte, in dem er seine Position zu den Koalitionsverhandlungen erläuterte, schrieb Ramelow, da Unrechtsstaat „ein Kampfbegriff der 50er-Jahre aus Westdeutschland war, wird er emotional heute auch als solcher wieder verstanden“⁴. Nur einmal verwendete Ramelow den Begriff ohne Einschränkung, lenkte den Fokus allerdings vom Staat DDR und der Partei SED auf die Stasi: „Das Ministerium für Staatssicherheit als Schild und Schwert der SED ist ein Wesenskern des Unrechtsstaats.“ In Interviews wand sich Ramelow auch bei hartnäckigen Nachfragen und vermied den Begriff.

Ramelow und weitere Thüringer Linkspartei-Politiker schrieben in einem erläuternden Brief zu den Koalitionsverhandlungen an ihre Mitglieder: „Wenn es allein nach uns, der Verhandlungsdelegation der Linken gegangen wäre, hätten wir auf den Begriff verzichtet.“ Mehrere Landtagsabgeordnete der Thüringer Linksfraktion erklärten öffentlich, dass sie den Begriff ablehnen. Da die Koalition mit nur einer Stimme Mehrheit regiert, ist sie auch auf diese Abgeordneten angewiesen.

In der Koalition **RELATIVIERT** die Linke ihre Akzeptanz des Begriffes wieder.

Die Abgeordnete Ina Leukefeld sagte: „Ich für mich kann diesen Kampfbegriff, dieses moralische Werturteil nicht annehmen.“ Der Abgeordnete André Blechschmidt meinte, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist, „müssen die Historiker entscheiden“⁵. Und der Abgeordnete Tilo Kummer erklärte: „Der Begriff ist thematisch nicht definiert.“

Auch der Widerstand der Parteibasis war deutlich.⁶ In einem Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Vorstand der Thüringer Linkspartei, das während der Sondierungsgespräche verfasst wurde, heißt es: „Der Begriff DDR-Unrechtsstaat ist kein Begriff der Partei Die Linke.“ Darauf antwortete die Thüringer Landtagsabgeordnete Anja Siegesmund (Bündnis 90/Grüne) mit der empörten Feststellung: „In dem Papier werden wichtige Punkte aus dem rot-rot-grünen Sondierungspapier relativiert.“ Die Debatte in der Linkspartei dürfe „nicht zu einer Relativierung der Kernbotschaften führen, die wir in harten Gesprächen gemeinsam errungen haben. Ein Zurückgehen würde die Sondierungsgespräche nicht nur erschweren, sondern wäre für uns ein Grund, sie zu beenden.“ [...] „Das Wort Protokollnotiz verbietet sich in diesem Zusammenhang.“ Die von Siegesmund angekündigte Reaktion blieb indes aus.

Die Relativierungen seitens der Thüringer Linkspartei veranlassten Roland Jahn, den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, und den Hallenser Politikwissenschaftler Everhard Holtmann, die Präambel als Lippenbekenntnis einzuordnen. Der Thüringer SPD-Landtagskandidat Stefan Sandmann schrieb in einem offenen Brief an seine Genossen, die Erklärung zur Vergangenheit sei „das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist“. Die bisherige Thüringer SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Doht erklärte aus Protest ihren Parteiaustritt. Gründungsmitglieder der im November 1989 in der DDR gegründeten Sozialdemokratischen Partei und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete appellierten an die Ehre ihrer Partei, der Rechtsnachfolgerin der SED nicht als Mehrheitsbeschafferin zu dienen. Auch der frühere Landes- und Fraktionsvorsitzende der Thüringer SPD, Gerd Schuchardt, richtete einen solchen Appell an seine Partei.

Winkeladvokatische Argumentiererei

Auch führende Bundespolitiker der Linkspartei äußerten sich ablehnend zum Begriff Unrechtsstaat: Gregor Gysi, vor 1989 Vorsitzender der Kollegien der Rechtsanwälte der DDR, erklärte: „Wir sind uns einig, diese Bezeichnung nicht zu verwenden.“ Auf die Frage in einem Interview, warum er schließlich doch zugestimmt hat, dass die Thüringer Linkspartei den Begriff akzeptiert, antwortete Gysi: „Die andere Seite hat darauf bestanden.“ Er sagte: „Wenn ich Unrechtsstaat sage, delegitimiere ich alles, das Leben fast aller Bürger – und das tue ich nicht.“ Der SPD-Politiker Wolfgang Thierse warf Gysi wegen seiner

Haltung zur Unrechtsstaats-Fragen winkeladvokatische Argumentiererei vor. Ramelow bezeichnete Gysis Einlassungen als nicht gerade hilfreich. Allerdings berichtete die „Welt am Sonntag“, Gysi habe einem Journalisten dieser Zeitung gegenüber gesagt, seine Äußerung sei „mit Bodo Ramelow abgesprochen gewesen, um die linke Basis nicht zu verärgern“⁷.

Dagmar Enkelmann, als Vorsitzende der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung für politische Bildung verantwortlich, beantwortete die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, mit einem klaren Nein. Die Verwendung des Begriffs im Koalitionsvertrag sei ein Fehler. Michael Brie, ehemaliger Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Stiftung, schrieb in einer Veröffentlichung der Stiftung, es widerspreche dem programmatischen Selbstverständnis der Linkspartei, wenn die Bewertung der DDR als Unrechtsregime zur offiziellen Position in der Partei würde.⁸ Volkmars Schöneburg, der für die Linkspartei Justizminister in Brandenburg war, kommentierte, der Unrechtsstaats-Begriff sei „ein Propagandabegriff, ein Kampfbegriff“⁹. Auch die Historische Kommission der Linkspartei distanzierte sich von der Thüringer Präambel. Ihr Sprecher Jürgen Hofmann sagte: „Der Begriff ‚Unrechtsstaat‘ ist eine politisch stigmatisierende Bezeichnung. Die Historische Kommission hält ihn für den wissenschaftlichen Diskurs für ungeeignet.“

In einer Erklärung des Ältestenrats der Linkspartei heißt es, wenn die Partei sich auf den Unrechtsstaats-Begriff einlasse, „lässt sie sich im Wesen auf die von der herrschenden Elite vorgegebene Geschichtsklitterung ein“¹⁰.

Die Linkspartei-nahe Zeitung „Neues Deutschland“ nannte die Akzeptanz des Unrechtsstaats-Begriff eine bigotte Unterwerfungsgeste.¹¹ Thiess Gleiss, ehemaliges Mitglied des Bundesvorstands der Linkspartei, entwarf sogar eine alternative Präambel, in der er die Rechtsordnung der Bundesrepublik angriff: „Die BRD war und ist eine Diktatur der wirtschaftlich Mächtigen über die Mehrheit der Bevölkerung, ihr Rechtssystem war und ist ein demokratisch bemanteltes Klassenrecht, dessen oberste Leitlinie der Rechtsprechung und auch der Richteramtsbesetzung die Verteidigung der herrschenden Besitzverhältnisse war.“¹² In einem Debattenbeitrag für die Antikapitalistische Linke, eine der maßgeblichen Strömungen in der Linkspartei, schrieb Gleiss, der auch dem Bundessprecherrat der Antikapitalistischen Linken angehört: Die DDR war „nicht mehr Unrechtsstaat als die BRD in Westdeutschland und viele mit diesem verbündete und geförderte Staaten, eher weniger“¹³. Auch Wolfgang Gehrcke, Bundestagsabgeordneter der

Die Erklärungen der KEHRTWENDE erscheinen konstruiert und unglaubwürdig.

Linkspartei, lehnte den Unrechtsstaats-Begriff ab und griff stattdessen unsere Wirtschaftsordnung, die er Kapitalismus nennt, als Unrechtssystem an: „Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Unrechtssystem und er muss überwunden werden.“¹⁴ Die erwähnten Einlassungen aus den Reihen der Bundespartei zur Präambel wurden in einem Kommentar des Kölner

Stadt-Anzeigers als würdeloses Geeiere bezeichnet.¹⁵

Forderungen an die Linkspartei

Während kein Vertreter der Linkspartei nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags das Bekenntnis zum Unrechtsstaats-Charakter der DDR wiederholte beziehungsweise bekräftigte, bezeichneten Politiker von SPD und

Die KOALITIONSPARTNER fordern die Linke auf, zu ihrem Bekenntnis zu stehen.

Bündnis 90/Grüne die DDR mehrfach ohne Einschränkung als Unrechtsstaat. In Ramelows langen Regierungserklärungen kam der Begriff nicht vor. Auch in den diversen Zwischenbilanzen, die die Partei- und Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow verfasste, wurde er konsequent beschwiegen. Demgegenüber sagte Iris Gleicke (SPD), Thüringer Bundestagsabgeordnete und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, in der Plenardebatte zum Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit: „Die DDR war eine Diktatur, übrigens eine ziemlich üble und spießige Diktatur. Eine Diktatur ist nun einmal ein Unrechtsstaat.“

Angela Marquardt, früher stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende und heute bei der SPD für Kontakte zu den potenziellen Koalitionspartnern Bündnis 90/Grüne und Linkspartei auf Bun-

desebene zuständig, erklärte wiederholt: „Die DDR war ein Unrechtsstaat.“ Mit Blick auf eine mögliche künftige rot-rot-grüne Regierung auf Bundesebene forderte Cem Özdemir auch die Bundespartei auf, anzuerkennen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Auch für den früheren Verfassungsrichter Udo di Fabio steht fest, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Wer den Begriff Unrechtsstaat ablehnt, so Roland Jahn, verhöhne die Opfer. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, verlangte von der Linkspartei, ihr Parteiprogramm zu ändern oder bei einem Bundesparteitag die DDR ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Da die beiden Bundesvorsitzenden der Linkspartei sich hinter die Präambel des Koalitionsvertrags gestellt haben, dürfte dem eigentlich nichts entgegenstehen.

Weiter Verbindungen zu Stasi-Vereinen

Neben der Haltung zur DDR-Vergangenheit ist zu prüfen, ob die Linkspartei sich an die im Koalitionsvertrag eingegangene Verpflichtung hält, „nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten“. Auch wenn diese Organisationen nicht namentlich genannt sind, ist klar, welche gemeint sind: Insbesondere die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ (ISOR) und die „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“ (GRH). Beide sind mit weiteren DDR-apologetischen Organisationen wie dem „Traditionsverband der Nationalen Volksarmee“ im Dachverband „Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden“ (OKV) zusammengeschlossen.

Auf ein Schreiben des OKV, das zur Stammklientel der Linkspartei gehört und mit dem sie personelle Überschneidungen hat, an die Thüringer Linkspartei wegen der Präambel des Koalitionsvertrags antwortete Susanne Hennig-Wellsow: „Zunächst wollten SPD und Grüne es bei der pauschalen Feststellung aus dem Jahr 2009 belassen. Damals wurde in den Sondierungsgesprächen der drei Parteien umstandslos erklärt, die DDR sei ein Unrechtsstaat. Wir haben dieses Pauschalurteil jetzt korrigiert.“ In einem weiteren Schreiben an das OKV ergänzte sie: Der „Begriff Unrechtsstaat ist kein Begriff von uns“. Der Bundesvorsitzende Riexinger sprach sich im November 2014 bei einem klärenden Gespräch mit Vertretern des OKV für eine weitere Zusammenarbeit mit den Verbänden des OKV, also für das Gegenteil der Verpflichtung im Thüringer Koalitionsvertrag, aus.

In Thüringen ist die Zusammenarbeit zwischen der Linkspartei und dem OKV sogar institutionalisiert, denn es

Die ZUSAMMENARBEIT der Linken mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, besteht weiter.

gibt eine Arbeitsgruppe von Verbänden des OKV beim Landesverband der Linkspartei. In seiner Eigenschaft als Sprecher dieser Arbeitsgruppe referierte Jochen Traut im Februar 2015 bei einer Veranstaltung der GRH anläss-

lich des 65. Jahrestags der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit über die Kritik an der Präambel des Koalitionsvertrags.¹⁶ An anderer Stelle kündigte Traut zu diesem Thema an: „Geschichtsverfälschende Äußerungen des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow werden wir auch in Zukunft nicht hinnehmen.“¹⁷ Die geschichtspolitischen Forderungen der Koalitionspartner nannte er Erpressung.¹⁸ Traut ist Mitglied des Landesausschusses der Thüringer Linkspartei, eines Gremiums mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Vorstand.

Auch zwischen der Spitze der Thüringer Linkspartei und dem OKV gab es nach der Landtagswahl weitere Verbindungen. So trat Henning-Wellsow bei der Thüringer Landeskongress der Kommunistischen Plattform auf, nachdem deren Sprecherrat die Mitglieder des OKV zuvor „auf das Herzlichste“ zur Konferenz eingeladen hatte. Ob die Koalitionspartner Kenntnis davon genommen haben, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls haben sie öffentlich nicht gegen die Missachtung der im Koalitionsvertrag eingegangenen Verpflichtung protestiert.

Von Thüringen lernen, heißt siegen lernen

Katja Kipping bejubelte die Thüringer Regierungsbildung als historisch. Die SPD könne jetzt in keinem Bundesland mehr dahinter zurück und sagen, dass es ein Tabu ist, mit ihrer Partei zu koalieren. Umgekehrt kann allerdings auch die Linkspartei weder in einem Land noch im Bund hinter die Akzeptanz des Unrechtsstaats-Begriffs zurück. Mitglieder der Historischen Kommission beim SPD-Bundesvorstand gehen

schon weiter und fordern von der Linkspartei, „gerade auch mit Blick auf das Jahr 2017 die Kritik an Stalinismus und Leninismus klarer und eindeutiger zu formulieren“¹⁹. Unkritisch im Hinblick auf die Geschichte äußerte sich hingegen der Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Grüne), der intensiv für Koalitionen mit der Linkspartei wirbt: „Wichtig ist, dass in den Ländern, wo Rot-Grün-Rot möglich ist, [...] diese Option auch ernsthaft ausgelotet und versucht wird. Das könnte bis zur Bundestagswahl z. B. in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin der Fall sein. Darauf sollte man sich jetzt schon intensiv vorbereiten. Aus Thüringen lernen, heißt siegen lernen.“²⁰ Die Union ihrerseits sollte sich auf diese Konstellation vorbereiten, um in die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen eingreifen zu können.///



/// DR. SEBASTIAN PRINZ
ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter des Erzbistums Berlin.

Anmerkungen

¹ Vgl. Oppelland, Torsten: Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2015, S. 39-56 (52).

² Vgl. Jesse, Eckhard: Rot-Rot-Grün – ein Menetekel, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2014.

³ Auch bürgerliche Wissenschaftler bevorzugen aus unterschiedlichen Gründen andere Begriffe. So spricht der Historiker Jörg Ganzenmüller vom Machtstaat, denn darin komme zum Ausdruck,

dass die Mächtigen über Recht und Gesetz stehen (Interview in der Thüringischen Landeszeitung, 2.12.2014). Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt spricht sich für Willkürstaat als Gegenbegriff zum Rechtsstaat aus (Interview im Deutschlandfunk, 21.10.2014). Der evangelische Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer (SPD) wendet sich zwar gegen den Begriff Unrechtsstaat, nennt die DDR aber einen totalitären Staat (Unrechtsstaat DDR?, in: Freies Wort, 16.10.2014).

⁴ Ramelow, Bodo: Über die Unmöglichkeit, die DDR auf ein Wort zu reduzieren – Mehr Geschichte wagen, o.O. 2014, S. 3.

⁵ Nach Harbusch, Nikolaus / Kascha, Hartmut: Die Stasi-Genossen des Bodo Ramelow, in: Bild, 22.10.2014.

⁶ Vgl. Lieberam, Ekkehard: Eine rote Linie wurde überschritten, in: Ders.: Der Kniefall von Thüringen, Bergkamen 2014, S. 5-9 (5).

⁷ Malzahn, Claus Christian: Gefangen im Unrechtsstaat, in: Welt am Sonntag, 5.10.2014.

⁸ Brie, Michael: Benennen ist kein unschuldiges Geschäft, in: Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2015, S. 4.

⁹ Schöneburg, Volkmar: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat, überarbeitete Fassung eines Vortrags vom 21.11.2014. In rechtswissenschaftlichen Aufsätzen, die er Jahre zuvor veröffentlicht hatte, sprach Schöneburg von unmenschlicher Rechtsbeugung in der DDR. Das Recht sei zum Instrument der Durchsetzung stalinistisch geprägter Parteipolitik geworden. Grund- und Menschenrechte seien nur partiell eingehalten worden. Es habe Rechtsnihilismus und Rechtsbruch durch Partei- und Staatsfunktionäre gegeben, vgl. Schöneburg, Volkmar: Recht im nazifaschistischen und im „realsozialistischen“ deutschen Staat – Diskontinuitäten und Kontinuitäten, in: Neue Justiz 2/1992, S. 49-54 (50). Die Terminologie in den Urteils- und Gesetzesbegründungen vornehmlich der 50er-Jahre erinnere beschämend an die der nationalsozialistischen Justiz, vgl. ebd. S. 53. Zu politischen Gerichtsverfahren schrieb Schöneburg: „In solchen Verfahren fand die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oft nur noch scheinbar justizförmig statt, standen die ‚Urteile‘ bereits vorher fest.“, Schöneburg, Volkmar: Unrechtsstaat: Wissenschaft, Moral oder Ideologie?, in: Utopie kreativ 21-22/1992, S. 39-47 (44). Tatbestandsbeschreibungen seien kautschukartig gewesen, vgl. Schöneburg, Volkmar: Recht und Repression in der DDR, in: Utopie kreativ 91-92/1998, S. 146-154 (151).

¹⁰ Ältestenrat der Linkspartei: Neue Herausforderungen für die Linke und die Verantwortung des Ältestenrates, in: Bulletin Geraer Sozialistischer Dialog 43/2015, S. 24-26 (26).

¹¹ Vgl. Kalbe, Uwe: Bigotte Geste, in: Neues Deutschland, 25.9.2014.

¹² <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=619>, Stand: 10.9.2015.

¹³ Die Hoffnungen sind da – die politische Substanz weniger, in: Reader zur Regierungsfrage, hrsg. von der Antikapitalistischen Linken, o.O. o.J., S. 2-5 (2).

¹⁴ Nach: Wir wehren uns gegen Diffamierung und Ausgrenzung, in: ISOR-Aktuell 11/2014, S. 1.

¹⁵ Vgl. Kröter, Thomas: Der graue Alltag ist entscheidend, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 6.12.2014.

¹⁶ Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung: Sonder-Information zur Veranstaltung anlässlich des 65. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 2015, S. 9 f.

¹⁷ Traut, Jochen: Wir müssen dazu Position beziehen, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform 12/2014, S. 22 f. (23).

¹⁸ Ders.: Zur Bildung einer rot-rot-grünen Regierung in Thüringen, in: Sozialistische Zeitung 12/2014.

¹⁹ Heimann, Siegfried / Brandt, Peter: Die SPD, die Partei Die Linke und das Jahr 2017, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 5/2014, S. 53-56 (56).

²⁰ Kindler, Sven-Christian: Rot-Grün-Rot – ehrlich machen und Chancen nutzen, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft 3/2015, S. 67-70 (70).

/// Die orientalischen Christen interessieren den Westen nicht

ZUR ZUKUNFT DER ORIENTCHRISTEN IN SYRIEN UND BEI UNS

WOLFGANG SCHWAIGERT /// Die syrischen Christen sind zwischen allen Fronten. Auch bei uns werden sie in den Unterkünften als Assad-Anhänger drangsaliert. Unsere deutschen Großkirchen und deren Hilfsorganisationen Diakonie und Caritas nehmen sich aller Flüchtlinge an und unterscheiden nicht. Dabei sind wir unseren Brüdern und Schwestern nach Galater 6,10 besonders verpflichtet – „Lasst uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen“.

Flüchtlinge – ein gigantisches Zahlenwerk¹

„Leider sind wir für den Westen nur noch Zahlen. Die orientalischen Christen interessieren den Westen nicht!“ So sagte es ganz aufgebracht der syrische Christ Ibrahim Dourchi im September 2013 ins Mikrofon und in die Kamera des Fernsighteam von Stefan Meinung für report München. Zusammen mit Simon Jacob, dem seinerzeitigen Vorsitzenden des Zentralrats Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD), drehte der Bayerische Rundfunk eine Sendung über syrische Flüchtlinge im Libanon. Ibrahim Dourchis Familie stammt aus Ras al-Ayn im Nordosten Syriens unweit der türkischen Grenze, einem ehemaligen Zentrum der Christen, wie das 110 km entfernte Qamishly. Seit November 2012 lebt Ibrahim mit seiner Familie im syrisch-orthodoxen Kloster

Mor Gabriel in Beirut. Viele christliche Syrer gleich welcher Kirchenzugehörigkeit haben im Kloster von Erzbischof George Saliba Aufnahme gefunden.²

Die Flüchtlinge sind in unserer Gesellschaft zu Zahlen geworden. Nur einige zu Syrien seien genannt. Bis Juni 2014 gab es mindestens 160.000 Tote. Mehr als 6,5 Millionen Syrer von ehemals 22 Millionen Einwohnern sind innerhalb Syriens auf der Flucht. Etwa 9,3 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, die Hälfte davon sind Kinder. Zwischen 2011 und 2012 bekamen 500.000 Kinder keine Polio-Impfung, im Oktober 2013 brach darauf in Syrien die Kinderlähmung aus.³ Offizielle Stellen berichten von mittlerweile 1,5 Millionen syrischer Flüchtlinge im Libanon bei 4,2 Millionen Einwohnern und ebenso von 2 Millionen syrischer Flüchtlinge in der Türkei in den zahlrei-



Jordanien ist durch seine chronische Wasserknappheit an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit von Flüchtlingen gekommen.

chen Flüchtlingslagern entlang der türkisch-syrischen Grenze. Jordanien hat bislang etwa 800.000 Flüchtlinge aufgenommen, die in riesigen Zeltlagern un-

Syrische Christen fühlen sich nur unter Glaubensbrüdern SICHER, und meiden daher Flüchtlingscamps.

tergebracht sind. In allen drei Ländern vergrößert sich die Zahl täglich und bringt vor allem das wasserarme Land Jordanien mit 6,5 Millionen Einwohnern an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit. Während des Irak-Kriegs ab 2003 hatte Jordanien schon 200.000 Iraker als Flüchtlinge aufgenommen.

Von Christen unter den Flüchtlingen hören wir aus den Berichten in den Medien sehr wenig. Am 2. November 2013 besuchten der seinerzeitige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, und der stellvertretende Vorsitzende der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Norbert Trelle, das jordanische Flüchtlingslager al-Husni. Dort besichtigten sie ein Hilfsprojekt der Caritas International und der Diakonie Katastrophenhilfe und übergaben an die beiden Organisationen 100.000 Euro für syrische Flüchtlingskinder.⁴ In einem Interview hierzu äußerte Schneider seine Begeisterung für die Arbeit der beiden Organisationen. „Das Engagement hat mich begeistert. Da wird echte Basisarbeit geleistet, unabhängig von der Religion.“⁵ Es ist davon auszugehen, dass sowohl Schneider als auch Trelle davon wussten, dass in den jordanischen Flüchtlingslagern keine Christen lebten, aus Angst vor Muslimen.⁶ Da die Diakonie Katastrophenhilfe einen Großteil der

Gelder für die Flüchtlingsarbeit von der Bundesregierung erhält, ist es für sie ohne Bedeutung, ob die Hilfe auch Christen zugute kommt.⁷ Allen Notleidenden Hilfe zukommen zu lassen, ohne Beachtung ihrer Religion, entspricht den jeweiligen Präambeln der Satzungen der Diakonie und der Caritas. Beim Apostelwort Galater 6,10 „Darum, solange wir noch Zeit haben, lasst uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen“ spielt der letzte Halbers keine Rolle.

Christen aus Syrien fliehen in den Libanon, nach Armenien, in die Klöster des Tur Abdin, und zu Verwandten nach Istanbul oder Jordanien. Ihr Ziel ist freilich, von dort nach Europa oder in die USA zu gelangen. Weder in der Türkei noch in Jordanien finden sich Christen in den Flüchtlingslagern. Der Versuch, in der Türkei ein nur für Christen reserviertes Lager zu errichten, wurde von den Christen nicht angenommen. Zu groß ist ihre Angst vor muslimischen Syrern, welche den Christen Unterstützung und Parteinahme für Baschar al-Assad vorwerfen.

Ein Blick zurück

Vor Beginn der Unruhen am 15. März 2011⁸ gab es in Syrien etwa 1,8 Millionen Christen, die zu 11 unterschiedlichen Kirchen gehörten. Die Rum-Orthodoxe Kirche, also die arabischsprachigen Griechisch-Orthodoxen bildeten mit 1 Million Mitgliedern die Mehrheit, gefolgt von der Armenisch-Apostolischen Kirche mit 200.000 Mitgliedern. Die Syrisch-Orthodoxe Kirche hatte 150.000 Mitglieder, die Apostolische Kirche des Ostens, fälschlicherweise als Nestorianer bezeichnet, 20.000. Die sechs katholischen Kirchen, also die Melkiten, die Syrisch-Katholischen, die Chaldäer, die

Römisch-Katholischen, die Maroniten und die Armenisch-Katholischen ergaben insgesamt etwa 420.000 Mitglieder, die Gemeinden reformatorischer Prägung, als eine Kirche gezählt, hatten etwa 12.000 Mitglieder. Vier christliche Siedlungsgebiete gab es in Syrien: Die Djazira (Mesopotamien), also der nordöstliche Teil Syriens, das Tal der Christen zwischen Homs und Tartus, das Bergland des Qalamun nordwestlich von Damaskus mit Saydnaya und Maa'lula und die Landschaft Hauran im Süden. Auch Aleppo mit vier Millionen Einwohnern zeigte mit 400.000 Christen aus allen 11 Kirchen eine starke christliche Präsenz⁹ und ihre Kirchenleitungen hielten zur Regierung. So auch der Partnerbischof meines evangelischen Dekanats Blaubeuren, Erzbischof Mor Eustathius Matta Roham aus Hassake, zuständig für die syrisch-orthodoxe Diözese Djazira wa'l-Furat (Mesopotamien und Euphrat), der enge Kontakte zur Staatsmacht hatte. Schließlich war er bei seinen zahlreichen Bauvorhaben und seinen großen Schulprojekten auf die Hilfe des Staates angewiesen, wie wir bei unserer ökumenischen Partnerschaft seit 1999 immer wieder erfahren und vor Ort erleben konnten. Mittlerweile lebt er in Wien. Der chaldäische Bischof von Aleppo, der Jesuit Antoine Audo, der durch die zahlreichen chaldäischen

Flüchtlinge aus dem Irak in Syrien eine ähnliche Situation wie im Irak befürchtete, sagte am 13. Juni 2011: „Die syrische Regierung muss dem Aufstand widerstehen. Syrien muss widerstehen und wird widerstehen. 80 % der Bevölkerung sind hinter der Regierung, so wie alle Christen auch. Syrien hat eine säkulare Ausrichtung. Hier ist Freiheit. Wir haben viele gute Dinge in unserem Land.“¹⁰ Mor Gregorius Yuhanna Ibrahim, der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Aleppo, sagte am 5. März 2012 auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Hamburg in Erwiderung auf heftige Angriffe gegen ihn: „Wir werden nicht verfolgt [...] Ich bezweifle, dass mir irgend jemand ein Beispiel für ein Land nennen kann, in dem eine größere religiöse Toleranz herrscht als in Syrien.“¹¹ Am 22. April 2013 wurde Erzbischof Mor Gregorius zusammen mit dem rum-orthodoxen Bischof von Aleppo, Paul Yazigi, entführt. Es gibt immer noch kein Lebenszeichen der beiden Entführten.

Unter dem Assad-Regime hatten die Kirchen Freiheiten, die es weder im EU-Anwärterland Türkei noch in Ägypten gibt. Im Personalausweis und im Pass ist die Religion nicht erwähnt, Christen sind den Muslimen gleichgestellt und haben formal auch die gleichen Aufstiegschancen. Nach Artikel 35 (1) der Verfassung von 1973 gewährt der Staat Glaubensfreiheit und Respekt gegenüber allen Religionen. Absatz (2) garantiert „die Abhaltung aller religiösen Riten, vorausgesetzt, sie verstoßen nicht gegen die öffentliche Ordnung.“¹² Für jeden Bürger gilt das islamische Personenstandsrecht, nur im Familienrecht (Heirat, Scheidung) haben Christen, je nach den Konfessionen, ihre eigene Rechtsprechung. In zahlreichen Gesprächen mit den Erzbischöfen Mor Gregorius Yuhan-

Unter dem Regime von Baschar al-Assad hatten die Kirchen mehr FREIHEITEN als in jedem anderen muslimischen Land.

na Ibrahim in Aleppo und Mor Eustathius Matta Roham in Hassake erfuhr ich von Vergünstigungen der Kirchen in dem islamischen Land Syrien, die für andere islamische Länder undenkbar sind. So ist der Bau von Kirchen, Gemeindehäusern und Schulen uneingeschränkt möglich und die Bauanträge werden zügig behandelt. Die dafür notwendigen Baumaterialien werden zum gleichen Preis wie bei Staatsprojekten geliefert. In der Diözese von Mor Eustathius konnte ich die neuen Bauten mit eigenen Augen sehen. Die Geldgaben europäischer und amerikanischer Kirchen gelangten ohne Schwierigkeiten per Banküberweisung nach Hassake. Alle Kirchen können eigene Schulen betreiben. Die Schulleitung wird vom Staat bestellt, die stellvertretende Schulleitung von der Kirche. Kultusgebäude sind von der Steuer, Priester und Pfarrer vom Militärdienst befreit. Politisch können Christen bis in die Reihe der Minister und Gouverneure aufsteigen, aber, so meinte Mor Gregorius in einem Gespräch, Christen sollten vorsichtig sein, denn Syrien hätte eine fragile Gesellschaftsstruktur. Gut sei auch, wenn sie in der Baath-Partei Mitglied seien.¹³

Anlässlich eines Deutschlandbesuchs der syrisch-orthodoxen Erzbischöfe Mor Salwanus Petrus Issa an-Namh von Homs und Hama und Mor Eustathius Matta Roham von Hassake war ich bei einem Gespräch am 7. Mai 2012 zugegen, bei dem Mor Salwanus sagte, die Diktatur von Assad würden die Kirchen kennen und sie wüssten sich darin zu bewegen, aber was komme nach Assad? Eine religiöse, sunnitisch-islamistische Diktatur, in der die Christen ein von der Scharia bestimmtes Existenzrecht hätten? Die Angst vor den islamistischen Brigaden Djabahat an-Nusra

(„Kampffronten der Hilfe“) und ISIS („Islamischer Staat im Irak und in Großsyrien“) ist bei den Christen zu Recht groß. In der Provinz und Stadt ar-Raqqa, die von der ISIS regiert werden, ist die Scharia Gesetz, Auspeitschungen und Hinrichtungen sind an der Tagesordnung und Christen müssen Kopfsteuer zahlen.¹⁴ Die wechselnden Eroberungen des christlichen Vorzeigeortes Maalula

Diverse REBELLENGRUPPEN versuchen, die von ihnen kontrollierten Gebiete mit allen Mitteln „christenfrei“ zu machen.

ab dem 4. September 2013 fanden sogar in der Presse ihren Niederschlag. Qusair unweit der libanesischen Grenze ist mittlerweile „christenfrei“. Der hauptsächlich von syrisch-orthodoxen Christen bewohnte Ort Sadad südöstlich von Homs, am Rande der syrischen Wüste gelegen, wurde am 21. Oktober 2013 von an-Nusra-Brigaden überfallen, die 14 Kirchen geschändet und 2.500 Familien in die Flucht getrieben, 1.500 Familien als Geiseln genommen haben.¹⁵ Am 21. März 2014 überfielen an-Nusra-Rebellen und die Ansar asch-Scham-Brigade die Kleinstadt Kessab an der syrisch-türkischen Grenze, ein Ort, der Zufluchtsort von Armeniern aus Aleppo und ar-Raqqa war. Zusammen mit Christen aus den 12 umliegenden Dörfern sollen 670 Familien aus Kessab und der gleichnamigen Landschaft geflohen sein.¹⁶ Aleppo ist zweigeteilt, in einen großen Stadtteil im Osten und Süden, der von der Freien Syrischen Armee (FSA) und Rebellenmilizen beherrscht ist und in den westlichen Teil, den vor allem die Regierungsarmee und regime-treue Milizen unter Kontrolle haben. Su-

laymaniye mit dem Sitz des syrisch-orthodoxen Bischofs und Hay as-Syrian (Syrerviertel) mit starker christlicher Präsenz werden von der Regierungsarmee kontrolliert.¹⁷ Mittlerweile wurde im Januar 2014 dort der 20. Trinkwasserbrunnen gegraben.¹⁸ Freilich gibt es in Aleppo auch noch einen von Kurden besetzten Teil im Norden und Teile, bei denen unklar ist, wer sie beherrscht.

Die Haltung der 11 Kernstaaten der sogenannten „Freunde Syriens“, zu denen außer Saudi-Arabien, Qatar, der Türkei, die USA, Frankreich, Großbritannien und auch Deutschland gehören, ist seit langem unverändert klar. Sie wollen einen Rücktritt bzw. einen Sturz von Baschar al-Assad. So unterstützen sie auch die FSA und deren politische Außenvertretung, die „Nationale Syrische Koalition“ mit Sitz in Istanbul, die freilich zerstritten ist. Aus der FSA laufen immer mehr Soldaten zu den islamistischen Brigaden über, weil diese über bessere Waffen verfügen und einen höheren Sold zahlen. Die Wahl am 3. Juni 2014 zur Präsidentschaft, die Baschar al-Assad schon Monate zuvor angekündigt hatte, hat für ihn nach offiziellen Angaben 88,7 % gebracht, ein gewohntes Bild von Wahlen in Syrien. Die Wahlbeteiligung soll 73 % betragen haben. Die zwei Gegenkandidaten ohne jegliche Chance dienten nur dazu, der Wahl den Anschein einer demokratischen Wahl zu geben. Zudem war eine Wahl nur in den Städten und Gegenden möglich, die von der Regierungsarmee kontrolliert wurden, also in etwa zwei Fünfteln des Landes.¹⁹

Die Christen spielen für die Syrienpolitik keine Rolle

Es ist recht verwunderlich, dass es die westlichen Mitglieder der Freunde Syri-

ens in Kauf nehmen, dass nach einem Sturz oder einem Rücktritt Assads Syrien entweder aufgeteilt oder über weite Teile von einer sunnitischen Mehrheit nach wahhabitischem Vorbild regiert wird. Wo bleiben dann die Christen?

Die Christen sind die HAUPTVERLIERER des Krieges.

Sie spielen in den Medien bei uns keine Rolle. Ob sie in den politischen Planungen in Berlin, Paris oder London eine Rolle spielen, bezweifle ich. Die Position von Kirchenführern der Christen in Syrien ist klar. Sie meinen, die Christen sollten in Syrien bleiben und nicht fliehen. Sie wissen, wer einmal geflohen ist und den Kampf um sein Leben und das seiner Familie auf sich genommen hat, wird nie mehr zurückkehren. Der melkitisch-griechisch-katholische Patriarch Gregorius III. Laham sagte bei einer Syrientagung in der Evangelischen Akademie Loccum vom 10. bis 12. Juni 2013 zu Syrien: „Ein Christ, der nicht zum Martyrium bereit ist, soll gehen.“ Er weiß zu berichten, dass von den Christen Syriens bis Ende 2013 schon 450.000 geflohen sind.²⁰ Und es werden täglich mehr, denn die Christen sind die Hauptverlierer des Krieges. Unter den mittlerweile 13.000 Kontingentflüchtlingen, die ein Visum für Deutschland durch Vermittlung des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR) in Beirut erhalten haben, sind, so hat es den Augenschein, nur wenige christliche Syrer. Zudem laufen die Abklärungen beim UNHCR und der Bundesrepublik Deutschland schleppend. Als Vorsitzender des Flüchtlingsstabes im ZOCD von März bis Oktober 2013 hatte ich engen Kontakt mit Chris-



Auch syrische Christen versuchen oft mit Hilfe von Schleppern, nach Europa zu fliehen.

ten, die in das UNHCR-Programm Eingang finden wollten. Es waren verzweigte Mails aus Aleppo und Telefonate von Verwandten aus Deutschland.

Die Christen fliehen aus Syrien. Ihr Ziel ist Europa und dieses Ziel wollen sie erreichen. Dem restriktiven Verhalten Deutschlands bei der Erhöhung von Kontingenten begegnen Syrer dadurch, dass sie sich Schleppern anvertrauen. Dafür verkaufen sie all ihre Habe und setzen ihr Leben und das ihrer Familie dafür ein. Eigentlich müsste es in der Bundesrepublik Deutschland Demonstrationen gegen die schleppende Aufnahme von Syrern geben und von unseren Kirchenleitungen wäre zu erwarten, dass sie sich in Solidarität mit den Schwesterkirchen in Syrien für christliche Flüchtlinge aus Syrien stark machen. Freilich bleibt dies ein Wunschdenken aus mehreren Gründen: Zunächst sind

die Kirchenführer der orientalischen Kirchen gegen die Auswanderung ihrer Gemeindemitglieder. Ferner verbieten die Satzungen der großen christlichen Hilfsorganisationen der beiden Großkirchen eine Bevorzugung von Christen. Hierbei werden sie auch von den Kirchenführern der orientalischen Kirchen unterstützt, die aus Angst vor dem Islam ebenso eine Bevorzugung von Christen ablehnen. Weiter ist zu bedenken, dass die 20 Gliedkirchen der EKD gegenwärtig durch einen verstärkten Zuzug orientalischer Christen und mit der Hilfe bei der Integration überfordert sind. Nur vereinzelt gibt es in den evangelischen Landeskirchen Arbeitskreise, die sich mit orthodoxen Kirchen beschäftigen, wie etwa in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

In der Ausbildung der Pfarrerschaft an den Universitäten und an den Semi-

naren ist die Beschäftigung mit den Orientkirchen Liebhaberei von Einzelnen. Für das Studium der orientalischen Kirchensprachen wie Arabisch, Syrisch, Armenisch oder Äthiopisch müssen Theologiestudierende sich in der Islamwissenschaft oder in der Semitistik einschreiben. Dort bekommen sie aber keine Kenntnisse über das Wesen und die Theologie dieser Kirchen vermittelt. Dafür wurden einmal eigene Lehrstühle errichtet, welche die „Wissenschaft vom Christlichen Orient“ vermitteln sollten. Solche Lehrstühle gab es in Marburg, Münster, München, Bonn, Würzburg, Heidelberg, Göttingen und Tübingen. Sie sind alle dem Spardiktat der Kultusministerien zum Opfer gefallen. Erhalten sind noch die Lehrstühle von Erlangen und Halle.²¹

Um dem desolaten Zustand an deutschen Universitäten entgegenzuwirken und die im Orient in ihrem Bestand gefährdeten Christen wieder ins Bewusstsein zu rufen, wurde an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt die „Forschungsstelle Christlicher Orient“ eingerichtet. Die Initiative ging von Heinz Otto Luthe aus, dem früheren Vizepräsidenten der Universität und dortigem Soziologieprofessor. Der Senat der Universität beschloss am 29. Oktober 2008 die Einrichtung der Forschungsstelle und am 5./6. November 2009 fand die Eröffnungsveranstaltung statt.²² Doch das genügt nicht! Bei meinen Vorträgen erfahre ich immer deutlicher, dass die Kenntnisse der Kirchen des Orients in den Kirchengemeinden sehr dürftig sind. Woher sollen sie bei der Pfarrerschaft und den Gemeindegliedern auch kommen, wenn sie nicht in der Ausbildung verankert sind?

Die Aussage des christlichen Flüchtlings aus Syrien über die Rolle, welche

die Christen in der Syrienpolitik spielen, die eingangs zitiert wurde, ist wahr. Die Regierung in Deutschland ist um gute Beziehungen zu allen islamischen Staaten bemüht, die evangelische und katholische Kirche haben seit einigen Jahren den Islam entdeckt und haben Stellen für „Islambeauftragte“ eingerichtet und der Dialog mit Muslimen ist in beiden Kirchen gegenwärtig vorrangig. Dabei haben wir mittlerweile in Deutschland geschätzte 250.000 orientalische Christen, die zum Teil seit mehreren Jahrzehnten hier leben, wobei die Syrische Orthodoxe Kirche mit etwa 100.000 Mitgliedern die größte Gruppe bildet, gefolgt von der Armenisch-Apostolischen Kirche mit etwa 50.000 Mitgliedern, den Eritreern mit 40.000 und den Äthiopiern mit 20.000. Nach Auskunft des koptischen Bischofs Damian (Höxter-Brenkhausen) betreute er zusammen mit Bischof Michael (Kröffelbach) etwa 8.500 Gemeindeglieder im Jahr 2013. Die Apostolische Kirche des Ostens hat

Die LEHRE über die Orientkirchen wird an deutschen Universitäten heutzutage vernachlässigt.

etwa 3.000, die mit Rom unierten Chaldäer haben etwa 5.000 und die mit Rom vereinten Melkiten etwa 2.000 Gemeindeglieder. Es ist erfreulich, dass immerhin zwei evangelische Landeskirchen engere Beziehungen mit orientalischen Kirchen aus Syrien eingegangen sind, so die Kirche von Kurhessen-Wal-

deck mit der Rum-orthodoxen Kirche von Antiochia in Damaskus (in Deutschland etwa 20.000 Mitglieder) und das evangelische Dekanat Blaubeuren

Die Orientkirchen müssen sich in Deutschland organisieren und einen VERBAND gründen.

(Württembergische Landeskirche) mit der syrisch-orthodoxen Metropole Djazira wa'l-Furat (Hassake). Gerade in einer Kriegssituation wie der gegenwärtigen in Syrien sind solche partnerschaftlichen Beziehungen von elementarer Bedeutung. Welchen Gewinn die Beschäftigung mit den Ostkirchen orientalischer, byzantinischer und slavischer Herkunft für die Theologie bedeutet, erläutert der Marburger Kirchenhistoriker Karl Pinggéra in seinem Aufsatz anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Seminars für Ostkirchengeschichte in Marburg, das mittlerweile geschlossen ist.²³

Die Orientkirchen können für unsere Kirchen ein Gewinn sein

Der Krieg in Syrien wird vermutlich noch lange dauern. Baschar al-Assad wie die islamistischen Milizen wollen den Krieg militärisch entscheiden. Zwei Genfer Konferenzen sind gescheitert. Das bedeutet, dass die Zahl der nach Deutschland fliehenden Syrer sich täglich erhöhen wird. Für die Zukunft heißt das: Unsere Kirchen müssen sich darauf einstellen, dass die orientalischen Christen auch in Deutschland ihre Heimat haben werden. Das Christentum in Syrien und in den anderen Ländern des Nahen Ostens wird dort in Zukunft nur noch eine kleine Minderheit sein. Eine Ausnahme werden die

Kopten in Ägypten sein, weil die koptisch-orthodoxe Kirche mit etwa 13 Millionen Mitgliedern trotz starker Auswanderung eine Größe für die 82 Millionen des Landes darstellt, die auch in Zukunft Bestand haben wird. Inwieweit der Libanon mit 4,2 Millionen Einwohnern, von denen nur noch 35 % Christen sind, den Syrienkrieg überstehen wird, ist unklar. Libanesische Christen haben schon während des Bürgerkriegs 1975-90 ihr Land in großer Zahl verlassen, so dass die jetzt noch verbliebenen 1,5 Millionen Christen in aller Welt ihre Verwandten haben, die sie im Kriegsfall aufnehmen werden.

Für die Orientkirchen in der Bundesrepublik wird das Folgen haben. Die orientalisch-orthodoxen Kirchen müssen sich in Zukunft zunächst organisatorisch auf die neue Heimat einstellen, indem sie wie die orthodoxen Kirchen einen Verband gründen, vergleichbar der „Kommission der Orthodoxen Kirchen in Deutschland“ (KOKiD) oder des „Zentralrats Orientalischer Christen in Deutschland“ (ZOCD) für Laien. Seit vielen Jahren besteht schon, initiiert von der EKD, ein in der Regel jährliches Treffen mit den Kirchenführern der orientalisch-orthodoxen Kirchen in Deutschland, wozu auch die Malankarische Orthodoxe Syrische Kirche gehört,²⁴ die im Jahr 2008 aus nur 40 Familien bestand. Dies wird auch ein wichtiger Schritt zur Anerkennung als „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“ sein. Die Rum-Orthodoxen sind Mitglied der KOKiD, die katholischen Chaldäer und Melkiten haben ihre Heimat in der Katholischen Kirche in Deutschland. Ein Problem bleibt die Aufnahme der Apostolischen Kirche des Ostens in einen Verband.

Wenn Deutschland ihre zukünftige Heimat sein wird, dann wird die Litur-

gie-Sprache in der Regel Deutsch sein müssen, so wie Arabisch bei den Rum-Orthodoxen in Syrien oder Malayalam bei den Kirchen in Kerala / Indien. In der Liturgie bündelt sich Theologie. Der reiche Schatz der Liturgie einer Kirche kann aber nur an die Gläubigen vermittelt werden, wenn sie verstanden wird. Zudem kann eine Kirche nur missionarisch wirken, wenn ihre Verkündigung verstanden wird. In unserer heutigen Zeit muss die Kirche zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt. Damit wäre auch die Grundlage dafür geschaffen, dass ein ökumenisches Miteinander mit den westlichen Kirchen möglich wird. Gegenwärtig leben wir nur nebeneinander. Für die evangelischen Landeskirchen in Deutschland wäre eine solche, für alle Gläubigen verständliche Liturgie eine Chance, die seit vielen Jahren bestehende Krise zu überwinden. Nachdem in den evangelischen Landeskirchen mittlerweile Gesellschaftsprobleme die Theologie verdrängt haben,²⁵ ist eine Neubesinnung auf die Theologie als Gottes Rede an uns und eine Verankerung der Theologie in unseren Kirchen dringend notwendig. Die in Deutschland beheimateten Orientkirchen können uns dazu Hilfen geben. ///



/// PROF. DR. WOLFGANG SCHWAIGERT

ist evangelischer Pfarrer i.R. in Blaubeuren und Honorarprofessor für Islamwissenschaft und Ostkirche an der Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd.

Anmerkungen

¹ Dieser Beitrag ist eine geringfügige Überarbeitung der Erstveröffentlichung von Rammelt, Claudia / Schlarb, Cornelia / Schlarb, Egbert (Hrsg.): *Begegnungen in Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge dialogischer Existenz. Eine freundliche Festgabe zum 60. Geburtstag von Martin Tamcke*, Berlin 2015, S. 551-559.

² Meining, Stefan / Senyurt, Ahmet: *Zwischen den Fronten des Bürgerkriegs. Doppelt unter Druck: die syrischen Christen*, in: report München, 15.10.2013, Manuskript zum Druck.

³ Caritas Nahost-Info der Erzdiözese Salzburg 1/2014, S. 2. Im achtseitigen Informationsmaterial kommt kein einziges Mal das Wort „Christen“ vor.

⁴ epd-Wochenpiegel/Deutschlandausgabe 45/2013, S. 2.

⁵ Wolter, Tanja: *Einen Panzer um die Seele gebaut. Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider über die Lage der syrischen Flüchtlinge*, in: Südwest-Presse Ulm, 6.11.2013, S. 3.

⁶ Siehe auch die Äußerung von Simon Jacob, dem seinerzeitigen Vorsitzenden des ZOCD, „Die Christen können nicht in die Flüchtlingslager gehen“, in: Borée, Susanne: *Noch eine Zukunft für Christen in Nahost?*, in: Evangelisches Sonntagsblatt Rothenburg, 13.10.2013, S. 8.

⁷ Siehe epd-Wochenpiegel/Deutschlandausgabe 45/2013: „Die Diakonie hat bislang rund 7,3 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe in der Region eingesetzt. Der Großteil wurde durch die Bundesregierung finanziert. Nur 1,2 Millionen Euro Spenden gingen bei der evangelischen Hilfsorganisation ein.“

⁸ Zu den Hintergründen des Aufstandes, zum Verlauf und zur gegenwärtigen Situation in Syrien siehe Schwaigert, Wolfgang: *Zur aktuellen Situation in Syrien und zur Lage der Christen*, in: RGOW 4/2014, S. 22-24.

- ⁹ Die Mitgliedszahlen beruhen auf eigenen Recherchen für meinen Beitrag „Das Christentum in Syrien“, der vermutlich im EB-Verlag, Berlin erscheinen soll, in: *Orientalische Christen inmitten des politischen Umbruchs. Überblick über die Geschichte des Christentums in verschiedenen Staaten des Nahen Ostens und die aktuellen Entwicklungen in der Gegenwart*, hrsg. von W. Reiss.
- ¹⁰ John Pontifex, Syria: Bishop says government must crush the uprising, in: <http://www.acnuk.org/news.php/227/syria-bishop-says-government-must-crush-the-uprising>, Stand: 8.10.2014.
- ¹¹ Tumultartige Szenen bei einer Debatte über Syrien, in: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article13906269/>, Stand: 6.3.2012.
- ¹² Ad-dustūr (die Verfassung), arabische Ausgabe 1991, 40 Seiten.
- ¹³ Zur syrisch-orthodoxen Diözese (Metropolie) Hassake und den dortigen neuen Kirchen- und Schulbauten siehe Schwaigert, Wolfgang: Hoffnungsbauten im Nordosten Syriens. Wie Steine für den Glauben wichtig sein können, in: *Geschwister im Glauben. Kirchen im Mittleren Osten*, hrsg. vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland, Hamburg, 2. Aufl., 2012, S. 42-44; zur syrisch-orthodoxen Kirche siehe Schwaigert, Wolfgang: Die Syrische Orthodoxe Kirche, in: *G2W 1/2011*, S. 12-13.
- ¹⁴ Bischoff, Jürg: Kopfsteuer für Christen. Aufbau eines islamischen Staates in Syriens Provinz Rakka, in: *NZZ (Internationale Ausgabe)*, 1.3.2014, S. 5.
- ¹⁵ Siehe hierzu Schwaigert, Wolfgang: Zur aktuellen Situation in Syrien und zur Lage der Christen, in: *RGOW 4/2014*, S. 24.
- ¹⁶ Baumann, Andreas: Flucht aus Kessab – über 600 armenische Familien verlieren alles, in: *Hilfsbundimpulse 2/2014*, S. 3-4; Bischoff, Jürg: Syriens Armenier fürchten um ihre Zukunft, in: *NZZ (Internationale Ausgabe)*, 16.4.2014, S. 5; Hollur, Maxine: Die Kinder von „Musah Dagh“ heimatlos – Das Schicksal der Armenier in Syrien, <http://gfbvberlin.wordpress.com/2014/04/03/die-kinder-von-musa-dagh-heimatlos>, Stand: 25.11.2014.
- ¹⁷ Baumann, Andreas: Aleppo – „Zeichen der Hoffnung“ oder „Vorhof zur Hölle“?, in: *Hilfsbundimpulse 4/2013*, S. 3-5, Karte der Stadtviertel S. 4.
- ¹⁸ Baumann, Andreas: Flucht aus Kessab, in: *Hilfsbundimpulse 2/2014*, S. 3-4; vgl. auch www.syrien-webnode.com/news/trinkwasserbrunnen-fuer-aleppo-stand-der-dinge/, Stand: 25.11.2014.
- ¹⁹ Bickel, Markus: Demokratieparodie in einem zerrissenen Land. Assad lässt wählen und hat sich auf einen langen Krieg eingestellt, in: *FAZ*, 3.6.2014, S. 5. Zur Wahl siehe auch mein Interview mit Radio Vatikan am 3.6.2014 unter de.radiovaticana.va/news/2014/06/03/syrien:wahlen_im_bürgerkrieg/ted-804301; zum Wahlergebnis: Reuters Deutschland vom 5.6.2014: Offizielles Ergebnis – Assad gewinnt Syrien-Wahl, <http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEKBN0EG0JB20140605>, Stand: 25.11.2014.
- ²⁰ Hermann, Rainer: Weihnacht ohne Hoffnung. Die Lage der Christen in Syrien wird immer prekärer – und Russlands Kirche mimt den Retter, in: *FAZ*, 24.12.2013, S. 3.
- ²¹ Siehe hierzu vor allem Kaufhold, Hubert: *Die Wissenschaft vom Christlichen Orient. Gedanken zur*

Geschichte und Zukunft des Faches, in: *Vom Euphrat an die Altmühl. Die Forschungsstelle Christlicher Orient an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt*, hrsg. von Peter Bruns und Heinz Otto Luthe, Wiesbaden 2012, S. 143-152. Erfreulich ist, dass der Jubilar Martin Tamcke, ein Schüler des Marburger Ostkirchenhistorikers Wolfgang Hage, auf seinem Lehrstuhl „Ökumenische Theologie und Orientalische Kirchen- und Missionsgeschichte“ in Göttingen die Orientchristen in seinen Vorlesungen, Seminaren und Publikationen ausführlich zur Sprache bringen kann. Ebenso widmet sich Karl Pinggéra auf seinem Lehrstuhl für Kirchengeschichte in Marburg im Rahmen seiner Möglichkeiten der orientalischen Kirchengeschichte.

²² Sehr lesenswert ist das von den Herausgebern Bruns und Luthe verfasste Vorwort zu „Vom Euphrat an die Altmühl“, VII-XIII; siehe auch Kaufhold, Hubert: Die „Forschungsstelle Christlicher Orient“ an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, in: *OrChr 93/2009*, S. 252-254.

²³ Pinggéra, Karl: „Ex Oriente Lux“. Vom Sinn ostkirchlicher Forschung an einer Evangelisch-Theologischen Fakultät, in: *Ex Oriente Lux – Licht aus dem Osten. Theologische Wissenschaft und ökumenische Freundschaft*, hrsg. von J. Haupt, Hofgeismar 2003, S.17-37. Die Zahlen zu den etwa 250.000 Orientchristen in Deutschland stammen aus Angaben der orientalisch-orthodoxen Kirchenführer beim Treffen des Kontaktgesprächskreises der EKD mit den orientalisch-orthodoxen Kirchen im Jahr 2013, dessen Mitglied ich bin.

²⁴ Zu dieser Kirche siehe Schwaigert, Wolfgang: Die orthodoxen Kirchen Indiens, in: *RGOW 12/2011*, S. 8-10; zu allen orientalisch-orthodoxen Kirchen siehe vor allem Hage, Wolfgang: *Das orientalische Christentum*, Stuttgart 2007 und als kurzer Überblick zu allen orientalisch-orthodoxen Kirchen Schwaigert, Wolfgang: *Die orientalisch-orthodoxen Kirchen*, eine Informationsreihe, in: *RGOW 2010-2012*, Zürich 2012.

²⁵ Ein Beispiel der Verdrängung von theologischer Orientierung durch soziologische Fragestellungen und Ergebnisse ist die zuletzt erschienene Orientierungshilfe des Rates der EKD mit dem Titel „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“, Gütersloh 2013. In diesem Zusammenhang sei auch auf die paulinische Sühnetheologie verwiesen, die, weil sie nicht mehr zeitgemäß ist, bei Teilen der evangelischen Pfarrerschaft in Deutschland abgelehnt wird, siehe hierzu Braun, Eberhard: *Zur Debatte über die Sühnetheologie*, in: *Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss. 40 Jahre Offene Kirche*, hrsg. von der Offenen Kirche, Renningen 2012, S. 94-103, www.offene-kirche.de/fileadmin/userfiles/OK-Positionen/ok_jahrbuch_40_Jahre_12-2012.pdf

/// Chavismus und Peronismus à la Kirchner sind am Ende

DIE GESCHEITERTE UMVERTEILUNGSPOLITIK IN LATEINAMERIKA

RALPH ROTTE /// Die hauptsächlich von linksgerichteten bzw. populistischen Regierungen in Lateinamerika in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten betriebene Umverteilungspolitik hat auf den ersten Blick zu eindrucksvollen Erfolgen geführt. Die offizielle Armutsquote wurde beinahe halbiert, der Anteil der extrem Armen um mehr als 50 % gesenkt und die Mittelschicht auf etwa ein Drittel der Bevölkerung ausgeweitet. Diese Performance krankt jedoch daran, dass sie offenbar nicht nachhaltig ist.

Das „Modell K“ Struktur

Der Erfolg der Umverteilungspolitik beruht vor allem auf den Einnahmen aus dem „commodity boom“ auf dem Weltmarkt und wurde weiters durch Staatsverschuldung finanziert. Dazu wurden öffentliche Ausgaben für Sozial- und Gesundheitsprogramme, Subventionen, etwa um die Preise von Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff niedrig zu halten, und höhere Mindestlöhne etwa über die staatlichen bzw. verstaatlichten Öl- und Gaskonzerne finanziert. Außerdem wurden die Einnahmen aus anderen verstaatlichten Branchen oder die Steuern und Abgaben der Unternehmen genutzt, die vom Export von Roh-

stoffen und Agrarprodukten profitierten. Exemplarisch für diesen Ansatz ist das argentinische „Modell K“ der Kirchners mit seinen flächendeckenden Subventionen, regelmäßigen Lohnsteigerungen, Mindestlöhnen und Preisregulierungen zur Stützung des Konsums der ärmeren Schichten.

Aber mit dem Preisrückgang bei Metallen und vor allem bei Erdöl auf den Weltmärkten, weniger möglicherweise bei Agrarprodukten, aufgrund konjunktureller und struktureller Änderungen in der Nachfrage, fällt ein wesentlicher Teil der Finanzierungsquellen der Umverteilungspolitik weg und offenbart die strukturellen Probleme dieses Modells.



Auch Christina Kirchner hat letztlich nicht die in sie gesetzten Erwartungen und ihre Versprechen erfüllt.

Probleme

Finanziert wurden vor allem staatliche Konsumausgaben für Transfers an die ärmeren Bevölkerungsschichten, eine Vermehrung der staatlichen Bediensteten, der Import von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern etc. Insbesondere die staatliche Subventionierung der Preise für Lebensmittel, Medikamente oder Treibstoff verzerrt zudem die Statistik zur Armutsreduktion.

Die UMVERTEILUNGSPOLITIK in Lateinamerika beruht auf Staatsverschuldung und einem vorübergehenden Wirtschaftsboom.

Demgegenüber wurden notwendige Investitionen in die Infrastruktur, das Bildungswesen, technologische Innovation etc. vernachlässigt. Damit

wurde auch versäumt, die einseitige Abhängigkeit von Rohstoff- und Agrexporten durch eine Diversifizierung der Wirtschaft abzubauen. Wir haben es in Lateinamerika also mit einer Art „Dutch Disease“ zu tun, wie sie für einseitig rohstoffexportierende Staaten nicht untypisch ist. In der Boom-Zeit ging laut Weltbank die Armut nicht zuletzt durch Lohnsteigerungen für ungelernete Arbeitskräfte zurück, was impliziert, dass auch kein unmittelbarer Anreiz zu einer Verbesserung der Qualifikation der „labour force“ bestand.

Verstärkt wurde dies durch das ineffiziente Management der verstaatlichten Industrien, indem sogar Reinvestitionen in die Betriebe zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit unterlassen wurden. Bekanntestes Beispiel hierfür ist natürlich der venezolanische Ölkonzern PDVSA, dessen tägliche Öl-

förderung innerhalb von zehn Jahren um etwa ein Drittel zurückging.

Ergänzend wurden die relativ geringe Produktivität und die mangelnde Innovation in den meisten lateinamerikanischen Ländern dadurch verstärkt, dass die Mitgliedstaaten des Mercosur zunehmend eine Abschottungspolitik gegenüber dem Weltmarkt betrieben und auch die regionale Integration stagnierte. Aufgrund relativ kleiner Binnenmärkte (z. B. im Vergleich zur EU oder zu NAFTA, vielleicht mit Ausnahme Brasiliens) und mangelnden Wettbewerbs wurden unproduktive Wirtschaftsstrukturen, von kleinen Werkstätten bis hin zu nationalen Monopolen und Oligopolen, bewahrt.

Die Finanzpolitik in vielen Staaten versäumte es, in den Boom-Zeiten Reserven zu bilden. Stattdessen waren die Staatshaushalte selbst bei hohen Wachstumsraten und sprudelnden Exporteinnahmen defizitär (z. B. 2013: Argentinien ca. -2,6 % des BIP, Brasilien -3,6 %, Venezuela ca. -14,2 %). Die Finanzierung der Defizite durch die Druckerpresse führte zu steigender Inflation (z. Zt. ca. 20 % in Argentinien, über 60 %, nach anderen Quellen über 150 % in Venezuela), die die nominalen Einkommenszuwächse der Bevölkerung konterkarierte. Für eine effektive fiskalische Bekämpfung der jetzt einsetzenden Krise fehlt nun oft der finanzpolitische Spielraum.

Zusammen mit wachsendem staatlichen Dirigismus und einer umfangreichen Bürokratie bei gleichzeitig fehlender Rechtstaatlichkeit in den meisten Ländern führte die Inflation zu Kapitalflucht, Kapitalverkehrskontrollen und einer Abschreckung ausländischer Investitionen, welche aufgrund der typischerweise niedrigen Sparquo-

te in Lateinamerika für die Realisierung von z. B. Infrastrukturmaßnahmen nötig sind, ganz zu schweigen vom Misstrauen der Finanzmärkte bezüglich der Kreditwürdigkeit von Staaten wie Argentinien.

In FLORIERENDEN Zeiten wurde nicht reinvestiert oder zukunftsorientiert gehandelt.

Fasst man diese Probleme zusammen, so lässt sich sagen, dass die Umverteilungspolitik und damit die dauerhafte Armutsbekämpfung in Lateinamerika daran kranken und wahrscheinlich bereits gescheitert sind, dass sich das zugrundeliegende wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Konzept an recht kurzfristigen Erfolgen und an einem dauerhaft positiven weltwirtschaftlichen Klima orientiert und gleichzeitig auf die Vernachlässigung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist. Das betriebene Umverteilungsmodell lebt also von der Substanz einer Volkswirtschaft und kann auf die Dauer nicht funktionieren. Ursache hierfür sind zweifellos machtpolitisch-populistische Interessen (Sicherung der Unterstützung großer Bevölkerungsteile durch soziale Wohltaten) und ideologische Gründe (Ablehnung der „kapitalistisch-imperialistischen“ Marktwirtschaft und der Glaube an eine staatlich gemanagte Ökonomie).

Linke Ökonomen verweisen darauf, dass ein strukturelles Problem der Umverteilungspolitik darin bestehe, dass vor allem bei den laufenden Einkommen umverteilt wurde, nicht jedoch bei den Vermögen. Man hatte in den meisten Staaten, mit Ausnahme

Venezuelas, auf die Enteignung von Besitz verzichtet, weil der politische Widerstand etwa von Großgrundbesitzern zu groß war. Venezuela zeigt jedoch, dass auch eine Vermögensumverteilung größeren Stils bei mangelndem Know how, staatlich-bürokratischer Ineffizienz und fehlendem ausländischen Engagement keine positiven Wachstumsimpulse mit sich bringt und vielmehr zu wirtschaftsschädigenden, verschärften politischen Konflikten und weiterer staatlicher Restriktion führt.

Plan B

Die Alternative zu diesem gescheiterten Ansatz ist relativ klar, aber als „neoliberal“ mehr oder weniger diskreditiert, nämlich eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf Investitionen, privatwirtschaftliche Initiative, Wettbewerbsfähigkeit und eine allmähliche Öffnung nach außen setzt. Prioritär wären hier verstärkte Investitionen des Staates in Infrastruktur und Bildung, die Schaffung von Anreizen für in- und ausländische Investoren zur Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft und die Intensivierung der ökonomischen Integration sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene. Das Muster hierfür wäre also eher die Pazifik-Allianz, bestehend aus Chile, Mexiko, Peru und Kolumbien, die außer Mexiko zudem eine recht stabile Finanzpolitik betreiben, als der Mercosur in seiner gegenwärtigen Verfassung. Wie die empirische Wirtschaftsforschung gezeigt hat, kann dies durchaus mit einer differenzierten Umverteilungspolitik verbunden werden, etwa durch eine (begrenzt) höhere Besteuerung der Reichen und Transfers an die Ärmern,

Das von machtpolitischen und populistischen Motiven getragene Umverteilungsmodell hat NICHT funktioniert.

was aufgrund deren höherer Konsumquote zu einer per Saldo höheren Nachfrage und damit zu Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen führen kann.

Bei alledem gibt es aus Sicht der bestehenden linksgerichteten und populistischen Regimes jedoch eine zweifache Crux: Erstens führt eine solche nachhaltigere Strategie erst mittel- bis langfristig zu einem potenziellen Armutsabbau auf breiter Basis und kurzfristig möglicherweise zu strukturellen Anpassungsverlusten, die im Rahmen halbwegs stabiler Staatsfinanzen vielleicht nicht völlig durch Transfers etc. aufgefangen werden können. Eine populistische, letztlich nicht wirklich demokratisch-pluralistisch fundierte Regierung ist jedoch auf kurzfristige Erfolge angewiesen, um sich der Unterstützung der Massen zu versichern und an der Macht zu bleiben.

Zweitens erfordert eine solche Politik einen teilweisen Rückzug des Staates sowie verlässliche Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, nicht zuletzt in Form einer vertrauenswürdigen Rechtsstaatlichkeit und einer echten Demokratie. Keiner dieser Punkte scheint jedoch letztlich mit dem boliviarischen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ oder dem Peronismus à la Kirchner vereinbar zu sein.

Dies gilt übrigens wohl auch für die konservativ-oligarchischen Vorstellungen der rechten Seite des politischen Spektrums in Lateinamerika, die ungeachtet liberaler Rhetorik und Programmansätze mehrheitlich an einem fundamentalen wirtschaftlichen wie politisch-gesellschaftlichen Strukturwandel und damit beispielsweise einer Entmachtung der Großgrundbesitzer kaum echtes Interesse haben dürfte.

Ausblick

Interessanterweise hat das beschriebene links-populistische Umverteilungsmodell außerdem Klientelismus, Vetternwirtschaft und Korruption geradezu gefördert. Denn einerseits ist die Umverteilungspolitik ja gerade als Instrument des Klientelismus konzipiert, um bestimmte Teile der Bevölkerung durch materielle Verbesserungen an das Regime zu binden und der populistischen Partei Mehrheiten zu sichern, zumindest bei Präsidentschaftswahlen und möglichst auf nationaler Parlamentsebene. In diesem Sinne sind beide gar nicht voneinander zu trennen. Andererseits geht das lateinamerikanische Umverteilungsmodell ja von einem wachsenden Einfluss des Staates und einer mehr oder weniger theoretisch-ideologisch fundierten Ablehnung privat-marktwirtschaftlicher Allokationsmechanismen aus. Dies führt zu einer Aufblähung der staatlichen Bürokratie und damit zu einer unmittelbaren Zunahme der Gelegenheiten für Nepotismus und Korruption. Dass diese dann tatsächlich auch in hohem Maße genutzt werden, liegt an der engen Verflechtung von ohnehin undemokratisch-klientelistischer politischer und wirtschaftlicher Sphäre, wachsender bürokratischer Komplexität und In-

transparenz und einer quasi ideologischen Legitimation auch offensichtlich ineffizienter Lösungen „zum Wohl des Volkes“ bei gleichzeitig fehlender justizieller Kontrolle (Rechtstaatlichkeit).

Selbst Hugo Chavez' Versuch, zu Beginn seiner Amtszeit eine unzuverlässige Staatsbürokratie durch direkt von der PDVSA finanzierte „grass root“-Organisationsstrukturen in Form der „misiones“ zu umgehen, war in dieser Hinsicht wenig erfolgreich. Denn dadurch wurden Strukturen auf lokaler Ebene geschaffen, die aufgrund unmittelbarer persönlicher Bekanntschaften besonders anfällig für Vetternwirtschaft und Korruption sind bzw. schließlich von der boliviarisch gewandelten Bürokratie doch faktisch übernommen wurden.

Eine langfristig angelegte NEOLIBERALE Wirtschafts- und Sozialpolitik wäre das erfolgreichere Modell.

Mangels Nachhaltigkeit und aufgrund ihres klientelistischen Charakters birgt diese Art von Umverteilungspolitik die Gefahr, zwar zu kurzfristigen Erfolgen bei der Armutsbekämpfung zu führen (trotz der Vorbehalte gegenüber den betreffenden Statistiken wegen Subventions- und Inflationseffekten), aber im Falle einer ernsten strukturellen Krise ins Gegenteil umzuschlagen. Zum einen profitieren ohnehin typischerweise die Teile der Bevölkerung besonders stark, die aus politischer Sicht für den Machterhalt der Regierung besonders wichtig erscheinen. Zum anderen leiden bei einem Kollaps des zuvor beschriebenen Systems oder bei von der ökonomischen Notwendigkeit diktierten Anpassungs-

zwängen, etwa angesichts eines Staatsbankrotts, erfahrungsgemäß stets die sozial Schwächsten am stärksten. Der bei einer Fortführung des bisherigen Umverteilungsmodells zu erwartende massive Rückschlag, der sich ja bereits z. B. in der Versorgungskrise Venezuelas deutlich ankündigt, könnte die Einkommens- und Vermögensverhältnisse wieder auf die ursprüngliche Ungleichheit oder darüber hinaus zurückwerfen, nachdem die strukturellen Faktoren zur Stabilisierung von Chancen in den lateinamerikanischen Staaten, etwa in Form von auf breiter Basis verbesserter Bildung und Qualifikation, aufgrund der genannten Versäumnisse nur schwach ausgeprägt sind.

des wirtschaftsfeindlichen Umverteilungskurses ihrer Regierungen am stärksten in ihrem Lebensstandard getroffen werden dürften. ///



/// PROF. DR. RALPH ROTTE
lehrt am Institut für Politische Wissenschaft, RWTH Aachen University.

Die UMVERTEILUNGSPOLITIK macht letztendlich die Reichen reicher und die Armen ärmer.

Selbst ohne einen kompletten Kollaps des bolivariischen oder des peronistischen Wirtschaftsmodells à la Kirchner gibt es in der Krise auch die Gefahr konträrer Umverteilungseffekte, diesmal von Arm zu Reich, wenn man nämlich die hohen und möglicherweise steigenden Inflationsraten in Betracht zieht. Hohe Inflation bedeutet üblicherweise eine Entwertung von Arbeitseinkommen, während Vermögensgrößen wie Immobilien, Grundbesitz etc. in ihrem Wert tendenziell relativ stabil bleiben. Da es unwahrscheinlich ist, dass die armen Schichten der lateinamerikanischen Bevölkerung in den letzten 10 oder 20 Jahren wesentliche Vermögenswerte akquirieren konnten, werden sie diejenigen sein, die in jedem Fall vom Scheitern



Möller, Horst: Franz Josef Strauß: Herrscher und Rebell. München: Piper Verlag 2015, 832 Seiten, € 39,99.

/// Herrscher und Rebell

DIE WAHRHEIT HINTER DER LEGENDE STRAUSS

Unter den zahlreichen Büchern, Artikeln, Fernseh- und Rundfunksendungen zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß (1915-1988) ragt diese Strauß-Biographie heraus als etwas wirklich Neues und zugleich als ein Buch auf hohem intellektuellen Niveau. Es ist die erste wissenschaftliche Biographie zu einem Mann, der die „alte“, nämlich die westdeutsche Bundesrepublik politisch prägte wie kaum ein Dutzend seiner Zeitgenossen. Sie beschreibt alle Stationen des politischen Lebens

und greift alle Kontroversen der Zeit und der Nachwelt um die Person von Strauß auf. Sie ist auf einer enorm breiten Basis von öffentlichen und privaten Unterlagen gearbeitet. Und am wichtigsten: Möllers Biographie unterscheidet messerscharf, was im Leben von Strauß nachweisbare Tatsachen sind oder nur plausible Hypothesen oder nachweisbare Legenden und falsche Anschuldigungen.

Wenn Strauß oftmals als Polarisierer und Scharfmacher dargestellt wur-

de, geschah es nicht ganz unverdient, denn er war ein politischer Viel-Redner mit Höhen und Tiefen. In seinen besten Momenten war er brillant, mitreißend, witzig, unterhaltsam – eines der wenigen rhetorischen Großtalente, welche die deutsche Politik nach 1945 hervorbrachte. Dabei ging mit ihm gelegentlich der Gaul durch, aber seine Fundamentalkritiker haben nie begriffen, dass diese Rhetorik kein Selbstzweck war, sondern einem bestimmten Verständnis von demokratischer Politik diente.

Nach der Überzeugung von Strauß sollten zentrale, ja lebenswichtige Grundsatzfragen des Staates nicht durch die Presse oder die Medien entschieden werden, nicht durch die Volksstimmung (bei den Nazis „das gesunde Volksempfinden“), nicht durch Meinungsfragen (oder heute durch die sozialen Netzwerke im Internet), sondern durch die Auseinandersetzung in den vom Grundgesetz dafür vorgesehenen Organen, vor allem in den Parlamenten und begleitend in den politischen Parteien samt Wahlkämpfen. Strauß war ein ebenso altmodischer wie begeisterter Demokrat, der genauso leidenschaftlich wie Willy Brandt darum kämpfte, nach der Nazi-Katastrophe den „mündigen Bürger“ (Brandt) zum Partner der Politik zu machen.

Kein Wunder also, dass sich beide schätzten als Kämpfer für die gleiche Sache, wie wir bereits aus den Strauß- und Brandt-Erinnerungen wissen und nun bei Möller umfangreich belegt finden. Erhellend sind dazu seine Forschungen zu einer berühmt-berüchtigten Strauß-Rede von 1959, in der er Brandt angeblich wegen seiner Emigration während des Krieges angriff. Tatsächlich belegte die Tonbandmitschrift

das genaue Gegenteil, und als Brandt den vollen Wortlaut zu sehen bekam, entschuldigte er sich brieflich bei Strauß. (S. 317)

Zu den besten Kapiteln gehört dasjenige zur Spiegel-Krise. Hier wird Strauß von allen gravierenden Vorwürfen entlastet. Er führte weder einen Feldzug gegen den Spiegel noch belog er den Bundestag. Die richterlich angeordneten Durchsuchungen und Verhaftungen beim Spiegel waren vielmehr ein Selbstläufer der Justiz, und zwar hinter dem Rücken des FDP-Justizministers und gegen das FDP-Mitglied Augstein und seine Redaktion. Das erklärt vermutlich, warum die FDP am heftigsten darauf bestand, die Malaise einem anderen in die Schuhe zu schieben. Strauß, der ungeliebte Verteidigungsminister, wurde auf dem Koalitionsaltar geopfert.

Wie Möller nachweist, war es die FDP, welche die Kampagne zur Vernichtung der Politikerkarriere von Strauß anführte („Stoppt Strauß“). Die SPD sprang erst später auf den fahrenden Zug, und davon nur die Gegner von Wiederbewaffnung und Westintegration wie Gustav Heinemann und der linke Parteiflügel. Die Stasi heizte in der westdeutschen Presse kräftig an, wie man heute beweisen kann. Dem Spiegel wurden der aufgeblasene Mythos vom „Sturmgeschütz der Demokratie“ (Augstein) und eine riesige Auflagensteigerung beschert. Langfristig hat er am meisten von dieser „Krise“ profitiert. Jetzt kann man getrost das meiste der bisherigen Literatur zur Spiegel-Krise dem Altpapier übergeben.

Dass die FDP ihre bedingungslose Strauß-Gegnerschaft zum Markenzeichen machte, ist in einer Demokratie

eigentlich unerträglich, denn nachweisbare Verfehlungen oder gar Fälle von Machtmissbrauch gab es nicht. Selbst der Stasi gelang es nicht, aus Strauß einen glaubhaften Nazi zu machen, zumal dieser bereits in einer kaum bekannten Rede von 1946 eine gründliche Säuberung der Politik von der NS-Hinterlassenschaft gefordert hatte (S. 54/55) und dann als Verteidigungsminister, Mitte der 1950er-Jahre, zum engen Verbündeten Israels wurde. Allenfalls die von Strauß veranlassten Rüstungslieferungen an Israel erfolgten am Rande der Legalität, jedoch mit Zustimmung Adenauers und der SPD-Führung.

Beides – das heftige Eintreten gegen das Nazi-Erbe und die Unterstützung Israels – waren damals nicht mehrheitsfähig in Deutschland. Auch der Aufbau der Bundeswehr war es nicht; er wurde von den Alt-Nazis heftig bekämpft. Genauso die Westorientierung. Und das erklärt, warum Strauß ausgerechnet im bürgerlichen Lager so heftig kämpfen musste, um diese langfristig richtigen, aber unpopulären Entscheidungen durchzusetzen. Das Feindbild Strauß hat also, neben der linkspazifistischen und der Stasi-Inspiration, auch eine Alt-Nazi-Seite.

Ob Strauß in den 1970er- und 1980er-Jahren in seiner heftigen Gegnerschaft zur Entspannungspolitik zu weit ging, ist eine berechtigte Frage, denn diese Politik kam ja nicht von Brandt und Bahr, wie die deutsche Legende behauptet, sondern von Kennedy und seinen Nachfolgern (mit britischer und französischer Zustimmung). Somit bestand die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik im westlichen Lager. Der Strauß-Kontrahent Helmut Kohl schwenkte rechtzeitig auf die

„neue Ostpolitik“ ein und versenkte damit den Traum einer Strauß-Kanzlerschaft. Das konnten auch die Milliarden-Kredite für die DDR und die Honecker-Besuche von Strauß nicht mehr ändern. Immerhin gelang es ihm, die Zweifler der Ostpolitik, darunter die Vertriebenenverbände, in der Union zu halten. Nicht auszudenken, wie eine NPD-Fraktion im Bundestag die Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen belastet hätte!

Möllers akribische Beweisführung gegen die vielen Anti-Strauß-Legenden verleugnet keineswegs die Niederlagen, unrühmlichen Launen und Temperamentsausbrüche des Bayerischen Ministerpräsidenten. Doch ein Heiliger wollte Strauß nie sein, wie seine oft unmäßige private Lebensführung belegt. Eher schon Herrscher und Rebell, wie Brandt ihn titulierte.

WOLFGANG KRIEGER

Scharnagl, Wilfried: *Am Abgrund. Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland*. München / Berlin: Keyser Verlag 2015, 184 Seiten, € 19,90.



Man muss Mut haben in diesen Zeiten, wenn man wie Wilfried Scharnagl mit seiner Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland wirbt. Zu stark ist die einfältige Voreingenommenheit der meisten unserer Politiker gegenüber Russland, zu mächtig ist der Mainstream unserer Medien in seinen ebenso unkritischen wie einseitigen Stellungnahmen, und zu offenkundig sind wieder die in unseligen Zeiten geweckten, überwunden geglaubten Emotionen gegenüber „den Russen“, die ihren Präsidenten mehr schätzen, als westliche Politiker dies von sich behaupten können. Scharnagl, langjähriger Chefredakteur des Bayernkuriers und ehemals Vertrauensperson von Franz Josef Strauß, sicher nicht zu Unrecht politisch eher konservativ verortet, hat diesen Mut, obwohl ihm damit das Prädikat „Putinversther“ sicher ist. Verliehen groteskerweise von den selbsternannten Verteidigern der hehren Werte des „Westens“, zu denen aber die Meinungsfreiheit Andersdenkender nicht gehört.

Auf knapp 200 Seiten spricht Scharnagl in neun Kapiteln fast alle Fragen an, die die gegenwärtige politische Diskussion um die Krise zwischen der Ukraine, Russland und dem Westen beherrschen. Wohltuend ist dabei seine ge-

lassene, sprachlich versierte Abhandlung der wesentlichen, eigentlich offenkundigen Gegebenheiten und nachvollziehbaren Ereignisse, die unsere Massenmedien in ihrer „Meinungserstattung ohne Faktenunterlegung“ so auffällig unauffällig zu übergehen versuchen.

Im Gegensatz zum Mainstream formuliert er auch selbst Fragen, die sich eigentlich jedem einigermaßen politisch denkenden Menschen aufdrängen sollten, auf die aber bezeichnenderweise keiner der hierfür doch berufenen Politiker eine Antwort geben will. Von ihnen hebt sich Scharnagl nicht zuletzt auch deshalb ab, weil er zum Schluss seines Aufrufs sogar Ansätze für einen Ausweg aus der Krise zeigt, die einmal nicht auf arroganten Belehrungen, wütenden Drohungen oder gar Erpressung mittels wirtschaftlicher Sanktionen beruhen. Die Unsinnigkeit dieser auch noch erfolglosen Versuche einzusehen, scheint schwerzufallen oder schwer einzugestehen sein. Dabei müsste man sich nur einmal einen ruhigen Abend gönnen, an dem man Scharnagls überzeugende Streitschrift durchaus bewältigen kann, um sich über die wichtigsten Elemente dieser Krise zu informieren. Wer Scharnagls Appell mit seinen zahlreichen einschlägigen Zitaten und Verweisen auf weiterführende Literatur vorbehaltlos gelesen hat, versteht, dass jede einseitige Parteinahme in diesem Konflikt nicht zielführend ist, sondern dass es schon eines „audiatur et altera pars“, eines Mitbedenkens auch russischer Positionen bedarf, will man sich eine fundierte Meinung bilden und aus ihr Handlungsmaximen ableiten.

Ganz im Geiste von Franz Josef Strauß, dessen historische Begegnung mit Gorbatschow Ende 1987 Scharnagl an den Anfang seiner Ausführungen

stellt, weil sie beispielhaft für den fruchtbaren Umgang zweier ehemaliger Kriegsgegner miteinander ist und weil sie nicht weniger als einen wesentlichen Anstoß zur Wiedervereinigung gegeben hat. Strauß hat nämlich wie leider keiner unserer heutigen Politiker die missionarische Berufung unseres angeblich besten Freundes, allen Völkern und Gesellschaften die eigenen Werte und Vorstellungen aufzuzwingen, kritisiert. Was ihn zusammen mit seiner Biographie als Kriegsteilnehmer für die Russen so glaubhaft machte, dass sie sich von ihm sogar die gravierenden Unterschiede der politischen Systeme, der Weltanschauungen, des Menschenbilds aufzeigen ließen. Wozu er sich auf einen Dialog eingelassen und ihn nicht etwa verweigert hat und darum von den Russen als Partner respektiert wurde, dessen Reaktionen immer unabhängig und deshalb nachvollziehbar waren. Mit Wehmut liest man diese persönliche Reminiszenz Scharnagls, vergleicht man sie mit den heutigen Bereitschaftsbekundungen zu einem Dialog, der aber gleichzeitig von so unannehmbaren Bedingungen abhängig gemacht wird, dass er ganz offensichtlich gar nicht zustande kommen soll.

Danach spannt Scharnagl nüchtern, emotionslos und durchaus detailreich den weiten Bogen der „schwierigen Geschichte“ von Russen und Ukrainern, beginnend bei deren „gemeinsamem Taufbecken Dnjepr“ über mehr als ein Jahrtausend wechselseitiger Beziehungen bis zum heutigen, bitteren Konflikt. Beziehungen, die wegen der stellenweise gemeinsamen Geschichte, der gemeinsamen Kultur und Mentalität, der gemeinsamen Traditionen, und dazu auch noch der eng verwandten Sprachen, dem offensichtlichsten Merkmal einer ur-

sprünglichen Gemeinsamkeit – beide Völker sind nun einmal Slawen –, eine ganz eigene Qualität haben. Die von den Kräften, die der Ukraine heute mit Macht eine besondere geopolitische Rolle zuschreiben wollen, verkannt, verdrängt oder einfach ignoriert wurden und noch immer werden.

Mit den von ihm zitierten Quellen zeigt Scharnagl, dass er sich nicht nur oberflächlich und auch nicht erst seit gestern mit seinem Anliegen auseinandergesetzt hat: Die Verweise auf namhafte Osteuropahistoriker und die aktuelle Literatur über die Ukrainekrise bis zu den amerikanischen geopolitischen Klassikern belegen, dass der heute propagierte Mythos einer seit Anbeginn existierenden ukrainischen Nation, der eigentlich stets nur die jeweilige Staatlichkeit verwehrt gewesen sei, nichts anderes als eben ein Mythos ist. Der nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die Bürger des heutigen Staates Ukraine keinen einheitlichen Erfahrungshintergrund haben, deshalb durchaus auch unterschiedliche politische Standpunkte vertreten – und der Aufstand auf dem Maidan gegen den mit 80 % gewählten Präsidenten deshalb auch nicht die geschlossene Veranstaltung Gleichgesinnter war, zu der sie im Westen verklärt wird.

Wenn Scharnagl dazu noch die vielfältigen Begründungen und Bemühungen ausgerechnet der USA um einen Regime Change noch einmal Revue passieren lässt, die in der von Ausländern vorgenommenen Besetzung mit Ausländern der aktuellen ukrainischen Regierung ihren traurigen Höhepunkt findet, fragt man sich mit ihm, wie es um ein Volk und dessen angeblich souveränen Willen bestellt sein muss, wenn es derart beschämende Eingriffe in sein Selbstwertgefühl duldet.

Dass es mit einer derart fremdbestimmten Politik schwierig sein wird, ein selbstbewusstes Volk zu repräsentieren, liegt auf der Hand. Die repräsentativen Umfragedaten belegen dies, den eigenen Ministerpräsidenten sollen nicht einmal mehr 2 % der Bevölkerung unterstützen, dafür tun dies seine amerikanischen Förderer. Ob man all dies Russland anlasten kann, bezweifle ich. Ich zweifle aber nicht daran, dass mit dem von Scharnagl geforderten anderen Umgang mit Russland auch wieder ein anderer, umfassenderer Zugang zum ukrainischen Volk möglich sein wird, den es in seiner heutigen wirtschaftlichen und politischen Krise dringend braucht. Ganz ausdrücklich auch wieder von Seiten Russlands und selbstverständlich ohne ihm sein Recht streitig zu machen, selbst zu bestimmen, wo es sich politisch positionieren will.

Diese Einsicht versucht Scharnagl zu fördern. Mögen seine Argumente noch viele überzeugen.

GERD LENGA



Lanier, Jaron: Wenn Träume erwachsen werden – Ein Blick auf das digitale Zeitalter. Hamburg: Hoffmann & Campe 2015, 448 Seiten, € 25,00.

Einen faszinierenden Einblick in die Chancen und Gefahren der digitalen Welt gibt der vielseitig begabte digitale Entwickler, Musiker und Schriftsteller Jaron Lanier. Der breite Ideenkosmos des Internetpioniers kommt in seinem Buch „Wenn Träume erwachsen werden“ zum Vorschein. Das Buch versammelt Interviews und Artikel des Mannes, der maßgeblich an der Entwicklung zahlreicher IT-Produkte beteiligt war und die Prozesse und sozialen Folgen der virtuellen Revolution aus erster Hand beurteilen kann. Vorangestellt wird dem Werk seine Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Jahre 2014.

Der inzwischen verstorbene, ehemalige Chef des Feuilletons der FAZ, Frank Schirrmacher, der sich intensiv mit den Folgen der digitalen Revolution auseinandergesetzt hat, hob hervor, dass Lanier erkannt habe, dass mit der Kommerzialisierung des Internets neue Machtzentren entstehen würden. Man könne nicht gleichzeitig von Geheimdienstaffären reden und von den Überwachungsdiensten der großen Industriegiganten der digitalen Welt schweigen. Eine unregulierte Informationswirtschaft führe mit Notwendigkeit zu einem Verlust an individueller Autonomie.

Lanier wendet sich gegen eine starke Strömung unter digitalen Nerds, die mit dem Internet einen ganzen Kosmos an Herrschaftsfreiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit vermuten. Das Netz als Katalysator „echter“ Demokratie und als Freiheitsraum zum Ausleben authentischer Kreativität – diese großen Träume sind auch dem Verfasser nicht fremd. Viele der anfänglichen Träume der Technikpioniere wurden in kürzester Zeit von der Realität übertroffen. Dies wird sichtbar an den zahlreichen Aufsätzen, die Lanier in den letzten dreißig Jahren schrieb und die in diesem Buch abgedruckt worden sind. Dies erlaubt es, die Entwicklungsschritte seines Denkens zu jedem Zeitpunkt nachzuvollziehen. Von der Entwicklung einfacher 3D-Brillen bis zum Design hyperkomplexer 3D-Drucker reicht das Experimentierfeld, in dem sich Lanier austobte. Gleichzeitig begleitete er seine technischen Erfahrungen aber stets gesellschaftskritisch.

Neben dem Problem der beiläufig stattfindenden Massenspionage moniert der Autor die Entstehung einer aristokratischen Klasse ultrareicher, elitärer und unangreifbarer Technologen, die mit Hilfe ihrer technologischen Gestaltungsmacht klassische politische Entscheidungsprozesse aushebeln könnten. Dazu käme, dass der naive Glaube an die „Schwarmintelligenz“ sich oft ins Gegenteil verkehre; wer sich nicht der oft vulgären Mehrheit bestimmter Netz-Communities anschließen könne, könne schnell stigmatisiert werden – durch Phänomene wie den allseits bekannten Shitstorm. Aus der „E-Demokratie“ könne so schnell die Herrschaft des Pöbels werden, was sich auch an der Verarmung der Sprache erweise.

Ebenfalls kritisch sieht Lanier den Begriff der „künstlichen Intelligenz“ (KI). Das Problem sei nicht die Technologie an sich, sondern der um diese Technologie herum konstruierte Mythos. Mit KI wird in der Technikkultur die Suche nach einem Äquivalent von Mensch und Computer verstanden. Die Frage, ob ein Programm „Leben“ enthält, steht dabei im Mittelpunkt. Können Gehirnstrukturen digitalisiert und mit Programmstrukturen und Algorithmen verschmolzen werden, so dass der Mensch in Form von Bits und Bytes unsterblich wird? Interessante Überlegungen, so Lanier, die aber in der Praxis völlig realitätsfern seien, zumindest bis dato. Noch immer lasse jedes Programm leicht Schlüsse auf seinen menschlichen Urheber zu und habe sich nicht im Sinne eines Eigenlebens selbstständig.

Interessant ist die Erfahrung Laniers, dass seine Tätigkeiten in der digitalen Welt ihm die Augen für die Schönheiten der realen Welt erst richtig geöffnet hätten. Viele der Anwendungen und Apps des Netzes seien nur ein billiger Abklatsch der Realität. Der Aufbau einer Ersatzidentität im Netz mache krank und erlaube keine echte Teilhabe. Eine vernünftige Balance zwischen realer und digitaler Welt zu schaffen, stellt für Lanier eine der großen Herausforderungen gerade auch für die Bildungspolitik der Zukunft dar.

Es ist faszinierend, wie der technisch begabte Verfasser seine eigenen Erfahrungen im Umgang mit seinen Erfindungen und in den Technik-Communities darzustellen vermag. Dazu hat er den Mut, gegen die Utopisten in seinem Umfeld eine differenzierte Sicht auf die Digitalisierung der Welt zu wagen. Herausgekommen ist ein Buch, das gerade in vie-

len Schulen besprochen werden sollte, weil es eine grandiose Vorlage zur Diskussion von technologischen Zukunftstrends bietet.

CHRISTOPH ROHDE



Harrer, Gudrun: *Nahöstlicher Irrgarten. Analysen abseits des Mainstreams*. Wien: Verlag Kremayr & Scherlau 2015, 214 Seiten, € 22,00.

Mit ihrem Buch „Nahöstlicher Irrgarten“ hat Gudrun Harrer eine umfassende Betrachtung der aktuellen Krisen in der Region und ihrer historischen Ursprünge vorgelegt. Die Autorin, leitende Redakteurin des Standard in Wien und von ihrem akademischen Werdegang her Arabistin, Turkologin und Islamwissenschaftlerin, hat dabei keinen bedeutenden Krisenherd ausgelassen: Vom Irak über den sunnitisch-schiitischen Gegensatz, über IS, Syrien, Saudi-Arabien, Ägypten, Libyen führt der Weg schließlich zum Atomkonflikt mit dem Iran, wobei das neueste Atomabkommen hier noch nicht berücksichtigt werden konnte.

Gudrun Harrer spricht eine klare Sprache, auch wenn dies im Diskurs politischer Korrektheit oft aneckt. Sie benennt, was eigentlich jeder weiß und

denkt, aber in der Politik nicht ausgesprochen wird: die Tatsache, dass der IS letztendlich ein Produkt der Nahostpolitik von George W. Bush und dessen Irak-Intervention im Jahr 2003 ist. Und da war auch „die katastrophale Entscheidung der US-Verwaltung, die irakische Armee aufzulösen“, die sogar vom Musterschüler des Westens, von König Abdullah von Jordanien, kritisiert wurde und die „einen Schritt gegen jede elementare Vernunft“ darstellte. Sie legte „den Grundstein für den späteren Bürgerkrieg“. Denn Teile der eigentlich national und säkular ausgerichteten Streitkräfte finden sich heute bei der Terrororganisation IS wieder. Nicht ideologische oder religiöse Gründe sind dafür verantwortlich, sondern schlicht die Tatsache, dass Soldaten und Offiziere der Armee in das materielle Nichts und in den sozialen Abgrund hinein entlassen wurden. Seinen Anteil an dieser Fehlentwicklung hatte, wie Harrer hervorhebt, natürlich auch der irakische schiitische Regierungschef Maliki – mittlerweile abgelöst –, der sein eigenes Interesse an der Demontage der sunnitisch dominierten Streitmacht hatte. Im Falle der USA macht die Autorin schlicht das Vorhandensein „eklatanter Unfähigkeit“ und damit mangelnde Kenntnis über die Verhältnisse in der islamischen Welt für diesen Schritt in die falsche Richtung verantwortlich.

Brandstifter gibt es auch vor Ort und zu diesen zählt Saud-Arabien, der Förderer fundamentalistischer Strömungen in Nahost und weltweit. In Syrien hat man fundamentalistische Gruppierungen aufgebaut und unterstützt. Heute muss der saudische Zauberlehrling erkennen, wie die Geister, die er rief, sich auch gegen ihn selbst wenden können.

Interessant für den Leser sind die Ausführungen der Autorin über Ägypten, auch wenn deren Feststellung, dass die Muslimbrüder dort aufgrund ihrer – tatsächlichen – Misswirtschaft unter Mursi bei der Bevölkerung jegliche Unterstützung verloren hätten und der Staatsstreich des „Feldmarschalls“ al-Sisi von den Ägyptern unisono begrüßt worden wäre, von vielen Wissenschaftlern angezweifelt werden dürfte. Zu tief hat sich die Muslimbruderschaft mit ihren sozialen Hilfsorganisationen in die Gesellschaft und hier in die Unterschichten über mehr als ein halbes Jahrhundert eingegraben und Fuß gefasst bei denen, die vom Staat keine Hilfe zu erwarten haben. Unterdrückungsmaßnahmen wie unter Nasser haben sie nicht zerbrechen können.

Ist al-Sisi der Retter Ägyptens? Auch die Autorin glaubt das nicht. Zu viel deutet darauf hin, dass al-Sisi heute da wieder weiter macht, wo Mubarak gestürzt wurde. Der neue Despot offenbart zudem äußerst skurile Züge. Über seine Berufung zum neuen Führer Ägyptens sagte er in einem von Harrer zitierten Interview: „Zwischen mir und Omega ist das Universum.“ Das lässt Zweifel an der mentalen Verfassung al-Sisis aufkommen und seine angebliche Äußerung, dass Ägypten in der Lage sei, „Algerien in drei Tagen zu erobern“, hört sich auch nicht beruhigender an.

Vernünftig jedoch erscheint seine Forderung, dass der Westen in Libyen „die Aufgaben, die er mit dem Sturz Muammar al-Gaddafis“ übernommen habe, „auch zu Ende führen“ und dabei helfen solle, „Libyen zu befrieden“. Bedenkt man die Rolle des Westens bei diesem Umsturz, bedenkt man zudem, dass der Staatszerfall in Libyen die Voraussetzungen für jene Flüchtlingstragödien ge-

schaffen hat, die man auf dem Mittelmeer erlebt, so bleibt die Passivität des Westens hier fragwürdig.

Neben anderem, etwa den Hintergründen des schiitisch-sunnitischen Gegensatzes und der Verfolgung der Schiiten durch die Sunniten als Faktor, der die schiitische Psyche geprägt hat, greift Gudrun Harrer auch das Thema Iran und sein Atomprogramm auf. Die Geschichte dieses Atomprogramms indes ist schon häufig erzählt worden. Interessanter sind die innenpolitischen Einblicke. Sie zeigen, dass das politische System der Islamischen Republik kein in sich geschlossener Machtblock, sondern ein hybrides System mit miteinander konkurrierenden Machtzentren ist – und dass zwischen dem im Westen bis vor kurzem so gefürchteten Mahmud Ahmadinedschad und Revolutionsführer Khamenei nicht immer alles im Reinen war.

Gewünscht hätte man sich am Ende des Buches noch ein etwas detaillierteres Quellen- und Literaturverzeichnis. Auch wirken manche Formulierungen in ihrem flapsigen Ton („Bei der internationale Gemeinschaft war Feuer am Dach“ etc.) etwas übertrieben. In der Gesamtheit kann das Buch Lesern, die sich für die Hintergründe der gegenwärtigen Konflikte in der Region interessieren, aber nur empfohlen werden.

PETER L. MÜNCH-HEUBNER

Groitzl, Gerlinde:
Strategischer Wandel
und zivil-militärischer
Konflikt. Wiesbaden:
Springer VS 2015, 743
Seiten, € 69,99.



Das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Führung in den USA hat sich in den letzten 20 Jahren stetig verschlechtert. Dies ist die These einer umfangreichen Dissertation, die Gerlinde Groitzl an der Universität Regensburg am Lehrstuhl des Amerika-Experten Stephan Bierling verfasst und unlängst veröffentlicht hat. Das Verhältnis von Politikern und Generälen in Bezug auf die US-Interventionspolitik von 1989 bis 2013 steht im Mittelpunkt der Untersuchung. Die Autorin kommt nach einer tiefen Analyse zu dem Schluss, dass die zivil-militärischen Konflikte (ZMK) innerhalb der amerikanischen außenpolitischen Führung eine direkte Folge der sich verändernden Anforderungen an ihre globale Führungsrolle in der post-sowjetischen Ära darstellen. Die Notwendigkeit, politische und militärische Innovationen in einer sich rapide transformierenden internationalen Umwelt zügig einzuführen, konnte nicht ohne Friktionen bleiben.

In einem anspruchsvollen theoretischen Teil zeigt die Verfasserin auf, weshalb eine klare Definition zivil-militärischer Konflikte kaum zu bewerkstelligen ist. Sie vertritt die Auffassung, dass sich die Forschung zu den ZMK zu sehr auf die zivile Kontrolle des Militärs konzentriert, dabei jedoch den sicherheitspolitischen Gesamtrahmen vernachlässigt. Ein gewisser struktureller Konflikt zwischen der politischen und militärischen Führung sei in einem demokratisch verfassten Land nicht zu verhindern, denn beim Militär handle es sich ebenso um eine bürokratische Struktur wie in anderen Formen staatlicher Exekutive; auch in diesen träten naturgemäß Reibungen zwischen Regierung und untergeordneten Körperschaften auf. Auf der anderen Seite agierte das Militär in einer partikularen Domäne, die zum Überleben des Gemeinwesens beitrage und das Leben ihrer Mitglieder aufs Spiel setze. Ein gesundes Maß an Konflikt zwischen Politik und Militär indiziere geradezu das funktionierende Innenleben dieser gesellschaftlichen Akteure.

Groitzl bedient sich des Ansatzes des Neoklassischen Realismus, um die Dynamiken aufzuzeigen, die zwischen dem Druck des internationalen Systems (systemische Ebene) und der Organisation eines innerstaatlichen Systems (subsystemische Ebene) bestehen. Diese Verfeinerung des Strukturellen Realismus Kenneth Waltz' stellt ein geradezu ideales analytisches Instrument dar, um die Transformationsnotwendigkeiten im US-Militär in der post-sowjetischen Ära aufzuzeigen. Die statischen und berechenbaren Abläufe des Kalten Krieges mussten zügig an die Notwendigkeiten einer globalen Entwicklung angepasst werden, die sich durch zerfallende Staaten, gewaltsam operierende transnationale terroristische Gruppierungen, Flüchtlingswellen und weitere wenig berechenbare Konfliktphänomene auszeichnet. Ebenso wie für die militärische Organisation erforderten diese Entwicklungsdynamiken eine erhebliche Beschleunigung politischer Entscheidungs-

prozesse. Die wesentlichen Fragen bei ZMK betreffen nicht die Kontrolle des Militärs, sondern deren Effizienz. Folgende Fragen seien zu stellen: „Welche sicherheitspolitischen Erfordernisse gibt es, auf welche Einsätze sind Politik und Streitkräfte vorbereitet, welche Missionen überträgt die Politik wie dem Militär, deckt sich das organisatorische Selbstverständnis mit den tatsächlichen Aufgaben, entstehen im Entscheidungsprozess erfolgreiche Strategien oder nicht?“ (S. 78-79).

Groitzl zeigt an drei Beispielen die zunehmenden Probleme im zivil-militärischen Bereich in der von ihr untersuchten Periode auf, die, so lautet ihre Grundhypothese, auf mangelnde Effizienz, nicht auf genuin autonomes Handeln des Militärs zurückzuführen sind. Der Übergang von der bi- in die unipolare Ordnung führte zu einer Neuverteilung von Ressourcen und Verantwortlichkeiten. Die Clinton-Administration war mit neuen Konfliktformen konfrontiert und reagierte mit einer Strategie begrenzten Interventionismus („coercive diplomacy“) und reaktivierte das Paradigma begrenzter Kriege („limited wars“). Das weitere Element war das der Friedenssicherung und -konsolidierung. Diese Einsatzformen widersprachen strikten militärischen Mandaten und führten notwendigerweise zu ZMK, so die Autorin. Die unter George W. Bush und seinem Verteidigungsminister Rumsfeld vorgenommene „Revolution in Military Affairs“ wiederum führte zu einer Renaissance der Doktrin überlegener Machtausübung und ließ die Kräfte ins Abseits geraten, die unter Clinton die Aspekte der Friedenssicherung in den Mittelpunkt gestellt hatten. Das Scheitern der „transformationellen“ Kriegsführung Rumsfelds durch schnelle, technik-

zentrierte Kriegführung im Irak durch den Übergang zu einer Aufstandsbewegung führte ab dem Jahr 2006 zu einer kostenintensiven Counterinsurgency-Strategie. Die Bush-Administration wandte sich in diesem Prozess von bewährten, stabilitätsorientierten militärischen Führungskräften ab und sorgte für weitere ZMK. Unter Obama wurde aufgrund übergeordneter machtpolitischer Veränderungen – der Aufstieg Chinas und die Ressourcenverlagerung nach Asien – die aufwändige Counterinsurgency-Strategie in Afghanistan zugunsten von Drohneneinsätzen und targeted killing-Strategien im Rahmen eines Rückzugskonzepts aufgegeben. Auch dieser Transformationsprozess führte im Militär zu Widerstand und Verlierern, so Groitzl. In überzeugender Weise zeigt sie, dass die veränderten Anforderungen an die unipolare Führungsmacht unvermeidlich zu ZMK führen mussten. Sie plädiert abschließend für ein flexibles institutionalisiertes Modell geteilter Verantwortung zwischen Politik und Militär, das effektiver auf die rapiden Wandlungen reagieren könne.

In wohlthuender Weise wird in dieser Arbeit Abstand genommen vom gerade in Deutschland intuitiv vorformulierten Präjudiz zugunsten des Elements des Zivilen in der Sicherheitspolitik. Die Absicht, eine empirisch-analytische, keine primär normativ geleitete Untersuchung durchzuführen, ist der Autorin vollständig gelungen. Diese Arbeit bereichert die transatlantisch-sicherheitspolitische Debatte in substanzieller Weise und generiert innovative Erkenntnisse zum Phänomen ZMK.

CHRISTOPH ROHDE

Winter, Martin: Das Ende einer Illusion – Europa zwischen Anspruch, Wunsch und Wirklichkeit. München: Süddeutsche Zeitung Edition 2015, 296 Seiten, € 19,90.



Krisengeschüttelt und in vielerlei Hinsicht uneinig – steht die Europäische Union wirklich als zahnlöser Tiger oder, wie auf dem Buchtitel karikiert, als Löwe dar? Martin Winter, Politikwissenschaftler, Europakenner und langjähriger Brüssel-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, zeichnet ein erfrischend ehrliches und kritisches Bild des derzeitigen Zustands der Europäischen Union. Er nennt Probleme beim Namen und zeigt die Ursachen sehr substanzvoll hergeleitet auf.

Zu Beginn widmet sich Winter einer Bestandsaufnahme der Europäischen Union, einer Art Anamnese des „kranken Mannes Europa“. Er wirft eine Reihe von Fragen auf, deren Beantwortung unabdingbar ist, um die europäischen Staaten auf einen Kurs zu bringen und die Bindung der Menschen an die Europäische Union zu intensivieren. Diese ist seiner Meinung nach essenziell und damit wichtiger als die Mängel im Vertragswerk oder das Fehlverhalten einzelner Länder. Jeweils historisch unterlegt und analysiert zeigt er im Folgenden die derzeitigen Schwachstellen der Union auf und erklärt Ursachen und Wirkung. Kapitel für Kapitel nimmt sich der Autor dabei eines anderen Schwerpunktes an.

Den Auftakt zur Währungsunion nennt Winter „die Mutter aller ihrer späteren Probleme“. Drei Anläufe hat es seit 1971 gebraucht, bis mit dem Fall des Eisernen Vorhangs die Schaffung einer gemeinschaftlichen Währung endgültig forciert wurde. Dieser Thematik wird ein sehr ausführliches Kapitel gewidmet. Und auch in anderen Abschnitten des Buches werden die Bedenken um die Einführung des Euro immer wieder angebracht. Die Staats- und Regierungschefs setzten die gemeinsame Währung unter das Zeichen eines geeinten Europas. Als Instrument der Balance und als „Schlüssel zu einem neuen Europa, das zusammenwächst und einen bedeutenden Platz in der Welt beansprucht“. Eines der Hauptprobleme sieht Winter jedoch darin, dass eine gemeinsame Währung zwingend auch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung benötigt, um funktionieren zu können. Dieser Grundkonflikt ist bis heute nicht gelöst. Trotz Stabilitätsmechanismen und auf Grund unterschiedlichster Zielvorstellungen ist Europa weit davon entfernt. Die Krise war schon damals angelegt. Der Autor geht allerdings nicht so weit, ein Scheitern Europas mit dem Euro zu verknüpfen. Vielmehr gehört er mit Wolfgang Schäuble zu den Verfechtern einer Insolvenzordnung für europäische Staaten.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt Winter auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Diese betitelt der Autor als „Mission Impossible“, wofür er sie auch hält. Winter beleuchtet das Thema umfänglich. Es werden die Eigenschaften der verschiedenen Regionen innerhalb Europas analysiert sowie historische Bezüge hergestellt. Sehr interessant zu lesen sind auch die Einflüsse verschiedener Kriege und Krisen in der Welt auf die Entwicklung der GASP. Vo-

raussetzung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sei eine gemeinsame Sicht auf die Probleme der Welt und vor allem Einigkeit, wie man ihnen begegnet. An beiden mangle es den Europäern, zieht Winter sein Fazit. Immerhin aber funktioniere die gemeinsame Sanktionspolitik weitgehend.

Nach weiteren „Diagnose“-Kapiteln über Integrationsprobleme, Identitätskrisen, das Verhältnis Deutschlands und Frankreichs sowie Erweiterungsstrategien nutzt der Autor die letzten Seiten für einen detaillierten „Operations“-Plan zur Rettung Europas. Nüchtern und relativ radikal skizziert er, wie die Bemühungen und Irrungen der vergangenen 25 Jahre aufzufangen sind. Dabei setzt er den Fokus auf Verschlangung – von Bürokratie bis Verteidigung.

Fundamentale Probleme der EU werden in diesem Buch nicht beschönigt. Vieles erscheint jedoch mit einer gewissen Redundanz. Bei allem Wahrheitsgehalt der Kritik und Problemanalyse kommt das, was die Union bereits erreicht hat – zumindest für echte Europa-enthusiasten –, doch etwas zu kurz. Winter schreibt, gerade die junge Generation habe sich an die EU gewöhnt und bequem sei sie ja auch. Das ist richtig und ein Verdienst, der durchaus positiv zu betrachten und vor allem ausbaufähig ist. Hier fehlt es an Aufbruchsgedanken. Seine eigentlich jedoch europafreundliche Haltung zeigt der Autor in Sätzen wie diesem: „Es ist wichtig, sich das Gemeinsame immer wieder bewusst zu machen, aber es ist gefährlich, das Trennende kleinzureden oder zu verschweigen.“

Insgesamt ist das mit vielen geschichtlichen Abrissen versehene Werk dem anspruchsvollen Europainteressierten sehr zu empfehlen. „Weil sich die Regierungschefs untereinander nicht weh-

tun wollen, sehen sie über Fehler und Reformversagen des einen oder anderen Kollegen diskret hinweg.“ Sätze wie diesen sprechen nicht allzu viele Autoren aus. Wirft man einen realistischen Blick auf die Situation und derzeitigen Entwicklungen, erscheint das Konstrukt der „Vereinigten Staaten von Europa“ tatsächlich als Illusion in weiter Ferne. Nicht vergessen werden sollte jedoch: Das Engagement dafür lohnt sich.

KEA-SOPHIE STIEBER

JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2015

Heft 459	Migration – eine europäische Herausforderung
Heft 460	Integration durch Sport
Heft 461	Die Ukraine-Krise und der Westen
Heft 462	Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?
Heft 463	Bevölkerung und Entwicklung
Heft 464	Innere Sicherheit und Einbruchskriminalität
Themenheft 1/2015	Krisenregionen zwischen Gewalt und Entwicklung
Themenheft 2/2015	Die Idee Europa auf dem Prüfstand (in Vorbereitung)

<u>Autor</u>	<u>Titel</u>	<u>Heft</u>	<u>Seite</u>
Altenberger, Helmut	Die gesellschaftliche Bedeutung: Funktionen des Sports	460	31
Angenendt, Steffen	Was können die EU und Deutschland tun?	459	18
Bähr, Renate	Ursachen, Folgen und Potenziale in den Entwicklungsländern	463	48
Baron, Udo	Der G7-Gipfel in Schloss Elmau	459	48
Bergsdorf, Harald	Die SPD zwei Jahre vor der Bundestagswahl	463	76
Blume, Markus	Politische-Studien-Zeitgespräch: Die Zukunft auf dem Programm	463	6
Brücker, Herbert	Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz	462	58
Cilliers, Jakkie	Targets for the post-2015 MDGs and Agenda 2063	TH 1/2015	40
ten Feld, Hans	Politische-Studien-Zeitgespräch: Über 50 Millionen weltweit auf der Flucht	459	6
Griesbeck, Michael	Steuerung, Flüchtlingsschutz und Entwicklung	459	28
Gruber, Markus	Migration in Bayern	459	38
Güler, Serap	Eine neue gesetzliche Grundlage ist nötig	462	50
Hacke, Christian	Die Ukraine-Krise vor einer weiteren Eskalation?	461	35
Hacke, Christian	Rezensionsessay: Die Weltordnung des 21. Jahrhunderts in der Krise	461	61
Hailbronner, Kay	Neues Recht für Einwanderer?	462	16

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Heilig, Gerhard K.	Afrika und Europa inmitten epochaler demographischer Transition	463	29	Männle, Ursula	100. Geburtstag von Franz Josef Strauß	463	92
Herrmann, Joachim	Die integrative Kraft des Sports	460	21	Männle, Ursula	Editorial: Flucht und Asyl – Wir sind gefordert	464	3
Herrmann, Joachim	Strategien gegen die Einbruchskriminalität	464	18	Masala, Carlo	Politische-Studien-Zeitgespräch: Die Welt in Unordnung?	464	6
Hirscher, Gerhard	Die „Alternative für Deutschland“ (AfD)	459	58	Mayer, Florens	Der Einsatz der Bundeswehr im Ausland	460	58
Holzamer, Hans-Herbert	Mare nostrum – das „Versprechen der Menschlichkeit“	461	54	Mayer, Stephan	Wir brauchen kein neues Gesetz	462	41
Höpfinger, Renate	Editorial: Eine Beziehung, die niemals „normal“ sein kann	461	3	Meier-Walser, Reinhard	Krisenregionen zwischen Gewalt und Entwicklung	TH 1/2015	3
Hughes, Barry	Targets for the post-2015 MDGs and Agenda 2063	TH 1/2015	40	Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Sind westliche Werte gefährlicher als Waffen?	460	3
Jung, Matthias	Die AfD als Chance für die Union	460	47	Müller, Gerd	Eine Welt – unsere Verantwortung	TH 1/2015	11
Klasen, Stephan	Chancen und Risiken des globalen demographischen Wandels	463	42	Naumann, Klaus	Russland, die Ukraine und Europa	461	16
Kober, Birgit	Politische-Studien-Zeitgespräch: Birgit Kober – Kämpfernatur und Ausnahmeathletin	460	6	Obermeier, Julia	Das neue Weißbuch	462	66
Lambrecht, Elisabeth	Bruttoinlandsprodukt – Das Maß gesellschaftlicher Stabilität?	TH 1/2015	33	Popowski, Maciej	Europas neue Außenpolitik	TH 1/2015	20
Lommer, Günther	Interkulturelle Integration durch Sport	460	40	Porzolt, Franz	Reale und gefühlte Sicherheit	464	32
Luft, Stefan	Einwanderungsgesetz: Chancen und Nebenwirkungen	462	31	Prange, Dennis	Hybride Kriege	459	73
Luther, Susanne	Editorial: Krisenregionen zwischen Gewalt und Entwicklung	TH 1/2015	3	Prinz, Sebastian	Die Linkspartei und der Unrechtsstaat DDR	464	44
Männle, Ursula	Politischer Einfluss auf die Krisenregionen weltweit	TH 1/2015	6	Rieländer, Jan	Bruttoinlandsprodukt – Das Maß gesellschaftlicher Stabilität?	TH 1/2015	33
				Rill, Bernd	Italiens Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2014	460	74
				Rill, Richard	Innere Sicherheit und gefühlte Sicherheit – Wie entwickelt sich die Einbruchskriminalität?	464	14

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Rotte, Ralph	Die gescheiterte Umverteilungspolitik in Lateinamerika	464	65	Seidl, Robert	Ukraine: Soziale Netzwerke als Mobilisierungsfaktor für private Gewaltakteure	460	65
Rotter, Andrea	Die Ukraine-Krise und der Westen	461	12	Silberhorn, Thomas	Bevölkerungsdynamik	463	60
Rudolf, Peter	Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktprävention	TH 1/2015	26	Simms, Brendan	Politische-Studien-Zeitgespräch: Europas Zukunft liegt in der politischen Union	461	6
Rühle, Michael	Die NATO und die Ukraine-Krise	461	25	Sköries, Robin	Russlands (neue) Außenpolitik im postsowjetischen Raum	461	44
Schlembach, Claudia	„Ein spezieller Ort“ – Women’s Breakfast: 51. Sicherheitskonferenz München	460	88	Stenger, Michael	Politische-Studien-Zeitgespräch: Die SchlaU-Schule für junge Flüchtlinge	462	6
Schlembach, Claudia	Editorial: Schmelzriegel TTIP	462	3	Stieber, Kea-Sophie	Editorial: Europas Zerreißprobe	463	3
Schlembach, Claudia	Rationalität – Gleichgewicht – Varoufakis?	462	73	Stoiber, Edmund	100. Geburtstag von Franz Josef Strauß	463	92
Schmid, Josef	Demographie und Entwicklung	463	16	Ullrich, Volker	Innere Sicherheit als gesellschaftspolitische Notwendigkeit	464	25
Schmid, Susanne	Editorial: Migration als Herausforderung und Chance	459	3	Turner, Sara	Targets for the post-2015 MDGs and Agenda 2063	TH 1/2015	40
Schmid, Susanne	Migration – eine europäische Herausforderung	459	14	Varwick, Johannes	Russlands (neue) Außenpolitik im postsowjetischen Raum	461	44
Schmid, Susanne	Teilhabe durch Sport	460	18	Weston, Charles	Amerikanische Außenpolitik unter Obama	463	66
Schmid, Susanne	Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?	462	12	Witterauf, Peter	Diskussion um das Bargeld	463	84
Schmid, Susanne	Demographische Ungleichgewichte weltweit und ihre Folgen	463	12				
Schmidt, Christian	Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen	459	43				
Schmidt, Siegmund	Staatszerfall als Herausforderung	TH 1/2015	62				
Schwaigert, Wolfgang	Zur Zukunft der Orientchristen in Syrien und bei uns	464	54				

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet bestellt werden: www.hss.de/publikationen.html



AKTUELLE ANALYSEN
Nr. 64: Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**
Nr. 101: Fachkräftesicherung im ländlichen Raum



ARGUMENTATION KOMPAKT
Nr. 6/2015: Frieden in Sicht?
Die aktuellen Entwicklungen in Syrien



SONSTIGES
Franz Josef Strauß oder „der dickköpfige Satansbrätling“, hrsg. von Renate Höpfinger, München 2015. Schutzgebühr: 5,00 €

VORSCHAU

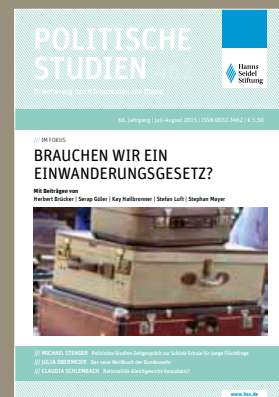
POLITISCHE STUDIEN
Themenheft 2/2015: „Die Idee Europa auf dem Prüfstand“ mit Beiträgen und Interviews von Markus Ferber, Florian Hahn, Stephan Bierling u. a.

POLITISCHE STUDIEN

6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!

THEMENHEFTE



Herausgeber:

© 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)
Graphik: trurnit Publishers GmbH
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 5,50
Jahresabonnement € 30,00
Schüler / Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
John Shaw/Getty Images

